EUR 5,00

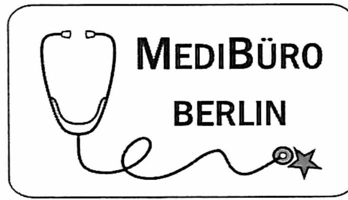
ZAG

ANTIRASSISTISCHE ZEITSCHRIFT

NUMMER 70/2015 ISSN: 2192-6719

POSTKOLONIALE SPURENLESE





Abbildungen im Heft

Von den Kolonialwahren in der Auslage der heimischen Läden hin zum Völkermord in dem überseeischen Kolonien war es nur ein kurzer Weg.

INHALT

EDITORIAL

»Deutschland im Blaulicht. Notruf einer jungen Polizistin«

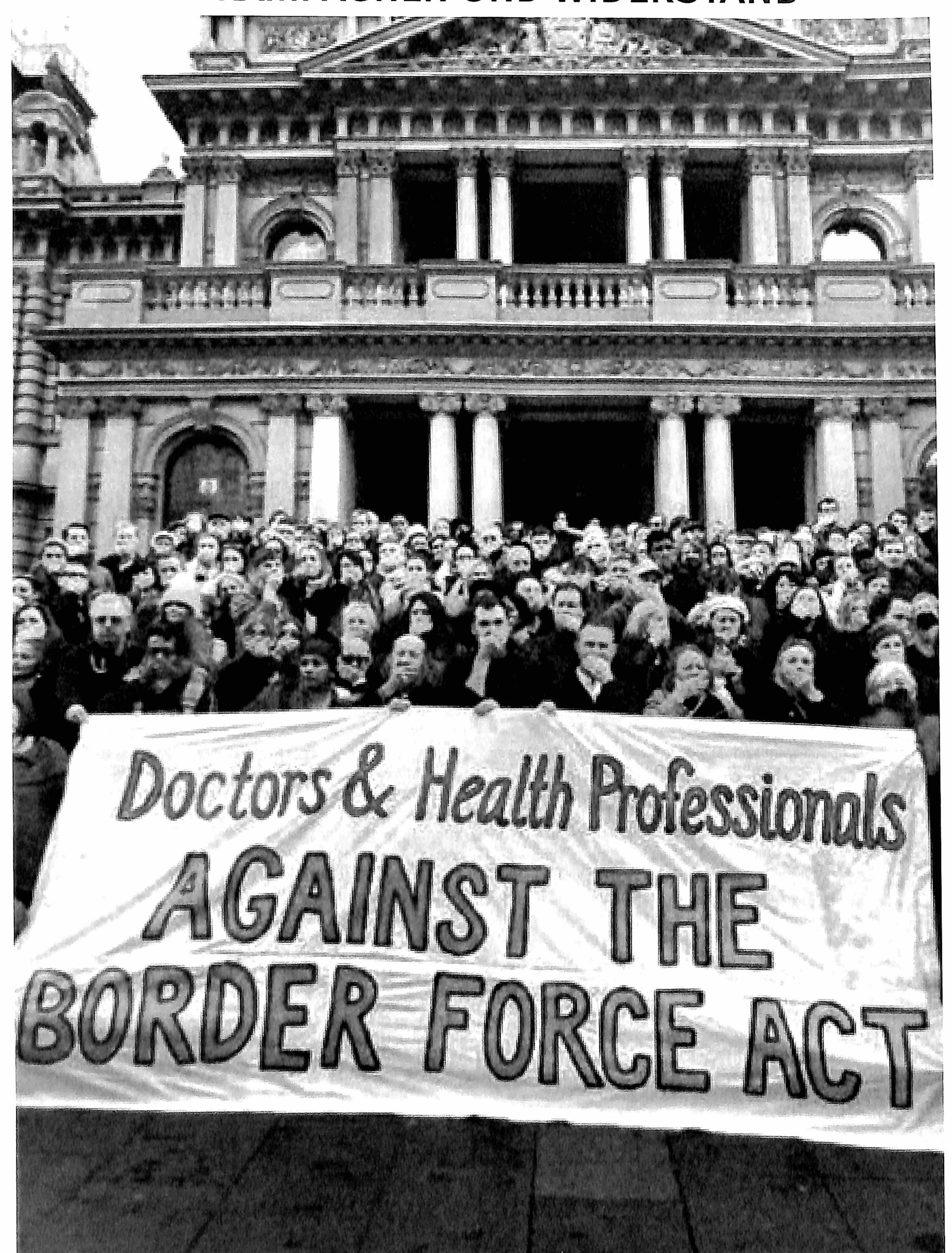
Da haben sie mal wieder eine gutaussehende Ausländerin gefunden, die sich aufgrund ihres beschissenen Jobs bereit erklärt, rassistische Thesen rauszuhauen. Na toll.
Da werden sich viele in etwa denken, was eine intelligente und reflektierte Journalistin auf Facebook gepostet hat: Eine Frau und griechischer Abstammung. Fremdenhass kann man ihr wohl kaum vorwerfen. Aber das Argument gälte dann wohl auch für Akif »Adolf« Pirinçci...
Nein, sie ist sicher keine Nazi-Braut. Aber sie lässt sich von der Welt einspannen. Irgendwie haben die deutschen Medien und die Politik in diesem Sommer von einem Tag auf den anderen ihr Mitleid für Flüchtlinge entdeckt. *Die Welt* und eine Woche darauf Die *Zeit* haben als Erste – zunächst nur in Kommentaren – die Solidarität zurückgedreht mit Unkenrufen: »Oh weh! Seht her! Die Muslime kommen und werden unser Grundgesetz nicht akzeptieren!«. Und natürlich werden da einige dabei sein, die genau das machen. Was uns daran ärgert, ist, dass die deutsche Unterschicht gewaltbereit ist, dass es eine Menge gewaltbereiter Nazis gibt, dass im ganzen Land katholische FundamentalistInnen gegen die Würde des Menschen demonstrieren und Söder das Grundrecht auf Asyl abschaffen möchte. Aber da kommt kein großer Verlag auf die Idee, von »Parallelstrukturen«, »Homosexuellenfeindlichkeit«, »Grundwerten der Verfassung« zu schwadronieren. Wir mögen das Grundgesetz auch und würden uns eine konsequentere Auslegung wünschen. Speziell für Art 1: »Die Würde des Menschen ist unantastbar«, und Artikel 14, Absatz 2: »Eigentum verpflichtet«. Was uns ärgert, ist, dass hier offensichtlich mit zweierlei Maß gemessen wird und dass die Gewalt und die Intoleranz von Deutschen halt irgendwie hinnehmbar sind, während als Muslime identifizierte Straftäter*innen irgendwie als kulturell minderbemittelt und erziehungsbedürftig dargestellt werden. Zugleich wird völlig übersehen, dass viele Millionen Muslime in Deutschland völlig integriert sind. Die werden als Deutsche wahrgenommen. DAS wird dann nicht auf deren Religion zurückgeführt. Und solange der Sozialstaat weiter zurückgedreht wird, solange Arbeitsverhältnisse immer prekärer und schlechter bezahlt werden, solange wird die Gewalt zunehmen. Das lässt sich in den USA sehr schön beobachten. Damit der Zusammenhang zwischen neoliberaler Politik, Gewalt und Zerfall der Zivilgesellschaft nicht so offensichtlich wird, ist es sehr hilfreich, das Phänomen mit rassistischen und antimuslimischen Erklärungsmustern zu deuten.
Durch die Migrationspolitik der 1960er und 1970er Jahre sind Muslime in der Unterschicht stark überrepräsentiert. Der Umstand trägt dazu bei, dass diese Erklärungsmuster plausibel erscheinen. Statistisch löst sich dieser Zusammenhang schnell auf.
Nicht die Flüchtlinge oder die große Zahl der Flüchtlinge sind das Problem.
Es sind die PolitikerInnen, die jahrelang versucht haben, mit Zäunen und Gewalt Flüchtlinge davon abzuhalten, in Europa die Genfer Konvention zu beanspruchen.
Es sind die Politiker, die Flüchtlinge seit Jahren absichtlich in menschenunwürdigen Unterkünften einpferchen, um sie von der Flucht nach Deutschland abzuschrecken.
Dieselben PolitikerInnen, die seit Jahren die Prognosen von PRO ASYL und anderen Organisationen ignorieren und behaupten, dass die Flüchtlingszahlen weiter zurückgehen werden.
Es sind die PolitikerInnen, die Gaddafi weggebombt haben und Assad, weil sie Zugriff auf deren jeweilige Länder haben wollten. Bei Gaddafi war es das Öl, bei Assad ging es darum, Russlands letzten Hafen am Mittelmeer zu schließen.
Es sind die PolitikerInnen, die sich das Dublin-Abkommen ausgedacht haben, damit die – zumeist ärmeren – Grenzländer der EU die größten Flüchtlingszahlen aufnehmen mussten.
Es sind die PolitikerInnen, die umfangreiche Waffenlieferungen und Giftgas in Krisenregionen genehmigt haben – und dafür wurde gelegentlich mal ein Koffer voller Geld im Büro vergessen.
Diese PolitikerInnen stopfen sich noch das Bestechungsgeld in ihre ausgebeulten luxemburgischen und schweizerischen Konten, während sie mit Sorgenfalten auf die »Flüchtlingswelle« schauen und Obergrenzen fordern. Wie viele Flüchtlinge kann Deutschland verkraften? Vielleicht für jedes gelieferte Waffensystem so viele, wie es Menschen in die Flucht drängt?
Sie weisen auf die von ihnen unterfinanzierten Unterkünfte hin und sind besorgt, dass dort menschenunwürdige Zustände herrschen. Sie sind erschrocken, dass die Menschen unter dem Stress gewalttätig werden. Die PolitikerInnen machen diese Ausschreitungen den Menschen zum Vorwurf, die durch Krieg, Folter und Flucht total gestresst sind und hier auf engstem Raum und ohne Privatsphäre in Turnhallen zusammengepfercht werden.
Währenddessen sind viele Deutsche schon im Straßenverkehr, allein im Auto sitzend, so gestresst, dass sie zu Gewalttätigkeiten neigen. Aber da liegt es dann nicht an mangelnder Zivilisiertheit oder an der »anderen Kultur«.
Währenddessen stehen in deutschen Städten Wohn- und Bürogebäude leer, weil Immobilienspekulanten es so wollen. Für steuerliche Abschreibungen und um auf bessere Preise zu warten... ✖

Eure ZAG



Die ZAG wird gefördert durch Netzwerk Selbsthilfe, den politischen Förderfonds.
Netzwerk fördert und berät emanzipatorische Projekte in Berlin und Brandenburg.
www.netzwerk-selbsthilfe.de

KAMPAGNEN UND WIDERSTAND



Doctors against Border Force Act

Joey Roo

Die Inhaftierung und die gesetzlich vorgeschriebene Festnahme von Flüchtlingen und Asylsuchenden steht seit 1992 auf der Agenda im Insel-Kontinent Australien.

Doch die Regierung unter Tony Abbott hat sich vor ihrer Niederlage im September noch etwas Neues auf den Weg mitgegeben. Die Grenzsicherungsabteilungen und die Ressorts um Immigration sind seit dem 1. Juli unter dem »Border Force Act« als eine Einheit unter den neuen Bestimmungen zusammengekommen, »Australien Border Force« (ABF).

Das Gesetz kümmert sich nicht nur um die Zusammenlegung von Aufgabenbereichen, sondern stellt für die Mitwirkenden und Unterstützenden der in Lagern untergebrachten Migrant*innen eine Einschränkung und eine Bedrohung dar. In der Sektion 26 werden somit die Menschen, die sich in den Lagern bewegen, seien es von der ABF oder anderen Regierungen und Organisationen Beauftragte, ihrer Pflichten gegenüber dem australischen Commonwealth erinnert und ihrer »Meldungsrechte« enthoben.

Die Rechte zur Weisung jedes einzelnen Menschen, welcher sich innerhalb eines Lagers befindet, behält sich die australische Regierung nunmehr vor. Der Commissioner der ABF, momentan Roman Quaedvlieg, kann Ärzte sowie Lehrer und humanitäre Helfer anweisen, ihn persönlich um Genehmigung für jegliche Aktion zu bitten. Hinzu kommt, dass das Informieren über die Zustände in den Lagern zum Jobverlust und einer Gefängnisstrafe von bis zu 2 Jahren führen kann.

Sie stellen sich dagegen

Angesichts der dramatischen Neuauslegung der Grenzschutz- und Immigrationsarbeit, haben die Ärzte Australiens ihre Stimme erhoben. Es ist für Mediziner und Personal im Gesundheitssektor klar, dass die Inhaftierung von Flüchtlingen und Asylsuchenden einen einschneidenden Schaden hinterlässt. Seit Beginn der Pflichtinhaftierung sind Traumata, Depressionen und physische Schäden bis hin zu Vergewaltigungen aufgezeigt worden. Neben den kontinuierlich laut werdenden Bitten von Medizinern, die Lager zu öffnen bzw. abzuschaffen, ist nun durch den »Border Force Act« eine weitere Grenze überschritten worden. Im nordaustralischen Darwin begann Anfang Juli die divergente Kampagne: Doctors against the Border Force Act.

Die Initiatorin Dr. Phillipa Sleigh machte bereits bei der ersten Demonstration klar: »Ärzten den Mund zu verbieten, damit sie nicht über die Asylantragssteller, die sie behandeln, sprechen, setzt unsere Möglichkeiten, diese spezifisch prekäre Gruppe zu versorgen, herab.«.

Die Kampagne, die nunmehr seit Juli aktiv ist, hat es geschafft, dass sich Ärzte aus verschiedensten Städten Australiens, wie Brisbane, Belongil Beach, Newcastle, Orange, Adelaide, Darwin und viele andere, gegen den Act und gegen die Lager vor der Küste Australiens und im Land einsetzen.

Das 57. Zusammenkommen der Royal Australian College of General Practitioners (RACGP) im Juli stand ganz im Zeichen der Solidarität mit den demonstrierenden Ärzten und Kollegen im australischen Gesundheitssektor. Die RACGP ist der einzige Ausbilder aller Mediziner im Land und zählt momentan 29.000 Mitglieder. Sie stellen sich gegen den Border Force Act und somit gegen die Regierung von Abbott und nun Malcolm Turnbull. Unter dem Motto »We wont be silenced« stehen die RACGP und alle Mitglieder der Kampagne für ihre ethische Verantwortung als Ärzte und somit gegen die Inhaftierung und Lagerhaltung von Migranten und Asylsuchenden (#UnitedByOurEthics).

Der Widerstand der Mediziner gegen die neue Gesetzgebung ist gleichermaßen ein solidarischer Akt gegen die Lager und die allgemeine Rechtsstellung Australiens gegen »Fremde«.

Ob Turnbull als konservativ Liberaler gegen das Gesetz vorgehen wird und die Situation auf Nauru oder in den Lagern im Land verändern will, bleibt abzuwarten.

Für Amnesty International ist bereits jetzt klar, dass der Border Force Act eine illigitime Restriktion der freien Meinungsäußerung darstellt. Demnach verstößt Australien gegen die internationalen Menschenrechte.

Der Aufruf dieser Kampagne ist eine Stellungnahme nationaler Akteure gegen eine repressive Regierung, für eine transparente, demokratische und menschenwürdige Behandlung von Migranten und Asylsuchenden.

#BorderForceAct

Über das Recht zu bleiben und zu gehen

Von Ouagadougou über Mitilini nach Nickelsdorf und weiter. Einige Anmerkungen zu den aktuellen Kämpfen um Bewegungsfreiheit und gerechte Entwicklung.

Transact!

Die Dublin-Regelung geschleift, Frontex mit dem Rücken zur Wand, Europas Grenzen außer Kontrolle: In neuer Dimension und mit anhaltender Hartnäckigkeit haben die Bewegungen der Flüchtenden und Migrant_innen das EU-Grenzregime regelrecht überrannt. Das Recht auf Bewegungsfreiheit wird tagtäglich tausendfach durchgesetzt, im zentralen Mittelmeer und in der Ägäis, durch Italien und über die Balkanroute, in Deutschland bis nach Skandinavien. Die Gegenseite versucht mit allen Mitteln, die verlorene Kontrolle zurückzugewinnen. Sie schärfen ihre Gesetze der Ausgrenzung und Entrechtung. Fast jeden Tag reißen sie immer noch und immer wieder Menschen in den Tod: erstickt in LKWs, ertrunken im Meer.

Doch die Selbstorganisation und das Selbstbewusstsein der Geflüchteten und Migrant_innen nehmen stetig zu, viele haben ihre Erfahrungen aus der »Arabellion« im Gepäck. Der Aufbruch zum »March of Hope« am 4. September im Budapester Bahnhof markierte einen neuen Höhepunkt. Davon inspiriert kam ein neuer Schub von »Refugee Welcome«-Initiativen in Gang, verknüpft mit einer riesigen medialen Aufmerksamkeit, nicht nur in Deutschland und Österreich überwiegend in positiv-solidarischer Berichterstattung für die Geflüchteten. Bei allen »Ambivalenzen dieser Hegemonie« – von bisweilen unerträglichem Paternalismus oder zynischen Nützlichkeitsdiskursen, inklusive Unterscheidung in gute und schlechte Flüchtlinge – sehen wir ein gesteigertes Potential für eine transnationale antirassistische Bewegung, die den »langen Sommer der Migration« weiter erfolgreich flankieren kann und gleichzeitig den Impuls geographisch und sozial ausweiten muss. Und spätestens an dieser Stelle gilt es auch, nicht an den Außengrenzen der EU stehen zu bleiben, sondern in einer transnationalen (Solidaritäts-)Perspektive den Bogen zu sozialen und politischen Auseinandersetzungen in den Herkunftsländern von Geflüchteten und Migrant_innen zu schlagen. Denn Fakt ist, dass sich die EU gerne als Feuerwehr präsentiert, wo sie doch selbst allzu häufig als Brandstifterin agiert – und zwar immer dann, wenn eigene Interessenslagen duchgeboxt werden sollen. Entsprechend sehen wir derzeit drei zentrale Herausforderungen.

Erstens: Fluchtwege freihalten – das Recht zu gehen!

Dazu gehören einerseits die Verstetigung und der Ausbau von Solidaritätsstrukturen entlang der gesamten Route. Von Initiativen im gesamten Mittelmeerraum wie Sea Watch (sea-watch.org), Alarmphone (alarmphone.org/de/) oder dem Rasthaus für Migrantinnen und ihre Kinder in Rabat (afrique-europe-interact.net/1318-o-Das-Projekt.html), über konkrete Fluchthilfe- und Webguides bis hin zur materiellen Unterstützung von lokalen Projekten, insbesondere im Balkan beim Aufbau von Anlaufstellen und Gesundheitsposten. Zum anderen braucht es politisch offensive Mobilisierungen wie die Konvois aus Wien nach Ungarn oder die Open-Borders-Karawane aus Ljubljana.

Zweitens: Hintergründe thematisieren – das Recht zu bleiben!

Ob durch (Ressourcen-)Kriege und Waffenexporte, durch Unterstützung korrupter Eliten oder durch Landraub, Überfischung und knallharte Handelspolitiken (verkörpert durch das viel zitierte »globale Huhn«): Es gibt wenige Gründe für Flucht und Migration, an denen die Global Player der Weltökonomie und somit auch Europa und Deutschland nicht bestens verdienen. Umso verlogener erscheinen die Politikerreden, in denen proklamiert wird, die Ursachen der Migration nunmehr anpacken zu wollen. Sie wollen allenfalls eine weitere Zurichtung im Ausbeutungsgefälle. Dagegen steht die Kooperation mit selbstorganisierten Initiativen und Kämpfen für soziale Gerechtigkeit im globalen Süden. Denn eines

dürfte klar sein: An den neo-kolonialen Abhängigkeitsverhältnissen lässt sich nur etwas ändern, wenn soziale Basisbewegungen aus Afrika und Europa in großem Stil gleichberechtigt, verbindlich und direkt zusammenarbeiten. Ob in Mali oder Burkina Faso bei Kämpfen für das Recht zu bleiben (und somit für eine gerechte bzw. selbstbestimmte Entwicklung). Oder in Syrien, wo es bis heute nicht nur hartnäckgigen Widerstand gegen das Assad-Regime und die IS-Truppen gibt, sondern auch beeindruckende Initiativen, um Neues zu schaffen. Ob in Erbin, Quamishli, Daraa oder Kobane.

Drittens: Kämpfe verbinden zu einer sozialen Offensive!

Wie wird es weitergehen in Europa und in Deutschland? Gelingt den Herrschenden die Eindämmung der erfolgreichen Flüchtlingskämpfe? Suchen sie notfalls verstärkt den Pakt mit rechtspopulistischen und rassistischen Parteien und Organisationen? Gelingt eine soziale Spaltung im gesellschaftlichen Unten, das Teile und Herrsche im Gegeneinander-Ausspielen sozialer Bewegungen? Oder kann der Impuls der Autonomie und Kämpfe der Migration in andere soziale Fragen übergreifen? Können die Märsche der Hoffnung Mut machen und eine neue Dynamik sozialer Kämpfe in Europa entfachen? Freiheit, Würde, Demokratie, soziale Sicherheit für sich und ihre Familien, dafür demonstrieren die Menschen auf der Flucht mit allem Einsatz, dafür lassen sie sich von Zäunen und Grenzen nicht aufhalten. Sie wollen ankommen am Ort ihrer Wahl, zumeist bei Verwandten und Freund_innen, quer durch Europa, dort die Sprache lernen, vernünftig wohnen, arbeiten, leben. »Solidarity for all«, der Slogan emanzipativer Netzwerke in Griechenland, wäre aufzugreifen, um alle Spaltungsversuche offensiv zu bekämpfen und gleichzeitig die »Normalität der Austerität«, die Politik der Sozialkürzungen und Prekarisierung, neu anzugreifen. Bezahlbare Wohnungen für alle durch neue Wohnungsbauprogramme, Zugang für alle zu gesundheitlicher Versorgung und Bildung, bedingungslose Grundeinkommen und erhöhte Mindestlöhne: Diese sozialen Forderungen können und müssen mit neuem Leben gefüllt werden, durch soziale Aneignung und soziale Streiks, lokal bis transnational. Kurzum: Die Kämpfe der Geflüchteten und Migrant_innen haben die soziale Frage mit neuer Wucht auf die Tagesordnung gesetzt. Greifen wir sie auf, reißen wir die Grenzen nieder, in allen Ländern, in allen Köpfen!

Schließlich noch ein Wort zu uns und zur Frage, wie wir uns in diesen Kämpfen verorten: »Transact!« – dieser Slogan verleiht unserer gemeinsamen Überzeugung Ausdruck, dass regionale, überregionale und transnationale Kämpfe miteinander verbunden werden müssen. Dementsprechend suchen wir nach Möglichkeiten des »Crossover«, der Brückenschläge zwischen verschiedenen Teilbereichsbewegungen und zwischen mehr und weniger radikalen Linken. Es geht uns um die Verbindungen zwischen unterschiedlichen sozialen Realitäten und Kämpfen – in unseren Augen eine zentrale Bedingung, um gegen das globale Ausbeutungsgefälle anzugehen. Wir beziehen uns dabei auf vielfältige (Alltags-)Kämpfe und Sozialbewegungen, entsprechend sind wir in ganz unterschiedlichen Bereichen aktiv. ✖

Mehr Infos

✖ *Der Text ist von Initiative Transact! von Oktober 2015 von der Internetseite http://transact.noblogs.org/post/2015/10/03/vom-recht-zu-gehen-und-zu-bleiben/. Dort gibt es in einer chronologischen Collage schlaglichtartig skizzierter (Alltags-)Kämpfe und Links zum Weiterlesen versehen – die zugleich exemplarische Antworten auf besagte drei Herausforderungen enthalten.*

SCHWERPUNKT



War da was? Postkoloniale Spurensuche

ZAG

Unser ZAG-Schwerpunkt kommt gerade passend zu wichtigen Ereignissen in der Auseinandersetzung über die koloniale Vergangenheit Deutschlands. Die Mitstreiter_innen des Forschungs- und Bildungsprojekts *freiburg-postkolonial.de* feiern vom 16. September bis 10. November zehnjähriges Jubiläum und gehören damit zu den Pionier_innen der vielen lokal orientierten Initiativen, die sich in ihren Städten auf postkoloniale Spurensuche begeben. Nach den langen Jahren des zivilgesellschaftlichen Engagements kann mensch in Freiburg auf ein Potpourri an realisierten Projekten und Formaten zur Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte im urbanen Raum zurückgreifen. Anhand von Stadtführungen mit Audioguides der als Informationspool und Wissensarchiv dienenden Website, postkolonialen Stadtplänen, Vorträgen und Ausstellungen werden die Spuren des Kolonialismus in der baden-württembergischen Stadt hör- und sichtbar gemacht. Wir gratulieren den Vorreiter_innen der postkolonialen Bewegung(en) in Deutschland, die sich 2005 zu *freiburg-postkolonial.de* zusammenschlossen und die mit ihren Ideen prägend für viele weitere Menschen waren und sind, die am Beispiel der Hamburger, Dresdner oder Münchner Initiativen in dieser ZAG-Ausgabe zu Worte kommen.

War da was? Ein Wort namens Genozid?

Es gibt im Jahr 2015 noch mehr – allerdings mit Vorbehalt – zu feiern, und da kommt eine weitere städtische Initiative ins Spiel, die seit 2007 zivilgesellschaftlich aktiv ist, um die Spuren des Kolonialismus im öffentlichen Raum und in der Stadtgeschichtsschreibung kritisch zu kommentieren und für die breite Bevölkerung sichtbar zu machen. *Berlin Postkolonial e. V.* hat nun neben der lokalen Arbeit in der Hauptstadt öffentlichkeitswirksam die grenzüberschreitende Kampagne »Völkermord verjährt nicht!« gestartet und gemeinsam mit mehr als 150 Erstunterzeichner_innen aus Kultur und Wissenschaft, Politik, Kirche, und Black Community in Deutschland sowie zahlreichen NGOs und Netzwerken den Appell »Völkermord ist Völkermord!« bis ins Bundespräsidialamt getragen. Am 6. Juli überreichten Aktivist_innen von *Berlin Postkolonial e. V.* den an den Bundespräsidenten, den Bundestag und die Bundesregierung gerichteten Aufruf gemeinsam mit einer Delegation von Ovaherero und Nama aus Namibia, den Nachkommen der Opfer des deutschen Genozids (1904-1908) in der damaligen Kolonie Deutsch-Südwestafrika. Bezeichnend pietätlos das Verhalten der Empfänger des Appells beim Bundespräsidialamt: Die hochrangigen namibischen Vertreter der Opfergruppen wurden gar nicht erst offiziell empfangen.

Dennoch überstürzten sich danach die Meldungen über die spätestens seit dem 120. Jahrestag der Berliner Afrika-Konferenz 2004 geführte Debatte um die offizielle Anerkennung der Kriegsverbrechen, Vertreibungen und massenhaften Vernichtung durch die deutschen Kolonialherren während der Kriegshandlungen und in den danach errichteten Konzentrationslagern als Genozid. So schrieb einen Tag vor dem 9. Juli, dem 100. Jahrestag der Kapitulation der Deutschen gegenüber den südafrikanischen Truppen in Deutsch-Südwestafrika, der Bundestagspräsident Norbert Lammert in »*Die Zeit*« von einem menschenverachtenden »Rassekrieg« und benutzte erstmalig den Terminus Genozid. Einen Tag später folgte ihm die Bundesregierung und begann über Entschädigungszahlungen mit dem namibischen Staat zu verhandeln.



Genozid – und weiter?

Die offizielle Formulierung der Bundesregierung – »Der Vernichtungskrieg in Namibia von 1904 bis 1908 war ein Kriegsverbrechen und Völkermord« – scheint hierbei völlig fehlgeleitet, denn der heutige Staat Namibia existiert erst seit 1990, und die Nachfahren der vom ersten Völkermord des 20. Jahrhunderts betroffenen Ovaherero, Nama, San und Damara werden einmal mehr gar nicht adressiert.

Die Palette an offenen Forderungen des zivilgesellschaftlichen Bündnisses ist breit. Noch lange nicht sind alle für rassistische Forschungen geraubten menschlichen Überreste in ihre Ursprungsländer repatriiert worden, und noch immer fehlt eine offizielle Entschuldigung der Bundesregierung bei den bis heute von den schwerwiegenden Auswirkungen des Genozids und den Enteignungen während der deutschen Herrschaft betroffenen Communities. Da die namibischen Aktivisten weiterhin von den laufenden Entschädigungsverhandlungen zwischen der deutschen und der namibischen Regierung ausgeschlossen werden, wurde die Kampagne und Unterschriftensammlung bis zum 2. Oktober, dem 111. Jahrestag des Genozidbefehls des deutschen Generals Lothar von Trotha, verlängert. Während seiner dreitägigen Reise Anfang Oktober nach Namibia nahm Lammert zwar an einer Totengedenkfeier in Otjinene teil, dort wo der Vernichtungsbefehl erlassen wurde, sprach aber sonst lediglich als Privatperson von Völkermord.

Anfang Juli haben zwei Oppositionsparteien Anträge über die »Versöhnung mit Namibia« (Die Linke, Drucksache 18/5407) und die »historische Verantwortung« Deutschlands (Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 18/5385) in den Bundestag eingebracht, die am 14. Oktober in den Bundestagsausschüssen für Entwicklungszusammenarbeit und Menschenrechte verhandelt werden. Dabei nannten die Linken einen entscheidenden Zusammenhang zwischen Kolonialismus und Gegenwart, der Antrieb des aktuellen ZAG-Schwerpunkts einer postkolonialen Spurenlese ist: »Der Deutsche Bundestag ist sich bewusst, dass die Auseinandersetzung mit diesem Völkermord und seinen Folgen auch unmittelbare Bedeutung für die Gegenwart hat. Deshalb muss sich Deutschland seiner kolonialen Vergangenheit stellen. Eine selbstkritische Reflexion der kolonialen Prägungen der deutschen Gesellschaft ist auch Voraussetzung, um gegen den insbesondere gegen schwarze Menschen gerichteten Rassismus vorzugehen.«

Die ZAG blickt mit diesem Schwerpunkt auf die ehemals kolonisierenden Metropolen und deren städtische Gesellschaften in Deutschland, die ebenfalls ein unterstützender Teil des Kolonialismus waren. Ja, da war was, auch hier vor Ort, in jeder größeren Stadt lassen sich Spuren der deutschen Kolonialgeschichte finden. Nachdem die Erinnerung an den Kolonialismus lange verdrängt wurde, haben sich die bereits genannten und viele weitere postkoloniale Initiativen zivilgesellschaftlich das Ziel gesetzt, diesen bis heute wichtigen Teil der Geschichte regional aufzuarbeiten, die historischen Wurzeln des gesellschaftlichen Rassismus aufzudecken und postkoloniale und rassistische Denk- und Gesellschaftsstrukturen der Gegenwart zu offenbaren. Die ZAG begibt sich mit auf den Weg einer postkolonialen Spurenlese... ✖

Eure ZAG

Deutscher Kolonialismus als gegenwärtige Vergangenheit

ZAG

»Besaß Deutschland Kolonien?«, wird häufig gefragt. Die Kolonialgebiete, die sich das Deutsche Reich im 19. Jahrhundert unter den Nagel gerissen hatte, werden häufig vergessen. Die koloniale Vorgeschichte beginnt Ende des 17. Jahrhunderts mit der Errichtung von Handelsposten Brandenburg-Preußens an der Küste Westafrikas und der Karibik. Erst nach seiner Gründung 1871 eignete sich das Deutsche Reich Kolonien außerhalb Europas an. Dem gingen private Versuche, sich Land in Übersee anzueignen und Handelsniederlassungen zu errichten, voraus.

1884 wurden in kurzer Folge private Besitzungen deutscher Händler unter den Schutz des Staates gestellt. Beginnend mit Lüderitzland, das den Kern des im gleichen Jahr begründeten Kolonialgebiets Deutsch-Südwestafrika bildete und das heutige Namibia umfasst, wurden Togo sowie Kamerun zu deutschen Kolonialgebieten erklärt. 1885 kam Deutsch-Ostafrika hinzu, welches die heutigen Staaten Tansania, Ruanda und Burundi sowie Teile Mosambiks umfasste, und von 1885 bis 1888 wurden Gebiete im Pazifik vereinnahmt. Diese umfassten Teile des heutigen nördlichen Papua-Neuginueas, Nauru, Samoa sowie die Marshallinseln und die Salomonen. Erst 1888 wurden die sogenannten Schutzgebiete formell und tatsächlich der staatlichen Verwaltung durch das Deutsche Reich unterstellt. Dennoch blieben die Kolonien vom Reichsgebiet formell getrennt. Das deutsche Kolonialreich in Afrika entwickelte sich entlang der von den europäischen Großmächten auf der von 1884 bis 1885 dauernden Berliner Konferenz – sogenannte Kongo-Konferenz – vereinbarten Aufteilung ihrer Interessensphären auf dem afrikanischen Kontinent. Bis 1895 war Afrika in ihren Besitz gelangt mit Ausnahme des heutigen Äthiopiens, Liberias und der burischen Siedlungskolonien im südlichen Afrika. Zuletzt wurde 1897 unter militärischem Druck auf das chinesische Kaiserreich das Pachtgebiet Tsingtao an der Küste des Gelben Meeres dem Kolonialgebiet einverleibt.

Die Zeit der staatlichen Kolonialpolitik blieb nicht ohne Widerstand. Der erste Aufstand der Duala begann noch im ersten Jahr der Errichtung der Kolonie Kamerun 1884. Die Herero und Nama in Deutsch-Südwestafrika setzten sich gegen ihre Vertreibung von ihrem angestammten Land zur Wehr und wurden durch den Völkermord deutscher Kolonialtruppen nahezu ausgerottet. In Deutsch-Ostafrika erhoben sich 1905 die Arbeitenden auf den Baumwollfarmen. Im Verlauf der Kämpfe wurden 200.000 Menschen durch die deutschen Truppen ermordet.

Mit dem Ende des 1. Weltkriegs war auch das Ende der deutschen Kolonialgebiete besiegelt, die zu Mandatsgebieten des Völkerbundes wurden. Die Gedanken und die Bemühungen, wieder ein Kolonialreich zu errichten, lebten aber bis mindestens 1945 fort.

Die deutsche Kolonialgeschichte hat trotz ihrer relativ kurzen Geschichte Spuren hinterlassen. Nicht nur in den ehemaligen Kolonien. Man findet in der BRD allerorten Denkmäler, die die Kolonisatoren, Militärs und Verwalter feiern, wie im Fall des Wissmann-Denkmals, oder Grabmäler für deutsche Angehörige der Kolonialtruppen, wie auf dem Berliner Garnisonsfriedhof am Columbiadamm, – und bei Straßennamen oder Gebäuden, wie dem des Kolonialbundes. In völkerkundlichen Sammlungen in Deutschland befinden sich Alltags- und Ritualgegenstände der Bevölkerung der ehemaligen Kolonialgebiete oder angebliche Geschenke der lokalen Herrschaften an den deutschen Kaiser. In medizinischen Sammlungen werden Skelette, Schädel und Knochen aufbewahrt, die im Zuge der Kriege gegen die autochtone Bevölkerung der Kolonien oder durch Grabplünderung nach Deutschland kamen. Nur teilweise wurden sie in ihre Ursprungsländer wie Namibia zurückgeführt. Wir finden die deutsche Kolonialgeschichte in Lebensmitteln, bei der »Einkaufsgenossenschaft der Kolonialwarenhändler im Halleschen Torbezirk zu Berlin«, kurz E.d.K., später Edeka. Auch in TV-Schmonzetten wie »Für immer Afrika« springt uns die Geschichte an. Es ist die Geschichte der Nachkommen der in der Zeit vor dem Ende des 1. Weltkrieges aus den damaligen Kolonialgebieten Eingewanderten und aller anderen.

1884

Juli

- Errichtung der Kolonie Togo;
- Errichtung der Kolonie Kamerun;
- Aufstand in Duala.

August:

- Errichtung der Kolonie Deutsch-Südwestafrika (heutige Republik Namibia).

November:

- Eröffnung der Westafrika-Konferenz (»Kongo-Konferenz«) in Berlin.

1885

Februar:

- Beendigung der Westafrika-Konferenz in Berlin;
- Abkommen über Handelsverträge und über die Aufteilung des afrikanischen Kontinents in europäische Einflusszonen;
- Errichtung der Kolonie Deutsch-Ostafrika (heutige Republik Tansania).

1888

- Gründung der »Deutschen Kolonialgesellschaft«/DKG.

1890

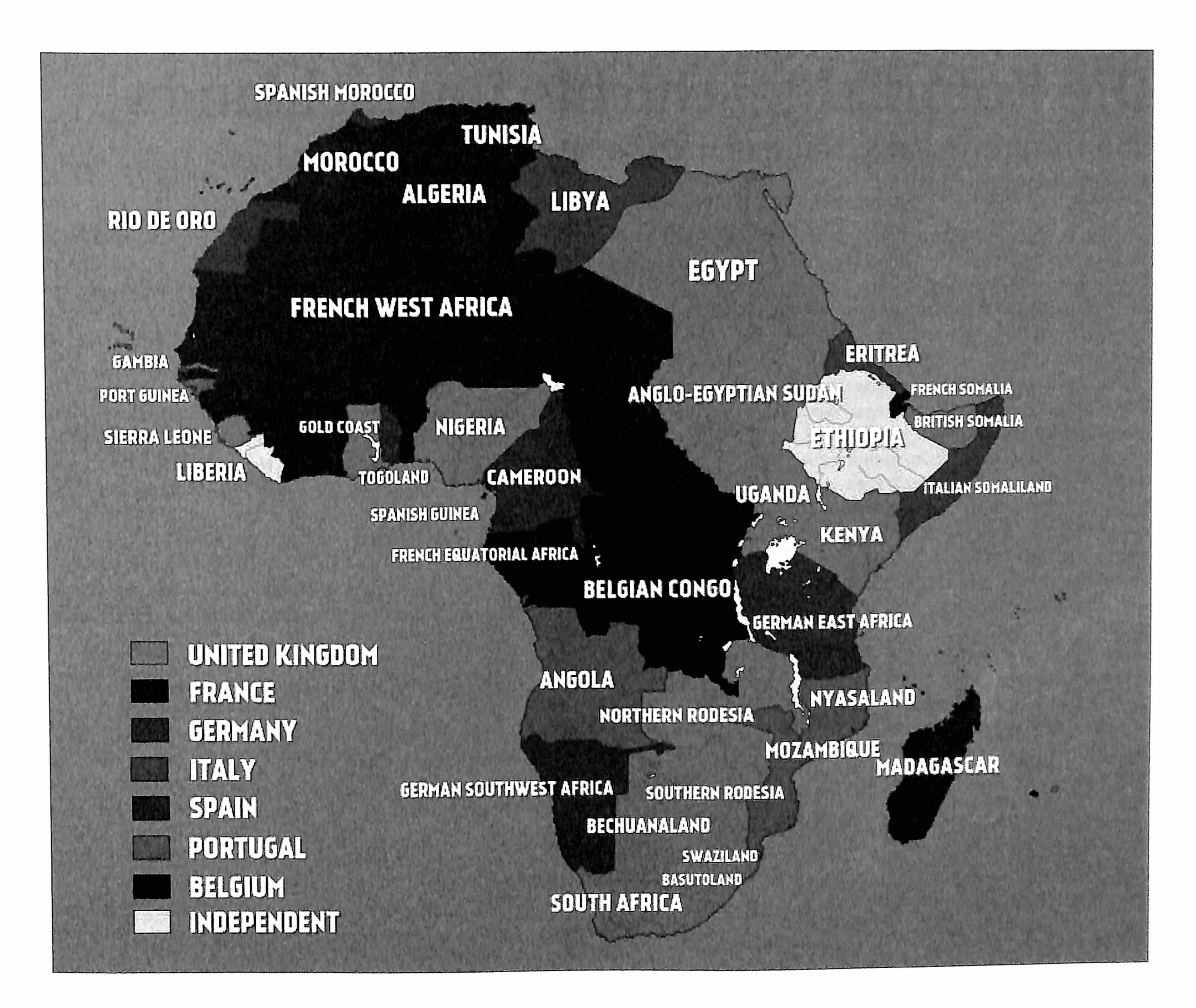
- Einrichtung der Kolonial-Abteilung im Auswärtigen Amt;
- Aufstände in Kamerun (1890 bis 1898).

1891

- Aufstände in Deutsch-Ostafrika (1891 bis 1907).

1897

- Errichtung des deutschen Pachtgebiets Tsingtau.



1904-1906

- Aufstände der Herero in Deutsch-Südwestafrika, denen sich die Nama anschließen;
- Ermordung von etwa 70.000 Herero und 10.000 Nama.

1905

- »Maji Maji«-Aufstand auf den deutschen Baumwollplantagen in Deutsch-Ostafrika, Ermordung von etwa 200.000 Menschen in den Aufstandsgebieten (1905 bis 1908);
- Überreichung von Petitionen gegen die deutsche Kolonialpolitik durch Könige und Amtsträger aus Togo und Kamerun an die Reichsregierung.

1906

- Überreichung einer Petition gegen die deutsche Kolonialpolitik durch den Kameruner Bevollmächtigten Prinz Ludwig Mpundo Akwa an die Reichsregierung.

1907

- Errichtung eines eigenständigen Kolonialministeriums: Reichskolonialamt im Auswärtigen Amt;
- Hinrichtung von sechs Aufständischen in der Kolonie Kamerun.

1911

- Petitionen gegen die deutsche Kolonialpolitik von Togoer Königen, Amtsträgern und Geschäftsleuten an die Reichsregierung.

1914

- Hinrichtung von etwa 200 aufständischen Amtsträgern – darunter Rudolf Duala Manga Bell, Ludwig Mpundo Akwa, Mandola von Groß Batanga, Martin-Paul Samba – in der deutschen Kolonie Kamerun.

1914-1918

- Erster Weltkrieg in Europa und den europäischen Kolonien in Afrika.

1919

- Friedensvertrag von Versailles und Einrichtung von Mandatsgebieten über die ehemaligen deutschen Kolonien.

Quelle

- *Dies ist ein ergänzter Auszug aus Paulette Reed-Anderson Chronologie zur Kolonialgeschichte 1874-1945, vollständig unter http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/afrikanische-diaspora/59376/chronologie.*

Die Kolonialgeschichte Deutschlands

Von Unterdrückung, Raub und Völkermord

Deborah Sarah Gülsen

Auf die blutige und pogromartige Niederschlagung des sogenannten Boxeraufstands in China 1900 durch deutsche Truppen folgten Kolonialverbrechen des deutschen Imperialismus, insbesondere in Afrika. Erste Opfer waren die Herero und Nama im Südwesten Afrikas (heute Namibia), die Opfer des Völkermords der deutschen Kolonialarmee in den Jahren 1904 bis 1907 wurden. Deutschland lehnt bis heute jegliche Entschädigungen und jegliche Entschuldigungen strikt ab, ja weigert sich, die Vertreter des Volkes der Herero zu empfangen.
Im Gegenteil geht es bis heute nach wie vor darum, die reaktionären Beziehungen zu dieser ehemaligen deutschen Kolonie zu verstärken, insbesondere zu den 30.000 »Deutschstämmigen«, die weitgehend die Rolle einer »5. Kolonne« des deutschen Imperialismus besetzten, um dessen Hegemonialinteressen dort voranzutreiben. Dies ist verbunden mit der Zurschaustellung von großdeutschem Chauvinismus, wobei die Beschwörung des »in Namibia noch lebendigen deutschen Erbes« angesichts der ungeheuerlichen Verbrechen der deutschen Machthaber im sogenannten »Deutsch-Südwestafrika« eine kaum zu überbietende Provokation und Verhöhnung der Bevölkerung Namibias ist.
Im »Wettlauf um die koloniale Aufteilung der Erde« war Deutschland zwar »zu spät gekommen«. Doch überall dort, wo der deutsche Imperialismus seine Kolonialmacht errichten konnte, wie in Togo, Kamerun, »Ostafrika« (vorwiegend das heutige Tansania) und »Südwestafrika« (das heutige Namibia), bewies Deutschland bereits, dass es auf dem Weg zum Ersten Weltkrieg seine kolonialen Ansprüche mit besonderer Aggressivität bis hin zu den Methoden des Völkermords wie zum Beispiel in Südwestafrika durchsetzte.
Dazu soll anhand der Kolonialzeit und des Völkermordes an den Herero und Nama exemplarisch dargestellt werden, worin die Vorgehensweise der deutschen Kolonialherren bestand und was bis heute nicht wieder gut gemacht ist.

Schlaglichter des deutschen Kolonialismus in Afrika

»Deutsch-Südwestafrika« war von 1884 bis 1917 deutsche Kolonie. Das Territorium des heutigen Namibia war damals hauptsächlich von Herero und Nama bewohnt. 1884 wurde offiziell die deutsche »Schutz«herrschaft errichtet. Die deutschen Kolonialisten rissen mit betrügerischen Methoden große Teile des Landes an sich. Führende Kraft der Kolonisierung war dabei ab 1885 die »Deutsche Kolonialgesellschaft für Südwestafrika«. Diese war u. a. von der Dresdner Bank und der Deutschen Bank getragen.
Zu Beginn des Jahres 1904 riefen die Herero zum Aufstand gegen die deutschen Kolonialherren auf. Gleich beim ersten Gefecht erlitten die deutschen Truppen eine schwere Niederlage, nur eine schnelle Flucht bewahrte sie vor der vollständigen Vernichtung. Nachdem Verstärkung aus Deutschland herbeigerufen worden war, ging die deutsche Kolonialarmee mit einer Grausamkeit gegen die Herero vor, die in vielem im Rückblick an die Gräueltaten der Nazis im Zweiten Weltkrieg erinnern. Massenerschießungen von Gefangenen und Niedermetzeln verwunderter Hererokrieger waren an der Tagesordnung.
Am 11. August 1904 kam es am Waterberg zur Entscheidungsschlacht zwischen den Aufständischen und der vorrückenden deutschen Soldateska. Mit mörderischer Absicht ließ die deutsche Armee den Durchbruch bewusst in einer einzigen Richtung zu, in die wasserlose Omahekewüste. Um die Herero nicht mehr aus der Wüste entkommen zu lassen, errichteten die Deutschen eine Reihe von schwer bewaffneten Lagern an den Wüstenrändern. Die meisten der Herero – Kinder, Frauen, Männer und Greise – wurden ermordet, indem sie von jeglichen Wasserquellen abgeschnitten wurden, so dass sie in der Wüste von Omaheke verdursten mussten!
Doch auch in den folgenden Jahren kämpften Abteilungen der Herero gemeinsam mit den nunmehr ebenfalls aufständischen Nama gegen die deutschen Kolonialtruppen weiter und führten einen mutigen und entschlossenen Guerillakampf. Am Ende unterlagen sie den besser ausgerüsteten und in Überzahl agierenden deutschen Truppen.
Nach Schätzungen überlebten von den 80.000 Herero nur 15.130, von den etwa 20.000 Nama 9.781. Gefangengenommene Herero wurden in Ketten gelegt, ihnen wurden die Buchstaben »GH« (Gefangene Herero) eingebrannt, und sie wurden zur Zwangsarbeit gezwungen. Andere überlebende Gruppen wurden in großen Lagern konzentriert an der kalten und feuchten Atlantikküste interniert, wo sie zu Tausenden im ungewohnten Klima starben. Teilweise wurden sie auch in andere deutsche Kolonien deportiert. Die Stammesorganisationen der Herero wurden gewaltsam aufgelöst, die politischen Repräsentanten der Herero wurden als »Rädelsführer« hingerichtet. Auch wurde der gesamte noch verbliebene Grundbesitz der Herero und Nama »eingezogen«, also enteignet.
Nach dem Völkermord an den Herero perfektionierten die deutschen Kolonialisten in Südwestafrika höchstoffiziell ihr rassistisches Apartheidsregime u. a. durch das Verbot von »Mischehen«. Dabei stimmen die rassistischen »Kulturpolitischen Grundsätze« des ehemaligen Ansiedlungskommissars für »Deutsch-Südwest«, Rohrbach, aus dem Jahr 1909 fast wörtlich überein mit den »Rassenpolitischen Leitsätzen zur deutschen Kolonialpolitik der NSDAP«. Hunderte von deutschen Farmen entstanden auf dem Land der großteils ermordeten Herero. 1912 waren von der 835.000 Quadratkilometer umfassenden Gesamtfläche Südwestafrikas nur noch 12.373 Quadratkilometer, d.h. nur noch 1,5 Prozent der Gesamtfläche im Besitz der Völker Südwestafrikas.
Der Oberbefehlshaber der deutschen Soldateska in »Deutsch-Südwest«, General von Trotha, der bereits bei der Niederschlagung des Wahehe-Aufstands in Ostafrika und des sog. »Boxer-Aufstands« in China 1900 »Erfahrungen« gesammelt hatte, rechtfertigte den Völkermord offen mit den Worten: »Es ist selbstverständlich, dass ein Krieg in Afrika nicht nach den Maßstäben der Genfer Konvention geführt werden kann.« Das imperialistisch-kolonialrassistische Völkermorden in »Deutsch-Südwest« wurde im Geiste der angeblichen Überlegenheit der deutschen »Herrenmenschen« verübt.

Ziel Trothas war die physische Vernichtung des Hereros und die blutige Niederschlagung des Guerillakriegs der Namas, den diese bis 1907 führten.
Es gibt in den Jahren 1904 bis 1908 noch einen anderen Aspekt des Völkermords in Namibia, der weitgehend vergessen ist. Nach dem blutigen Niedermetzeln des Herero-Aufstands errichteten die deutschen Kolonialherren an strategischen Plätzen in Namibia fünf »Internierungslager«. Überall im Lande wurden die geschlagenen Herero und später die Namas aufgegriffen, in großen Lagern konzentriert und dort zur Zwangsarbeit gezwungen. Als sämtliche dieser Lager 1908 aufgelöst waren, war die Herero-Nation praktisch vernichtet. Über 80 Prozent der Herero-Frauen, -Männer und -Kinder waren in diesem Krieg und in diesen Lagern umgekommen.
Bei seinen weltweiten imperialistischen und revanchistischen Aktivitäten bedient sich der deutsche Imperialismus der alten, von den Nazifaschist*innen überall auf der Welt geknüpften Verbindungen, zugleich belebt er auch traditionelle Beziehungen zu seinen alten Kolonien in Afrika oder auch in Asien. Das trifft in besonders hohem Maß auf Namibia zu.
In Namibia gibt es unter den 1,6 Millionen Einwohnern heute etwa 30.000 Menschen »deutscher Herkunft«. Von der deutschen Kolonialherrschaft und dem Völkermord an den Herero über die Jahrzehnte der Apartheid bis heute handelt es sich bei diesen weitgehend um eine privilegierte Oberschicht, Nutznießer der Unterdrückung und Ausbeutung der Völker Namibias, diese sind »tonangebend« in der Wirtschaft.
Formal unabhängig ist Namibia heute faktisch eine Neokolonie, wobei der deutsche Imperialismus in führender Position ist. Deutschland ist größter sogenannter »Entwicklungshilfegeber« Namibias.
Auch in Togo und in Kamerun (sogen. »Deutsch-Ostafrika«) wüteten die deutschen Kolonialisten 1891 bis 1914. Das heutige Gebiet mit den Staaten Tansania, Burundi und Ruanda sowie ein kleiner Teil von Mosambik war ebenfalls seit 1885 deutsche Kolonie.

Der Versuch des Widerstands

Die unterworfenen Völker erhoben sich immer wieder gegen die deutsche Kolonialmacht. Diese wurden mit Massakern und »Strafexpeditionen« unterdrückt. Nachdem ihre Aufstände niedergemacht wurden, mussten sie als »Entschädigung« regelmäßig neben materiellen Gütern auch Zwangsarbeit leisten. Nicht nur Männer, sondern auch Frauen und Kinder wurden gezwungen, als Träger bei den »Strafexpeditionen« zu schuften. Die deutschen Kolonialisten bekamen die immer wieder aufflammenden Aufstände und Widerstandsaktionen der Kolonialvölker nie vollständig unter Kontrolle. Um den Widerstand zu brechen bzw. das eigene Einflussgebiet auszubauen, wurde die Kolonialarmee auf sog. »Befriedungsaktionen« geschickt. Hinter diesem beschönigenden Begriff steckten das Niederbrennen von Dörfern, Erschießungen, Raub, Geiselnahmen, Vergewaltigungen, Erpressung von Abgaben und Verschleppung zur Zwangsarbeit.
Gemäß den beschönigenden deutschen Angaben zu den Opfern unter den Völkern des Landes wurden bei der Niederschlagung des Aufstands rund 75.000 Menschen ermordet. Neuere Untersuchungen gehen aber von 120.000 bis 300.000 Menschen aus, die durch die Kämpfe, Gefangenschaft, Zwangsarbeit und die folgende Hungersnot ermordet wurden. Von den 30.000 Pangwa überlebten nur etwa 1.000 bis 1.500 die Massaker der deutschen Truppen.
Gegen dieses sich immer mehr verschärfende deutsche Kolonialregime begann im Juli 1905 ein antikolonialer Aufstand (der sog. »Maji-Maji-Aufstand«), der ein Gebiet umfasste, das größer als das damalige Deutschland (ein Drittel der ganzen deutschen Kolonie) war. Zehntausende bewaffnete Kämpfer und Kämpferinnen griffen die deutschen Kolonialisten vor allem mit Hilfe von Guerilla-Aktionen an und hatten zu Beginn große Erfolge.
Die Aufständischen kämpften heroisch noch bis Ende 1907 weiter, erlitten aber schließlich eine Niederlage. Aufgrund der verbrecherischen Kriegsführung der deutschen Kolonialisten wurden bis zu 300.000 Menschen der afrikanischen Bevölkerung ermordet.
Dieser antikoloniale Aufstand war einer der größten bis zum Ersten Weltkrieg. Er umfasste nicht nur ein riesiges Gebiet, sondern war vor allem auch deswegen vorbildlich für die antikolonialen Kämpfe in Afrika und auch weltweit, weil er durch ein solidarisches Bündnis von vielen verschiedenen Bevölkerungsgruppen durchgeführt wurde. Dieser Aufstand zeigte, dass durch Solidarität, durch ein Bündnis über Stammes- und religiöse Grenzen hinweg die Waffe der Imperialisten, das »Teile und Herrsche« zerschlagen und der eigene Kampf verstärkt werden kann.

Verweigerung von Entschuldigung und Wiedergutmachung – stattdessen Pflege der ausbeuterischen Beziehungen und Traditionen durch Ehrung der Mörder bis heute

Obwohl heutzutage diese Verbrechen nicht mehr geleugnet werden, wird jegliche Verantwortung für den Völkermord an den Herero und Nama abgestritten und Entschädigungszahlungen verweigert. Gleichzeitig sind Dutzende Autor*innen und Publizist*innen im Auftrag des deutschen Staates damit beschäftigt, seine mörderischen Verbrechen reinzuwaschen und zu rechtfertigen.
Führende Vertreter*innen, wie der ehemalige deutsche Außenminister Joschka Fischer, der ehemalige Bundespräsident Herzog oder Ex-Kanzler Schröder sprachen nicht von den Völkermorden in den Kolonien. Als Vertreter*innen des deutschen Imperialismus übergingen sie die Verbrechen der deutschen Imperialisten in dessen Kolonialgebieten. Bis heute verweigert der deutsche Imperialismus Entschädigungszahlungen für seine Kolonialverbrechen in Afrika.

Im Gegenteil, die Tradition des deutschen Kolonialimperialismus lebt in Kasernennamen und Straßennamen weiter. Die Liste der Mörder*innen und Kolonialverbrecher*innen, die bis heute geund verehrt werden, ist lang. Neben Throtha etwa auch der General Paul von Lettow-Vorbeck und der Rassist und Antisemit Graf Waldersee, der den Boxeraufstand in China 1900 niedermetzeln ließ und dabei seine Erfahrungen vom Krieg 1870/71 unter Feldmarschall von Moltke im deutschen Generalstab sowie »einschlägige« Erfahrungen aus der blutigen Niederschlagung der Pariser Kommune mitbrachte.

Denkmäler für Henker

Zur »Erinnerung« an die kaiserlichen Kolonialtruppen errichteten auch die Nazifaschisten etliche Denkmäler und benannten Straßen nach den kaiserlichen Henkern und Mörder*innen, die z. T. bis heute Bestand haben, wie für Adolf Lüderitz der 1883 mit betrügerischen Mitteln den Völkern von Namibia insgesamt eine Fläche von 580.000 km², darunter den Hafen von Angra Pequena (heute oft noch »Lüderitz-Land« genannt) raubte.
In den Jahren 1904 bis 1906 war er als erster Adjutant des Generals von Trotha an der Ermordung des Herero-Volkes beteiligt. Im Ersten Weltkrieg befehligte er die deutsche Kolonialarmee in Ostafrika.
Nach dem Zweiten Weltkrieg setzten die westdeutschen Imperialisten Lettow-Vorbeck erneut ein, um in Afrika wieder Einfluss zu gewinnen. 1953 reiste er dazu nach Süd- und Südwestafrika und spielte auch eine maßgebliche Rolle bei der Gründung der zahlreichen Vereinigungen der »alten Kameraden« des deutschen Kolonialismus.

Berechtigte Anklagen und Forderungen der Nachkommen der Opfer des kolonialen Völkermords

Die Nachkommen der Opfer des Völkermords fordern in Klagen und Memoranden u. a. die Anschaffung verlorenen Besitzes und Reichtums, Wiederherstellung der Kultur und humanitäre Hilfe.
Organisationen der Herero haben u. a. im September 2001 vor einem US-Gericht die Deutsche Bank auf zwei Milliarden Dollar Reparationszahlungen für ihre Rolle bei den Völkermorden in Namibia verklagt. Diese Klage wurde in den USA eingereicht, weil u. a. angeblich Schadenersatzansprüche nach deutschem Zivilrecht verjährt sind.
Zu Recht kritisierten Herero-Vertreter 2004 die »Resolution des Bundestages zu deutschen Kolonialverbrechen im ehemaligen ›Deutsch-Südwestafrika‹«: Da das Wort »Schuld« fehlt und die Konzentrationslager in den Städten Swakopmund und »Lüderitzbucht« nicht genannt wurden, kann von Aussöhnung nicht die Rede sein. Zu Recht und völlig zutreffend nannte Arnold Tjihuiko, ein Sprecher der Herero, die Deutschen »Meister des Rassismus«. Ihnen fehle es an »Respekt gegenüber schwarzen Menschen«. ✖

Errata

ZAG

In der ZAG 69 »Polizei.Staat.Rassismus« ist im Text »Leerstelle Rassismus. Zum institutionellen Rassismus im NSU-Komplex am Beispiel Hessen« der Gruppe »NSU-Watch Hessen« auf Seite 18 ein inhaltlicher Fehler aufgetreten. Es wurde vom Verfassungsschutz nicht unterstellt, dass Ismail Yozgat selbst zur Blutrache aufgefordert hatte, sondern dass er dazu aufgefordert wurde. Das ist dann doch ein Unterschied. Daher muss der betreffende Abschnitt richtigerweise lauten:
»Ismail Yozgat wäre in Freitagsgebeten in einer Kasseler Moschee zur Blutrache an Temme aufgerufen worden. Nachdem das LfV die Unterstellung der ›Blutrache‹ geäußert hatte, ließ die Polizei aus Gründen der Gefahrenabwehr alle von Ismail Yozgat genutzten Telefone überwachen. Zur Erklärung der Überwachung schrieb das Polizeipräsidium Kassel in einem Vermerk am 2. August 2006, dass die Gefährdung Temmes in ›den ethnisch-kulturellen Hintergründen der Opferfamilien‹ zu sehen sei (ebd.). Dass die Behauptung, Ismail Yozgat sei in der Moschee zur ›Blutrache‹ aufgerufen worden, nicht stimmen konnte, stellte sich erst später heraus: Er hatte an keinem einzigen Freitagsgebet in einer Moschee teilgenommen (ebd.: 732).«

Postkoloniale Kritik

Vom Finden und Überwinden kolonialer Spuren

Joshua Kwesi Aikins & Daniel Bendix

Das Adjektiv »post(-)kolonial« bezieht sich sowohl auf die Zeit nach dem formellen Ende von Kolonisierung als auch auf theoretische Perspektiven der Sprach-, Kultur- und Sozialwissenschaften, die dem Fortwirken von Kolonisierungen in herrschaftskritischer Absicht nachspüren. Erstere Bezugnahme ist wissenschaftsgeschichtlich älter und wird weitaus häufiger verwendet. Sie fand ursprünglich unter Historiker_innen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs Anklang, um im Sinne einer zeitlichen Abfolge beispielsweise vom »postkolonialen Staat« zu sprechen. Die zweite kam Ende der 1970er Jahre auf, um die vielfältigen kulturellen Auswirkungen von Kolonisierung zu diskutieren.

Aber von welcher Kolonisierung ist hier überhaupt die Rede? Auch wenn manchmal versucht wird, den Begriff auszudehnen und ihn beispielsweise auf den Aspekt der sowjetischen Besetzung der Ukraine zu beziehen, kann mensch doch von einem weitestgehenden Konsens dahingehend sprechen, dass damit die 500-jährige Kolonisierung des globalen Südens durch europäische Gesellschaften gemeint ist. Insofern stellt sich das Jahr 1492 als der entscheidende Moment dar, an dem das unzertrennliche Paar »Kolonialismus/Moderne« seinen Anfang nahm (Dussel 1995). Ein Verständnis für diesen Zusammenhang ist notwendig, um zu erkennen, dass die »Moderne« kein innereuropäisches Projekt war und dann »exportiert« wurde, sondern eines, das mit der Unterwerfung Amerikas seinen Anfang nahm, bis in der Folge 84 Prozent der Welt formell unter europäischer Herrschaft standen. Um die damit verbundene Gewalt zu rechtfertigen, wurden Ideen von einer angeblichen Überlegenheit Europas entwickelt und verbreitet. Diese Ideen leben aus Sicht postkolonialer Kritiker_innen bis heute in Form von Rassismus in Alltag und Institutionen, aber auch in der Vorstellung vom Westen als »entwickelt« und daher automatischem Vorbild für den »unterentwickelten« Rest der Welt fort (Hall 1994).

Wird »postkolonial« als historische Epoche verstanden, um die Zeit nach dem Ende formeller Kolonisierung zu bestimmen, wirft dies verschiedene Probleme auf. Zum einen kann es der Tendenz Vorschub leisten, nur in eine Richtung zu schauen: Lediglich die (ehemals) kolonisierten Gesellschaften erscheinen auf der Bildfläche, obwohl die kolonisierenden ebenfalls – wenn auch in gänzlich anderer Form – Teil von Kolonialismus waren. Zudem bezieht es sich oftmals lediglich auf jene Länder in Afrika, Asien und Lateinamerika, die formelle Unabhängigkeit erreicht haben. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage der Kategorisierung von Regionen: Können wir die USA und Australien in gleicher Weise als »postkoloniale Staaten« bezeichnen wie Ghana und Indien, obwohl dort nur noch ein Bruchteil der Gesellschaften leben, die vor der Eroberung durch die Europäer_innen das Land ihr eigen nannten?

In Abgrenzung zu diesem Verständnis hat es sich als erkenntnistheoretisch und empirisch fruchtbar erwiesen, »postkolonial« als eine kritische theoretische Perspektive zu verstehen (Kapoor 2008: 150), die Kolonialismus als fundamentalen historischen Wendepunkt einordnet, welcher mehr als direkte Herrschaft über Land und Ressourcen bedeutet und Auswirkungen sowohl für ehemals Kolonisierte als auch ehemals Kolonisierende hat. Als Denk- und Forschungsperspektive verstanden geht es um geschichts-, wirtschafts-, politik-, sozial-, kultur- und literaturwissenschaftliche Untersuchungen der Auswirkungen von Kolonialismus während und nach der formellen Kolonialzeit, also um einen der Chronologisierung entgegengesetzten Ansatz.

Eines der Anliegen solcher Perspektiven ist es, unser eurozentrisches Geschichtsbild infrage zu stellen. Dieses Bild stellt Europa ins Zentrum der Weltgeschichte; außereuropäische Entwicklungen erscheinen lediglich als nachholendes Durchlaufen der europäischen Stadien. So kann ausgeblendet werden, dass Europas Vergangenheit und Gegenwart ohne außereuropäische Einflüsse nicht verständlich ist (Bhambra 2009) und dass die europäische Kolonialaggression mit dafür ursächlich war, dass sich die sogenannte europäische Moderne überhaupt herausbilden konnte (Dussel 1995).

Neben der zeitlichen Dimension spielt die Frage von Räumlichkeit für postkoloniale Untersuchungen eine herausragende Rolle: Im Gegensatz zu einer strikten Trennung zwischen »dem Westen und dem Rest« arbeiten die Analysen die Verstrickungen unter anderem durch die Migration bzw. Verschleppung von Menschen heraus und zeigen auf, wie Konstrukte wie »der Westen« und »der Süden« in wechselseitiger ökonomischer, politischer und kultureller Abhängigkeit stehen. So können auch Staaten, die nicht formell kolonisiert haben, aber Teil des europäischen kolonialen Prozesses und seiner Effekte sind (bispielsweise die skandinavischen Länder oder die Schweiz), unter postkolonialen Fragestellungen betrachtet werden.

Die Wortzusammensetzung »post(-)kolonial« hat für viel Aufregung und Verwirrung gesorgt. Das »post« in den Blick nehmend wird kritisiert, dadurch entstehe der Eindruck, Kolonialismus gehöre im Augenblick der formellen Dekolonisierung der Vergangenheit an, wohingegen die Nachwirkungen in Form von Neo-Kolonialismus und Imperialismus deutlich sichtbar seien. In anderer Stoßrichtung haben Autor_innen, die sich an dem »kolonial« störten, postkolonialen Studien vorgeworfen, den Einfluss von Kolonisierung zu übertreiben. Anstatt Geschichte(n) vielfältiger zu machen und Europa aus dem Zentrum zu hieven, trage mensch somit dazu bei, den europäischen Kolonialismus als ursächlich für das gesamte Weltgeschehen darzustellen. So würden unter dem Denkmantel ihrer Kritik eurozentrische Denkmuster

fortgesetzt, denn Überbetonung der kolonialen »Begegnung« mache nicht-westliche Gemeinschaften zu Statist_innen in einer demonstrativ kritisierten, letztlich aber ungebrochenen Herrschaftsgeschichte weißer Europäer_innen.

Postkolonialen Studien wird zuweilen vorgeworfen, dass sie mit ihrem Fokus auf Kultur, Identitäten und Wissensproduktion materielle Bedingungen und die Wirkungsweise des globalen Kapitalismus außer Acht ließen. Sie würden übersehen, dass die Verbreitung europäischer Wissenssysteme und die kulturelle Hegemonie des globalen Nordens unabdingbar verknüpft seien mit der Ausbreitung kapitalistischer Ausbeutungsverhältnisse: »Ohne Kapitalismus als Basis europäischer Macht und als treibende Kraft für seine Globalisierung wäre Eurozentrismus einfach ein Ethnozentrismus unter vielen gewesen« (Dirlik 1994: 346; ÜdA). Insbesondere im Bereich entwicklungspolitischer Forschung, die nach kolonialen Fortwirkungen fragt, zeigt sich in den letzten Jahren jedoch ein stärkerer Fokus auf materielle und wirtschaftliche Aspekte (Ziai 2010).

Erkenntnistheoretisch sind postkoloniale Perspektiven darum bemüht, im Bewusstsein der komplexen, gewaltvollen politischen wie theoretischen Fortwirkungen des Kolonialismus über koloniale Erkenntnisweisen hinauszuweisen. Sie zielen demnach auf eine umfassende Dekolonisierung gegenwärtiger Repräsentations- und Machtverhältnisse – im Wissen darum, dass die Kritiker_innen sich allzu oft selbst in privilegierten Positionen befinden. Aus der Erkenntnis über die Unausweichlichkeit der Verstrickung in koloniale Machtverhältnisse resultiert ihr Konzept von postkolonialen Perspektiven als »fortlaufender Prozess der Postkolonialsierung« (Quayson 2000:10). Da aus postkolonialer Perspektive Wissenschaft eine zentrale Rolle in der gewaltvollen Expansion Europas gespielt hat, liegt es nahe, die Produktion von Macht-Wissen selbst kritisch zu beleuchten. Kritische, schwarze bzw. indigene Neufassungen sozial- und geisteswissenschaftlicher Methodologien eröffnen Räume für die Produktion und Systematisierung von Gegenwissen, das Kolonisierte zu Subjekten einer dekolonisierenden Analyse macht (Denzin u. a. 2008).

In jedem Fall haben postkoloniale Studien bereits jetzt dazu beigetragen, koloniale Erzählungen nachhaltig zu destabilisieren. Ihr weiterer Erfolg wird u. a. davon abhängen, inwiefern marginalisierte Stimmen tatsächlich die neuen Räume nutzen können, um ihr Wissen und ihre Perspektiven hörbar zu machen. Für Forschungen aus dominanter Position heraus (sei es aufgrund von Klasse, Herkunft, Lebensort, rassifizierender Zuschreibung usw.) sollte Selbst-Reflexivität praktiziert werden: Dabei geht es darum, die eigene Verstrickung anzuerkennen und Vorurteile zu verlernen, um frei zu werden für eine ethische Beziehung zum anderen. Die Auseinandersetzungen auf der Ebene von Wissensproduktion greifen aber zu kurz, wenn nicht gleichzeitig Veränderungen der »harten Fakten« wie des Fortwirkens kolonialer Verhältnisse, beispielsweise in den Institutionen der internationalen Beziehungen, der globalisierten Wirtschaft oder – wie gerade wieder deutlich zu sehen – im europäischen Migrationsregime mitgedacht und angestrebt werden. ✖

Literatur

- *Bhambra, Gurminder K. (2009): Rethinking Modernity: Postcolonialism and the Sociological Imagination. New York (NY).*
- *Denzin, Norman K.; Yvonna S. Lincoln & Linda Tuhiwai Smith (Hg.) (2008): Handbook of Critical and Indigenous Methodologies. Los Angeles.*
- *Dirlik, Arif (1994): The Postcolonial Aura: Third World Criticism in the Age of Global Capitalism. Critical Inquiry 20 (2), S. 328-356.*
- *Dussel, Enrique (1995): The Invention of the Americas. Eclipse of 'the other' and the Myth of Modernity. http://bibliotecavirtual.clacso.org.ar/ar/libros/dussel/1492in/1492in.html, letzter Aufruf: 14. 10. 2014.*
- *Hall, Stuart (1994): Der Westen und der Rest. Diskurs und Macht, in: Stuart Hall Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften. 2. Hamburg, S. 137-179.*
- *Kapoor, Ilan (2008): The Postcolonial Politics of Development. Oxon.*
- *Quayson, Ato (2000): Postcolonialism: Theory, Practice or Process. Cambridge.*
- *Ziai, Aram (2010): Postkoloniale Perspektiven auf »Entwicklung«. PERIPHERIE 30 (120), S. 399-426. http://www.zeitschrift-peripherie.de/120_03_Ziai.pdf*



Das dumme Spiel der schlafenden Schönheit

Kolonialismus und Kapitalismus

Leila van Rinsum

»This huge task which consists of reintroducing mankind into the world, the whole of mankind, will be carried out with the indispensable help of the European people(...). To achieve this, the European people must first decide themselves and shake themselves, use their brains and stop playing the stupid game oft the sleeping beauty.« – **Frantz Fanon**

Kolonialismus wird in Europa gern als geschichtliches Ereignis beschrieben, irgendwann mal hatten europäische Nationen am anderen Ende der Welt Kolonien, die schließlich unabhängig wurden – und sowieso, haben wir denen nicht auch Schulen und Eisenbahnen gebaut?

Mit selbsterhaltender Scheinheiligkeit, tief verwurzeltem Rassismus und selektivem Gedächtnis negieren wir Europäer intuitiv jegliche Zusammenhänge zwischen unserem heutigen Wirtschaftssystem und kolonialen Strukturen, zwischen Rassismus und Kapitalismus und zwischen unserem Wohlstand und der kontinuierlichen Unterdrückung, Ausbeutung, dem Morden, der Gewalt und der Enteignung so vieler Völker dieser Erde sowie der Erde selbst.

Profit heiligt die Mittel

Vor etwa 500 Jahren beginnt die Ausbreitung Europas vernichtender Gewalt in der Welt und »entdeckt« Gebiete, die längst bewohnt sind. In deren Zusammenstoß werden die meisten Bevölkerungen komplett oder beinahe ausgerottet, wie in Ozeanien, Nordamerika oder den Karibischen Inseln.

Um die Nachfrage an freier Arbeitskraft in den amerikanischen und asiatischen Kolonien zu sättigen, wandelt Europa Afrika in ein riesiges Menschenarsenal; viele Millionen Afrikaner werden im Sklavenhandel um die Welt geschifft, viele mehr sterben. Bereits hier wird rassistisches Gedankengut im europäischen Bewusstsein verwurzelt und erlaubt die Plünderung und Ermordung im Namen des Handels und Fortschritts mit dem Segen des christlichen männlichen weißen Gottes.

Als der Sklavenhandel nicht mehr lukrativ ist, bekämpfen die Europäer, allen voran die Briten, großzügig die nun *menschenunwürdige* Praxis. Dabei gehen sie gegen die arabischen und afrikanischen Sklavenhändler vor und beginnen die Kolonisierung. Denn um Profit vom mineralreichen afrikanischen Kontinent zu »erwirtschaften«, brauchen Europäer nun Kontrolle über Land und Arbeitskraft vor Ort. Hand in Hand mit der Kirche, die ihre in Europa schwindende Rolle wiederaufgreifen kann, und geleitet von den europäischen Handelsgesellschaften beginnt die »Erschließung« Afrikas.

Die nun aufsteigende Macht Deutschland ist spät dran, Gebiete in Amerika und Asien sind schon verteilt, und so ruft Bismarck zur berühmten Berliner Konferenz 1884/1885, um die Aufteilung Afrikas unter den europäischen Mächten zivilisiert zu organisieren. Nach diesen Beschlüssen erhält Deutschland Gebiete, die heute die Länder Namibia, Tansania, Ruanda, Burundi, Togo und Kamerun enthalten. Die Deutschen sind aber auch in Samoa, Neuguinea und der chinesischen Provinz Kiautschou.

Auch wenn die Kolonialherrschaft »nur« 30 Jahre umfasst, sind die Deutschen bekannt für ihre Grausamkeit, die Einführung früher Konzentrationslager, medizinischer Experimente und Zwangsarbeit, die mit Gewalt und Folter durchgesetzt wird. Überlebende des Genozids in Namibia berichten, wie Deutsche mit Babies »fangen« spielen, dabei werfen sie die Kinder in die Luft und

fangen sie mit Speeren auf. Hundertausende Nama und Hereros werden ermordet und in die Wüste im Norden gedrängt, wo viele eingekesselt ohne Zugang zu Wasser sterben. Auf den gestohlenen Ländereien, die nun »befreit« von ihren ursprünglichen Bewohnern sind, lassen sich tausende Deutsche nieder; fast die Hälfte aller »Siedler« in den Kolonien landet in Namibia. In Tansania werden ganze Wälder und Felder verbrannt, um aufständische der *Maji*-Kämpfer auszuhungern.

Die Grundpfeiler des globalen Wirtschaftssystems sind gesetzt, untermauert mit sozialen und politischen Komponenten. Zentraler Kern ist die Enteignung der Afrikaner von ihren Ländereien und die Einführung eines Lohnsystems, das ihre Abhängigkeit von den Kolonialherren zementiert.

All dies fördert billigen Rohstoffabbau und -ausfuhr, wodurch zum einen die Kolonialisten, Handelsgesellschaften und Banken profitieren und zum anderen Europas Industrielle Revolution, die technischen Fortschritt und Reichtum nährt. Infrastrukturbau in den Kolonien erfolgt entlang wirtschaftlichem Nutzen und dem Komfort der dort lebenden weißen Bevölkerung. Gleichzeitig sind die Kolonien willkommene Märkte für Europas steigende Güterproduktion und deren Abfallware.

Kolonialismus im Wandel – SAPs und Entwicklungshilfe

Nach blutigen Freiheitskriegen bereiten die Kolonialmächte in Afrika nach und nach die Unabhängigkeit vor.

In einigen Ländern in Afrika werden Wunschkandidaten eingesetzt, deren Interessen mit denen der Kolonialmächte übereinstimmen; oft sind sie in Europa ausgebildet, so wie Gandhi in Indien oder Präsident Kenyatta in Kenia. Wo dies nicht klappt, werden »ungeeignete« Kandidaten früher oder später aus dem Weg gezogen, wie Lumumba im Kongo oder Sankara in Burkina Faso. Jene, die sich weigern, wie Mugabe oder Nyerere, und andere wirtschaftliche, politische und soziale Systeme anstreben, sehen sich bald durch Sanktionen und die Mechanismen des globalen Finanzsystems unter Druck gesetzt.

In den meisten Regionen werden die vielen Unabhängigkeitskrieger, Frauen und Männer, die aktiven Widerstand geleistet haben, bei den Verhandlungen nicht mit an den Tisch gebeten und ihre Forderungen zum Beispiel nach Land aus den Unabhängigkeitsverträgen und Verfassungen übergangen. Fragen der Kommunalisierung von Land, Umverteilung und Rückerstattung sind vom Tisch. Die Rhetorik von Frieden und Unabhängigkeit beschwingt dennoch Völker, die sich nach einer besseren Zukunft für ihre Kinder sehnen.

Namibia ist eine der letzten Kolonien, die unabhängig werden – erst 1990. Die Urdeutschen, nun »weiße Namibier«, setzen sich für die Instandhaltung des rassistischen Kolonialsystems ein. Sie wollen ihre Länder, ihre Vormachtstellung behalten. Deutschland hilft, die Unabhängigkeit vorzubereiten – in Zusammenarbeit mit Großbritannien, Canada, Frankreich und den USA in der sogenannten »Contact Group«, mit Mandat von der UN. Neben wohlklingenden Menschenrechten schreiben sie Provisionen in die Verfassung, die das Landrecht von Weißen sichern; die neue unabhängige Regierung kann lediglich Land zurück kaufen – auf freiwilliger Basis des Besitzers. Das Ergebnis ist, dass bis heute geschätzte 60-90% des riesigen Landes in den Händen von weißen Namibiern sind, die rund 6% der Bevölkerung darstellen. Die Zahl schwankt, weil viele weiße Namibier Länder an ihre Firmen übertragen haben, um den Privatbesitz zu mindern. Gleichzeitig lebt die Mehrheit der schwarzen Bevölkerung zusammengepfercht in Armut, nun kämpft die junge Generation um Land.

In den 1980ern und 90ern schlägt die Schuldenfalle zu. Der Westen weigert sich, Reparationen zu zahlen, für Sklavenhandel, Kolonialismus oder die Genozide, Massenmorde und Gewalt, mit der sie die Kolonien erobert und erhalten haben, sowie die Grausamkeiten der Unabhängigkeitskriege. Stattdessen geben sie Kredite, von denen viele auf den privaten Schweizerkonten der Despoten landen, die im Zuge des Kalten Krieges an der Macht gehalten werden.

Das Schuldensystem ist ein wichtiger Aspekt des sich wandelnden Kolonialismus. Mit sogenannten »Structural Adjustment Programmes« (SAPs) steigen IWF und Weltbank, traditionell in den Händen Europas und der USA, in die Haushaltsplanung und Gesetzgebung der Schuldner ein. Sie privatisieren Gesundheit und Land, dazu Wasser und Elektrizität. Sie kürzen die Löhne von Angestellten im öffentlichen Dienst, Schulen, Krankenhäusern. Sie



kürzen oder streichen Steuern für Firmen und vereinfachen den Zugang von Investoren zu Land und Ressourcen sowie Infrastrukturentwicklung. Dies geschieht ganz im Sinne von Konzernen und Investoren.
Teil des Systems sind Mechanismen billiger Arbeit; gerade genug, um zu überleben, und billig genug, um Milliarden Profite zu sichern. Der KIK-Vorfall ist nur eine der letzten an die Öffentlichkeit gedrungen Realitäten gängiger Praxis. Ein anderes sind Handelsabkommen. Die Forderungen von den sogenannten »Entwicklungsländern« sind mehr oder weniger die gleichen seit deren Unabhängigkeit, darunter unfaire Zölle und Agrarsubventionen. Als Kenia sich letztes Jahr weigert, die EPA-Handelsabkommen zu unterschreiben, wegen eben dieser Forderungen, setzt die EU Zölle ein, die binnen weniger Tage Millionen Schäden verursachen, vor allem für die Schnittblumenindustrie, die bekannt ist für niedrige Löhne und gesundheitsschädliche Arbeit. Dennoch ist der wirtschaftliche Schaden nicht haltbar für Kenias Elite, und das Land unterzeichnet letztendlich die Verträge.
Ein weiteres wichtiges Instrument des Kolonialismus ist Entwicklungshilfe. Nach dem Ende des Kalten Krieges sind die früheren Mächte nicht mehr so frei mit ihrem Geld. Der Geldfluss wird an Bedingungen geknüpft: Demokratie und Kapitalismus. Staatliche, aber auch nichtstaatliche Entwicklungshilfe, die vielen Nichtregierungsorganisationen (NROs), die in dieser Zeit aus dem Boden schießen, sind Teil des Systems. Sie füllen die sozialen Missstände, die durch die erstickende neoliberale Politik von IWF und Weltbank und staatlicher Entwicklungshilfe entstehen, geben Gesundheitsleistungen, die durch die Privatisierung unbezahlbar geworden sind, oder Sanitäranlagen, wo die Infrastrukturplanung und Landsysteme unterbezahlte Arbeiter in den Städten zusammenpferchen.
Noch immer kämpfen Menschen und soziale Bewegungen für Land, Wasser, Freiheit. Die NROs helfen, dies im Rahmen zu halten. Rechte statt Gerechtigkeit propagieren sie, moderater Wandel durch Gesetze. Statt Forderungen, Teile des von den Menschen und ihren Ländern erwirtschafteten Profits an die Menschen zurückzuführen, und statt Selbstbestimmung unterstützen NROs die Abhängigkeit der Menschen von ihnen. Und die Anzahl der NROs steigt noch immer kontinuierlich. Viele Menschen mit guten Absichten unterstützen dieses System, indem sie Teil davon werden, als Mittelsmänner agieren, »helfen«.

Kolonialismus lebt

Derweil in Europa kommt wenig davon an. Wir lernen die Geschichte, von uns geschrieben, ohne jeglichen Selbstbezug. Der Genozid an den Herero und Nama, der nur 30 Jahre vor Hitler verübt wurde, wird erst dieses Jahr offiziell anerkannt, Reparationen sind gar nicht vorstellbar.
Aber nach der gängigen Geschichte ist Europa einzigartig; von den vielen intereuropäischen Kriegen ermüdet schließt es Frieden, floriert literarisch, künstlerisch, musikalisch, bildet Systeme, die auf Partizipation beruhen, Gerechtigkeit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Als Dank steigt es wirtschaftlich auf, durch harte Arbeit und Innovation, und wird zum Vorreiter der Welt, um auch anderen das europäische Erfolgskonzept selbstlos zu übermitteln: »Christanity, Civilization and Capitalism«.
In dieser Geschichte ergibt es Sinn, dass Europa Friedensnobelpreisträger ist – für sich. Europa ist sein eigener Frieden. In dieser Geschichte sind wir stets die Guten, denn die weiße westliche Kultur versteht es, sich selbst zu belügen.
Sklavenhandel und Kolonialismus in Afrika beruhten auf der Konzeption, dass Schwarze, dass Afrikaner keine Menschen seien und dass Europäer ihnen helfen. Noch immer benutzen wir dieses Konzept, bringen damit afrikanische Geschichten zum Schweigen, verteidigen deren Ausbeutung als Wohltätigkeitsobjekte. Selbst in der heutigen »Flüchtlingskrise« sind die Afrikaner schnell vergessen – und sowieso – Wirtschaftsflüchtlinge haben erst gar keinen Anspruch, schließlich haben wir ja nichts mit derem Wirtschaftssystem zu tun.
Für Araber und Muslime aus dem mittleren Osten mussten wir uns ein anderes Konzept ausdenken, das unsere militärischen und wirtschaftlichen Methoden mittels Ressourcenkontrolle verschleiert – das Bild vom gewalttätigen, etwas schizophrenen Terroristen.
Es ist höchste Zeit, dass wir aus dem Schlaf der ewigen Schönheit erwachen und uns für ein ambitionierteres Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell einsetzen, das nicht nur auf einer Geschichte ruht. ✖



Kölonialer Karneval

Mira Ragunathan

Trigger-Warnung

Die Beispiele in diesem Text können bei Leser_innen, die sich als People of Color[1] und/oder als Schwarze[2] Menschen positionieren, Verletzungen hervorrufen. Um eine Öffentlichkeit für das Thema zu schaffen, möchte ich hier rassistische Traditionen im Kölner Karneval anhand von Beispielen illustrieren. Weil diese meinem Empfinden nach jedoch über das hinausgehen, was uns als Alltagsrassismus meist zwar nicht überrascht, aber trotzdem kalt erwischt, muss ich und müsst ihr davon ausgehen, dass mein Text Verletzungspotenzial hat.

Kölner Karnevalsgeschichten

1884 nahm Bismarck die Kolonien Deutsch-Südwestafrika, Kamerun und Togo in deutschen Besitz. Inspiriert von diesen kulturell-politischen Entwicklungen wurde für den Rosenmontagszug des Kölner Karnevals im Folgejahr 1885 das Motto »Held Carneval als Colonisator« gewählt. Hier fuhren »Moderne Culturträger«, die in Holzhütten unter Palmen gesetzt wurden, »Australn█«[3] und »Aechte Menschenfresser« auf den Wagen durch die Stadt. Dem Motto entsprechend, malten die Kölner Karnevalist_innen in diesem Jahr ihre Haut mit schwarzer Farbe an, trugen Baströckchen, goldene Ohrringe und hielten Knochen in der Hand.

Im Sommer 2015 richtete das **A**nti**D**iskriminierungs**B**üro (ADB Köln) von Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V. ein Schreiben an das Stammlokal der Kölner Karnevalsgesellschaft »Müllemer N█ vun 1961«. Hierin forderte das ADB Köln im Namen einer Schwarzen Mülheimer Beschwerdeführerin das Lokal dazu auf, das Schild mit dem Logo der Karnevalsgesellschaft von der Hauswand zu entfernen. Das Lokal befände sich in der Nähe von der Wohnung der Beschwerdeführerin, und sie wolle es nicht länger ertragen, täglich das N-Wort auf dem Schild lesen zu müssen. Infolgedessen gab sich die Gesellschaft im September 2015 einen neuen Namen: »Karnevalsgesellschaft Müllemer Klütte«. »Klütte« ist ein in Köln gebräuchliches Wort, das übersetzt »Brikett« bedeutet und eine umgangssprachliche, ebenfalls herabsetzende Fremdbezeichnung für Schwarze Menschen ist. Die Vereinsgeschichte, so der Vorsitzende der Mülheimer Karnevalsgesellschaft im Kölner Stadtanzeiger vom 12.09.2015, sei eng verbunden mit einer Vereinstracht im Stil des Karnevalsmottos von 1885. Entsprechend »zerknirscht« sei die Gesellschaft über die Namensänderung, nachdem die Verkleidungstradition bereits aufgrund von Protesten aufgegeben werden musste.[4]

Andere Kölner Karnevalsgesellschaften mit ähnlich rassistischer Vereinstradition halten jenen Protesten jedoch bis heute stand. So finden sich unter den Poller Böschräubern vun 1976, den Höhenberger Dschungeln█ vun 1967, der Karnevalsgesellschaft Frechener N█köpp vun 1978 oder den Original N█köpp vun 1929 nach wie vor bereitwillige Mitglieder, die entsprechend ihrer rassistischen Vereinsgeschichte stolz und in voller Montur über den Karnevalszug schreiten. Gleiches gilt für die Ihrefelder Zi█ vun 1965, die gern musizieren und ebenfalls nichts Verletzendes an ihrem Vereinsnamen finden. Die Frauen tragen Tücher im Haar, lange Röcke und große Ohrringe. Die Karnevalsfreunde »Ihrefelder Chinese« 1971 malen sich gelb an und versuchen über Verkleidung und Schminktechnik ihrer Phantasie von ›den Chinesen‹ möglichst nahe zu kommen. Und die 1. Kölner Mongolenhorde vun 1984 versucht laut Vereinshomepage, seit 1997 »noch mongolischer«[5] zu werden.

Der Kölner Karneval ist seit 2014 immaterielles UNESCO-Kulturerbe. In seiner Begründung stellte die Vergabekommission auf die übergeordnete Bedeutung der Traditionen rund um den Karneval für das Leben im Rheinland ab. Das Prestige des Kölner Karnevals dient den rassistischen Karnevalsgesellschaften als Schutzmantel, unter dem darüber hinaus auch die einseitige journalistische Aufarbeitung der Debatte Unterschlupf findet. »Beim Karneval hört der Spaß auf!«, begann hämisch ein Artikel über die Aktion »Losst uns fiere – nit diskriminiere!« vom Verband Binationaler Familien und Partnerschaften NRW e.V. (iaf) zum Rosenmontagszug 2012.[6] Und auch im Nachgang zur Umbenennung der Müllemer N█ schlugen sich die Journalist_innen auf die Seite der rassistischen Karnevalsgesellschaften, indem vier *weißen*[7] Männern aufgrund ihres Status als »Musiker und Brauchtumsexperten«[8] die Bewertung der Namensänderung überlassen wurde. Interessenvertretungen wie die Initiative Schwarze Menschen in Deutschland e.V. (ISD) kamen in der öffentlichen Debatte nicht zu Wort.

Was ist rassistisch an Karnevalstraditionen, und wie hängt deren journalistische Aufarbeitung mit dem Kolonialismus zusammen? Ich habe bereits festgestellt, dass die Verkleidungen der N█-Vereine stark an jene vom Rosenmontagszug von 1885 erinnern. Aus Sicht *weißer* »Brauchtumsexperten« liefert die bloße Feststellung sicherlich keine Grundlage, um eine Verbindung zum Rassismus herzustellen. Im Gegenteil: Dass die Kostüme heute vom Stil her so ähnlich sind wie damals, stärkt das Argument, dass Karneval bloß eine Tradition sei, die weder rassistisch noch kolonial sein möchte, sondern Brauchtümer der Vergangenheit in der Gegenwart aufleben lässt. Um die Verbindung zum Rassismus herstellen zu können, brauchen wir die postkoloniale Spurensuche. Und tatsächlich ist das Spannungsverhältnis zwischen Tradition und Kolonialismus schon eine erste heiße Spur.

(Post)Kolonialismus, Rassismus und der *weiße* Blick

Die Entstehung des Rassismus ist eng mit dem Kolonialismus und der Idee der europäischen Moderne verwoben. In *Black Skin, White Masks* (1952) zeigt Frantz Fanon, wie über die Rassifizierung der Kolonialisierten der Mythos europäischer Fortschrittlichkeit geschrieben wurde: Die kolonialisierten »Anderen« werden als naturverbunden, emotional und nieder charakterisiert. In direkter Abgrenzung dazu erkennt sich das kolonialisierende »Selbst« als naturbeherrschend, rational und erhaben. Resultierend aus

diesem Verhältnis kultivierte die europäische Moderne den »*weißen* Blick«. Der *weiße* Blick erforscht und bewertet ›das Fremde‹. Dabei tritt das eigene als Norm in Erscheinung und ›das Fremde‹ als Abweichung. Die Lust am Betrachten ist so groß, weil sich erst über ›das Fremde‹ die *weiße* Überlegenheit offenbart.

Maßgeblich für den *weißen* Blick und charakteristische Merkmale des Kolonialismus sind die Elemente der Rassifizierung und der kulturellen Aneignung. Rassifizierung meint die abwertende Einteilung von PoC[1] in voneinander abgrenzbare Rassen auf Grundlage von phänotypischen Merkmalen wie Hautfarbe, Haarstruktur, Schädelumfang usw. Die kulturelle Aneignung bezieht sich auf die Erforschung der ›Kultur‹ von PoC. Dabei wurden Kulturelemente ungeachtet ihres inhaltlichen Bezugsrahmens einseitig interpretiert und für die kulturelle Aufwertung des *weißen* Europas übernommen. Über Reiseberichte, Körperschauen und ethnographische Abhandlungen wurde die rassistisch-koloniale Interpretation der ›Kultur‹ von PoC vom *weißen* Europa einverleibt. In Form von Liedern, Märchen und Spielen erhielt dieses Wissen Einzug in den Alltag der breiten europäischen Bevölkerung. Ausgehend von Fanons Studien beschreibt bell hooks in *Outlaw Culture (1994)*, wie grundlegend bis heute die rassistisch-koloniale Abwertung für das Selbstbild von PoC ist. Jedes Betrachten der ›eigenen Geschichte‹, der ›eigenen Traditionen‹ und des ›eigenen Körpers‹ nimmt automatisch den Umweg über Europa. Folglich erkennen sich nicht nur *weiß* sozialisierte Menschen, sondern auch PoC, über den *weißen* Blick.

Postkoloniale Spuren im Kölner Karneval oder warum es keine neutralen Traditionen gibt

Die postkoloniale Spurensuche lehrt uns, dass Tradition und Rassismus kein Widerspruch ist: Sowohl der Kölner Rosenmontagszug von 1885, als auch die rassistischen Kölner Karnevalsvereine der Gegenwart sind Ausdruck des *weißen* Blickes. In beiden Fällen ist die große Lust ›am Fremden‹ maßgeblich für die Wahl des Kostüms. Damals wie heute betonen die Karnevalist_innen analog zur Rassentheorie Hautfarben, indem sie ihre eigene Haut schwarz oder gelb anmalen. Sie inszenieren die Lebenswelt von PoC als exotisch und/oder rückständig und reproduzieren damit Mythen *weißer* Überlegenheit. Darüber hinaus zeigt die gewaltvolle Ignoranz der Kölner Presse gegenüber den Stimmen von PoC, dass offen ausgelebte *weiße* Überlegenheit keineswegs nur als Fauxpas einzelner Karnevalsgesellschaften gelten kann. Dass sich die Presse gegen eine rassismuskritische Auseinandersetzung mit Karnevalstradition wehrt, verdeutlicht die fortwährende gesellschaftliche Verankerung des *weißen* Blickes. Die Lust am Verkleiden als ›Fremde‹, die Freude am wohligen Gefühl der Überlegenheit ist einfach zu groß.

Am Beispiel des Kölner Karnevals können wir ablesen, wie notwendig die postkoloniale Spurensuche für *weiße* Gesellschaften ist. Denn solange derart offensichtliche Mittel postkolonialer Selbsterhebung – wie rassistische Verkleidungen – leicht hinter dem Deckmantel der Tradition verschwinden können, solange müssen PoC weiterhin mit subtileren Formen von strukturellem, institutionellem und Alltagsrassismus rechnen und ihr Leben drumherum strukturieren.

Ich werde den Text nicht mit einem Aufruf schließen, *weißen* Deutschen die Aufarbeitung deutscher Kolonialgeschichte nahezulegen. Angesichts der Wirkmächtigkeit postkolonialer Strukturen und der großen Lust an der eigenen Überlegenheit möchte ich meinen Text nicht mit übermäßiger Aufmerksamkeit für die *weiße* Norm enden. Stattdessen ende ich mit jener Beschwerdeführerin, die ihre täglichen Wege nicht länger um die Verletzung und den Ärger über eine Karnevalsgesellschaft herum strukturieren wollte. Sie wollte das N-Wort auf dem Schild nicht länger lesen müssen. Sie ist in ihrer Freizeit losgezogen, um in Mülheim Unterschriften zu sammeln und Protest zu mobilisieren. Dank ihrer Beharrlichkeit wurde der Rassismus im Karneval öffentlich thematisiert und stellt so hoffentlich einen weiteren Schritt zur rassismuskritischen Reflexion Kölner Karnevalstraditionen dar. Danke! ✖

Über die Autorin

✖ *Mira Ragunathan ist Soziologin (M.A.), insbesondere cultural studies mit Schwerpunkt auf postkolonialer und feministischer Theorie. Sie hat in Bielefeld und London studiert. Aktuell lebt sie in Köln, wo sie als Beraterin und Referentin beim* **A**nti**D**iskriminierung**B**üro *Köln von Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V. arbeitet.*

Fußnoten

1 *People of Color (PoC) ist eine Widerstandsbezeichnung von und für Menschen, die von einer Gesellschaft, in der weiß die Norm ist, als nicht-weiß gelesen werden und infolgedessen von rassistischer Diskriminierung betroffen sind. Das Wort »Color« in der Bezeichnung verweist nicht auf die Hautfarben der Zugehörigen dieser Gruppe, sondern auf die sozialen Folgen, die mit ihrer Rassifizierung einhergehen. Im Folgenden verwende ich die Abkürzung PoC als Platzhalter für die Bezeichnungen People of Color und Schwarze Menschen.*

2 *Schwarz ist eine Widerstandsbezeichnung von und für Schwarze Menschen. Die Schreibweise mit dem Großbuchstaben am Anfang (»Schwarz«) soll darauf aufmerksam machen, dass es sich bei der Namensgebung um einen Akt politischer Selbstermächtigung handelt und nicht um eine Beschreibung von Hautfarbe.*

3 *Der Name stammt von einer Menschenschau, die 1885 in Castan's Panoptikum in Berlin stattfand. Hier wurde eine Gruppe Aborigines zur Schau gestellt, die als »Australn█« angekündigt worden waren.*

4 *Kölner Stadtanzeiger vom 12.09.2015: »Mülheimer N█ benennen sich nach Vorwürfen um«.*

5 *http://www.mongolenkoeln.de/index.php/wir-ueber-uns/vereinsgeschichte*

6 *Kölner Stadtanzeiger vom 14.02.2012: »N█köpp am Pranger«.*

7 *Die Bezeichnung »weiß« dient nicht zur Beschreibung von Hautfarben, sondern zur Markierung einer privilegierten Position. Die kursive Schreibweise markiert die Privilegierung dieser Gruppe und steht gleichzeitig für die Möglichkeit, der eigenen Privilegierung Gewahr zu werden. Da es sich hierbei nicht um eine Bezeichnung politischer Selbstermächtigung handelt, wird der Begriff kleingeschrieben.*

8 *Kölner Stadtanzeiger vom 15.09.2015: »Das sagen Kölner Musiker zur Müllemer K█«.*

mapping.postkolonial.net

Eine Spurensuche an den Rändern der Stadt und ihrer Geschichte

Eva Bahl & Zara S. Pfeiffer

mapping.postkolonial.net ist ein digitales Archiv- und Bildungsprojekt zu (post-)kolonialer Stadtgeschichte Münchens. Grundgedanke des Projektes ist es, Stadtgeschichte »von den Rändern« her zu denken. Dabei werden Leerstellen und vielschichtige Ablagerungen ebenso in den Blick genommen wie koloniale Gespenster, die immer noch durch unseren Alltag und unser Denken spuken.

In der kleinen Stadt Dachau im Norden von München befindet sich ein Von-Ruckteschell-Weg und eine als Atelierhaus genutzte Ruckteschell-Villa. In Dachau, bekannt in der Welt wegen des Konzentrationslagers, das sich dort von 1933-1945 befand, wurde und wird als positiver Bezugspunkt der eigenen Geschichte immer wieder die künstlerische Tradition der Stadt hervorgehoben. Zahlreiche Künstler*innen hätten über lange Zeit hinweg die Stadt geprägt. Häufig erwähnt wird in diesem Kontext das Ehepaar Clary von Ruckteschell-Trueb/Walter von Ruckteschell und deren Verbundenheit mit »Afrika«.

Als wir uns mit der Gruppe [muc] münchen postkolonial vor etwa sieben Jahren auf Spurensuche nach (post-)kolonialen Spuren begaben, fanden wir zunächst Bruchstücke, Spuren, deren Sinn sich uns bisweilen versperrte, Geschichten, deren Fäden wir weiterverfolgen wollten. Eine Vielzahl (post-)kolonialer Ablagerungen, die sich als Gräber und Straßennamen, Gedenktafeln und Büsten, Institutionen und Objekte wie ein Netz über die Stadt und ihr Umland legen und die historische und gegenwärtige Präsenz (post-) kolonialer Realitäten deutlich machen. Gleichzeitig verweisen viele dieser Erzählungen auf eine Reihe von Orten und Leerstellen, deren kolonialer Bezug sich heute nicht mehr oder nur sehr vermittelt erschließt. Diese Unsichtbarkeiten erzählen oft mehr über den gegenwärtigen Umgang mit der kolonialen Vergangenheit als das vermeintlich Offensichtliche.

Mit dem Projekt mapping.postkolonial möchten wir diese Spurensuche nachvollziehbar verorten, unsere Fragestellungen sichtbar machen und die Erzählungen archivieren. Der Versuch, uns der Geschichte der Stadt von ihren Rändern her anzunähern, ist dabei nicht unbedingt geographisch zu verstehen. Vielmehr geht es uns darum, ein hegemoniales Denken und eine Geschichtsschreibung zu dezentrieren, die zum einen zahlreiche Leerstellen und blinde Flecken aufweist, was deutsche Kolonialgeschichte angeht, und die zum anderen allzu oft *weiße* Männer und ihre »Heldentaten« in den Mittelpunkt stellt.

Walter von Ruckteschell ging 1913 mit seiner Frau Clary von Ruckteschell-Trueb in die deutsche Kolonie Ostafrika. Dort meldete er sich freiwillig zur »Schutztruppe« und wurde Adjutant von Paul von Lettow-Vorbeck. Dessen Kriegsführung der »verbrannten Erde« fielen in den folgenden Jahren 700.000 Menschen, etwa zehn Prozent der Gesamtbevölkerung, zum Opfer. Viele weitere wurden Opfer von Plünderungen, Folter und Vergewaltigungen. Für Lettow-Vorbecks kriegsverherrlichendes Kinder- und Jugendbuch *Heia Safari. Deutschlands Kampf in Ostafrika* (1920), das noch in den 1950er Jahren viel gelesen wurde, fertigte Ruckteschell die Illustrationen und war vermutlich sogar der eigentliche Autor. Nachdem er sich 1920 in Dachau niedergelassen hatte, betätigte er sich als Redner der kolonialrevisionistischen Bewegung in München und schuf etliche Kolonialdenkmäler, unter anderem das *Deutsch-Ostafrikanische-Ehrenmal* in Hamburg.

Ortswechsel: Abtei der Missionsbenediktiner St. Ottilien, 50 Kilometer westlich von München. Neben Klostergalerie und -bibliothek des nach eigenen Angaben ältesten Missionshauses in Deutschland



befindet sich dort ein Missionsmuseum mit »Tierdiorama und Kabinettschränken voller ethnologischer Exponate« (Missions-Museum o. J.). Stolz präsentiert die Missionsbruderschaft ihr missionarisches Erbe als Wegbereiter und treuer Begleiter der Kolonisierung.

Wer genauer hinblickt, stößt auf die Geschichte von vier jungen Männern aus Kamerun, Sudan und Liberia, die im 19. Jahrhundert eine Weile hier verbrachten: Leo Dagwe aus Liberia, Kwa Mbangue und Joseph Timba aus Kamerun und Daniel Hassi aus dem Sudan. Im Jahr 1888 brachte ein Kolonialfunktionär sie nach St. Ottilien, um sie dort einer christlichen Erziehung und Berufsausbildung zuzuführen. Laut Aitken/Rosenhaft (2013: 32) war das kein seltenes Phänomen: Weil es in der Kolonie Kamerun an Arbeitskräften mangelte, wurden zunehmend Einheimische ausgebildet und zu diesem Zweck auch vorübergehend ins Deutsche Reich gebracht. Kwa Mbangue wurde am 6. Januar 1889 in der Pfarrkirche von Eresing – die Kapelle der Abtei war angesichts der vielen Schaulustigen zu klein gewesen – auf die Namen »Andreas Ludwig Johann Maria« getauft. Timba und Dagwe wurden am Pfingstmontag desselben Jahres in St. Ottilien getauft und erhielten die christlichen Namen Joseph und Leo. Mbangue erlernte das Bäcker-, Timba das Schusterhandwerk; Dagwe interessierte sich für Möbel- und Topfhandel. Daniel Hassi machte eine Priesterausbildung. Am 6. Juni 1891 – nach drei Jahren Aufenthalt in Oberbayern – gingen Mbangue und Timba auf ein Schiff, um nach Kamerun zurückzukehren. Mbangue wurde nun in einem Kloster der katholischen Mission (Marienberg) der erste kamerunische Katechet und war als Übersetzer tätig. So übersetzte er die Bibel und den Katechismus in die Douala-Sprache. Von den anderen Zöglingen der Missionsbruderschaft verliert sich die Spur. (vgl. hierzu Essono 2013: 84 ff.)

Andere Geschichte/n

Die Geschichten von Leo Dagwe, Daniel Hassi, Kwa Mbangue und Joseph Timba haben das Münchner Umland nur kurz gestreift; Spuren finden sich am ehesten noch zu Kwa Mbangue, der als Katechet und Übersetzer für die katholische Mission in Kamerun tätig wurde. Walter von Ruckteschell dagegen ist zwar sehr präsent im öffentlichen Raum seiner ehemaligen Heimatstadt Dachau. Doch ein bestimmter Aspekt seiner Geschichte wird dabei nicht oder höchst problematisch thematisiert: Er wird als engagierter Künstler präsentiert, dessen kolonialrassistische Aktivitäten nicht ins Bild passen. Sie werden entweder verschwiegen oder als positiver Kontrapunkt zu Ruckteschells Nähe zum Nationalsozialismus dargestellt. So auch in einem Artikel der Süddeutschen Zeitung vom 19. August 2013, in dem es heißt: »Einerseits schwärmte er für Afrika und die Ästhetik der schwarzen Bevölkerung, andererseits war er Parteimitglied der NSDAP, seit 1933 prägte er als Präsident der Münchner Künstlergenossenschaft das Münchner Ausstellungswesen.« (Schäfer, 2013)

Das Projekt mapping.postkolonial.net möchte dazu einladen, einen anderen Blickwinkel einzunehmen und scheinbare Gewissheiten zu hinterfragen. Im Sinne einer postkolonialen Perspektive gehen wir davon aus, dass Kolonisierung sich als *double inscription* (Hall 2002: 227) sowohl in die kolonisierten als auch in die kolonisierenden Gesellschaften eingeschrieben hat. Es soll dabei keinesfalls darum gehen, koloniale Gewalt und massives geschehenes Unrecht zu relativieren. Vielmehr sollen dichotome Geschichtsbilder, bei denen die Kolonisierten mal Opfer, mal Aufständischer aber keinesfalls Akteur_innen mit Namen und Geschichte sind, hinterfragt werden. Solch ein Perspektivenwechsel ist nicht immer ganz einfach. Von den jungen Männern Dagwe, Mbangue, Hassi

und Timba existieren – soweit uns das bekannt ist – keine eigenen Darstellungen ihrer Reise. Ihre Geschichten müssen wir aus der Sicht der deutschen Akteure rekonstruieren, die mit ihnen zu tun hatten. Die meisten Informationen über die vier Männer finden sich in missionshistorischen Dokumenten und Arbeiten, die überwiegend unkritisch sind.
Bei den Geschichten um den Dachauer Künstler Ruckteschell und die jungen Männer, die zeitweilig in St. Ottilien lebten, sind die kolonialen Bezüge eindeutig: Ruckteschell war als Soldat in einer deutschen Kolonie. Mbangue und Timba kamen aus deutschen Kolonien – und nur deswegen ins Deutsche Reich. Aber aus postkolonialer Perspektive wird unter »Kolonisierung« nicht nur die Zeit der imperialen Weltreiche gefasst: »Gemeint ist vielmehr der gesamte Prozeß von Expansion, Erforschung, Eroberung, Kolonisierung und imperialer Hegemonisierung, der die [...] konstitutive Außenseite der europäischen und dann der westlichen kapitalistischen Moderne nach 1492 bildete« (Hall 2002: 231). So nimmt das Projekt mapping.postkolonial.net auch Forschungsreisen, Missionstätigkeiten und koloniale Phänomene, die durch unsere Gegenwart spuken, in den Blick, die zeitlich und räumlich über die deutschen Kolonien hinausreich(t)en.

Ein (post-)koloniales Archiv

Das Projekt mapping.postkolonial.net verzeichnet Spuren an den entsprechenden Orten der Stadt, verknüpft sie zu Erzählungen und fragt nach den bewussten und unbewussten Schichten, die sich in den (post-)kolonialen Geschichten der Stadt zeigen und verbergen. Aus diesem Zusammenspiel entsteht eine (post-)koloniale Karte von München, die als Archiv die historischen Spuren und Erzählungen mit gegenwärtigen Fragen und Perspektiven verbindet. mapping.postkolonial.net ist damit eine Karte, die gleichermaßen versucht, das Archiv als Ort der Wissensproduktion sichtbar zu machen und dabei die Kontingenz des Vergangenen im Gegenwärtigen zu thematisieren. In dem Text »Die Unwahrnehmbarkeit der Erinnerung« schreibt Brigitta Kuster (2012): »Diese explizite Kontingenz verlangt nach einem situierten Wissen, welches das vergangene Geschehen bearbeitet und dabei nicht nur den Inhalt berücksichtigt, sondern auch die Produktion kolonialer Quellen und die Rolle, welche diese Quellen für historiographische Operationen oder für Vorgänge der Erinnerung spielen.«
Ein solches Vorgehen bedeutet, die Eindimensionalität, Zufälligkeit und Brutalität der kolonialen Wissensproduktion in den Blick zu nehmen, die noch heute die Art und Weise, wie Wissen erzeugt, verwaltet und verbreitet wird, prägt, und sie mit widerständigen und dekolonisierenden Wissensprozessen zu provinzialisieren. Wie aber lassen sich Un-/Möglichkeiten des Sagbaren archivieren/kartieren, wenn es keine Quellen gibt von denjenigen, die nicht mehr sprechen können? Von denen keine Schriften und Tagebücher in der Bayerischen Staatsbibliothek aufbewahrt werden, deren Gedanken und Gefühle wir kaum erahnen können?

Eine (post-)koloniale Karte muss diese Leerstellen offenlegen. Das bedeutet, nach der Herkunft von Wissen und der Verstrickung von Wissenskomplexen und Machtverhältnissen zu fragen: Was ist dieses Wissen, auf das wir uns beziehen? Woher kommt es, wie ist es entstanden? Wem hören wir zu? Welche Positionen hören wir nicht? Wer ist wir? Und die Gespenster? Als Schatten der kolonialen Vergangenheit spuken sie nach wie vor durch Köpfe und Gesellschaft und treiben ihr Unwesen im Archiv. ✖

Quellen

- *Aitken, Robbie und Eve Rosenhaft (2013) Black Germany: The Making and Unmaking of a Diaspora Community, 1884-1960. Cambridge University Press.*
- *Essono, Aloyse Kisito Patrice (2013) L'annonce de l'Evangile au Cameroun: L'oeuvre missionnaire des Pallottins de 1890 à 1916 et de 1964 à 2010. KARTHALA Editions.*
- *Hall, Stuart (2002) »Wann gab es das Postkoloniale?« Denken an der Grenze. In: Sebastian Conrad und Shalini Randeria (Hrsg.), Jenseits des Eurozentrismus: postkoloniale Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften. Frankfurt am Main; New York: Campus.*
- *Kuster, Brigitta (2012) Zur Unwahrnehmbarkeit der Erinnerung. http://eipcp.net/transversal/0112/kuster/de/#_ftn25 [12.08.2015]*
- *MissionsMuseum (o. J.) MissionsMuseum der Erzabtei St. Ottilien: Sanierungskonzept. http://www.missionsmuseum.de/sanierungsprojekt/sanierungskonzept.html [12.08.2015]*
- *Schäfer, Bärbel (2013) Wanderer zwischen den Welten. Der Künstler Walter von Ruckteschell liebte afrikanische Kunst und stand dem NS-Regime nahe, Süddeutsche Zeitung, 19.08.2013*

zu den Autorinnen

- **Eva Bahl** *ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in dem Forschungsprojekt »The Social Construction of Border Zones« am Methodenzentrum Sozialwissenschaften der Universität Göttingen. Seit 2009 arbeitet sie als Referentin in der erinnerungs- und entwicklungspolitischen Bildungsarbeit, u. a. am Max-Mannheimer-Studienzentrum Dachau, und ist in postkolonialen Projekten aktiv. Sie ist Mitglied von [muc] münchen postkolonial und im Netzwerk Kritische Migrations- und Grenzregimeforschung (kritnet.org).*
- **Zara S. Pfeiffer**, *Politikwissenschaftlerin und Autorin, Kuratorin der Ausstellung »Spuren Blicke Stören. dekolonisieren.münchen | dekolonisieren.museum« im Rahmen von DECOLONIZE MÜNCHEN. Mitglied der Gruppe [muc] münchen postkolonial und im Vorstand des Netzwerkes Rassismus- und Diskriminierungsfreies Bayern e. V. 2009-2012 lehrbeauftragt am Institut für Soziologie der LMU Müchen und seit 2010 am Institut für Medientheorie der Kunstuniversität Linz; seit 2013 Referentin am Max-Mannheimer-Studienzentrum Dachau und am Pädagogischen Institut der Landeshauptstadt München zuständig für den Bereich Genderpädagogik. Diverse Projekte und Veröffentlichungen zu den Schwerpunkten Postcolonial Studies, Gender und Queer Studies, Nationalsozialismus und Erinnerungspolitik. www.zarapfeiffer.de*

Mehr Infos

- *mapping.postkolonial.net: Spuren | Schichten | Gespenster.*
- *Ein Archiv und Bildungsprojekt von Eva Bahl, Simon Goeke, Zara S. Pfeiffer, Peter Spillmann, Michael Vögeli und Philip Zölls, getragen von [muc] münchen postkolonial, Labor k3000, Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e. V., gefördert von der Stiftung Erinnerung Verantwortung Zukunft, München, 2013: http://mapping.postkolonial.net*

Lumumba in Schland

Die transnationale Zirkulation von Kolonialklischees

Johnny Van Hove

Das Joseph Conradsche »Herz der Finsternis«, nach der gleichnamigen kolonialen Novelle, ist immer noch die beliebteste Phrase zur Darstellung Zentralwestafrikas und seiner Menschen.
Derartige Allgemeinplätze reduzieren den Kongo auf ein Sammelsurium unwirklicher Wunschvorstellungen und Stereotypen. So geschieht es auch mit Lumumba. Lumumba, ursprünglich die Bezeichnung des ersten Premierministers des Kongo, ist zu einem Synonym der Irrationalität und Verantwortungslosigkeit geworden – und der Name eines Getränks. Zwischen Raubtier und Rumgetränk, das ist Lumumba in Deutschland (bzw. Schland, aber darüber mehr unten).

Transnationaler Kolonialismus

Das Leben des kongolesischen Spitzenpolitikers Patrice Émery Lumumba war kurz und turbulent. 1960 wurde er zum Regierungsführer Kongos, der heutigen Demokratischen Republik Kongo, gewählt. Berühmt-berüchtigt wurde er in den Vereinigten Staaten und Europa spätestens während der Unabhängigkeitszeremonie seines Landes – als er nämlich eine Rede hielt, in der er die vergangenen Kolonialverhältnisse kritisch kommentierte. Dieser unabhängige und konfrontationsgeladene Kurs gegenüber euroamerikanischen Interessen führte zu seinem Untergang. Nach seiner Dämonisierung in den internationalen Nachrichtenmedien wurde Lumumba politisch beseitigt und mit kräftiger Unterstützung interner und externer Gegner, allen voran den Vereinigten Staaten und Belgien, 1961 brutal ermordet.
Lumumbas Name zirkuliert bis heute international. Das ist zum einen ein Ausdruck der lebendigen Erinnerungskultur oppositioneller, diasporischer Gemeinschaften. Diese (ver-)ehren Lumumba über bejahende Namenspraxen, Musik und Geschichtsschreibung und halten somit seinen Namen am Leben. Zum anderen ist die Bekanntheit Lumumbas auch ein Hinweis auf das transnationale Wesen des (Neo-)Kolonialismus. Seine Geschäfte, Methoden sowie Stereotypen durchkreuzten immer schon nationalstaatliche Grenzen. Spuren der kolonialtradierten Lumumba-Repräsentationen in Belgien und den Vereinigten Staaten, die ehemaligen und jetzigen Schutzmächte Kongos, können ebenfalls in Deutschland entdeckt werden, bis heute.
Ein Beispiel transnationaler Prägung der Bedeutung Lumumbas ist das Buch *Kongo: Eine Geschichte* (2012) des belgischen Autors David Van Reybrouck. Dieser populärwissenschaftliche Wälzer (immerhin fast 800 Seiten in der deutschen Übersetzung) ist besonders erwähnenswert, da er hierzulande eine große Bekanntheit erreichte. Die Voraussetzungen dazu schienen optimal. Durch den Vertrag mit Suhrkamp sicherte Van Reybrouck sich nach seinem Siegeszug in den belgischen und niederländischen Bestsellerlisten auch in der Bundesrepublik mediale Aufmerksamkeit und viele Besprechungen. Bücherpreise, wie der NDR-Sachbuchpreis 2012, bescheren dem Autor bis heute regelmäßig Einladungen zu Diskussionsrunden, wie erst neulich wieder für das Internationale Literaturfestival Berlin. Aber ist diese Anerkennung Van Reybroucks wohlverdient?

Gerüchteküche meets Märchenstunde

Lumumba wird in *Kongo: Eine Geschichte* durch einen Flickenteppich von Zitaten repräsentiert, die trotz ihrer Vielfalt bei genauerer Betrachtung recht einseitig in ihren Aussagen sind.
»Während der Rede des Präsidenten [Kasavubu] war Lumumba zornig damit beschäftigt, [seine Rede] zu korrigieren«, beschreibt der allwissende Erzähler die Ereignisse des Unabhängigkeitstages. Die Begründung für Lumumbas Zorn sei: »Er wollte den Vertretern der Kolonialmacht unbedingt zum letzten Mal Kontra geben.« (S. 323) Kongolesen werden ebenfalls zitiert, wie Jamais Kongola, Musiker, der ein halbes Jahrhundert später auf die Unabhängigkeitsfeier zurückblickt: »Lumumba hatte nichts im Kopf, er war impulsiv und unverschämt. Ihm haben wir unsere Misere zu verdanken.« (S. 327) Auch belgische und amerikanische Stimmen aus den Sechzigern kommen bei der Charakterskizze bzw. dem Charaktermord Lumumbas zu Wort: »Später würde [der belgische General Janssens] über Lumumba schreiben: ›Aufgrund seines Nervensystems glich er mehr einer Raubkatze als einem Menschen‹.« (S. 338) Ein weiteres Zitat, diesmal vom stellvertretenden Außenminister der USA, Douglas Dillon, lautet: Douglas Dillon beschwerte sich über [Lumumbas] ›irrationale‹, fast ›psychotische‹ Persönlichkeit: »Man bekam das Gefühl, dass er als Person von einem Eifer besessen war, den ich nur als messianisch beschreiben kann. Er war einfach nicht rational.« (S. 357)
Zornig, impulsiv, unverschämt, oberflächlich, bestialisch, irrational: So wird Patrice Lumumba in *Kongo: Eine Geschichte* repräsentiert. Und zwar mit besonders wenig Distanzierung seitens Van Reybroucks. Zum einen sind die Zitate geradezu exemplarisch dafür, wie mit Lumumba in typischem Kolonialstil durch die unseriöse Abwertung anderer eine überlegene Position für sich selbst geschaffen wird: Bestialische Irrationalität sehen nur diejenigen, die darüber stehen. Zum anderen verdeutlichen diese Zitate, welch kuriose Kriterien zur Quellenauswahl und zur Charakterbeschreibung die Darstellung Lumumbas in *Kongo: Eine Geschichte* diktieren – ebenfalls eine koloniale Eigenheit.

Im Zusammenhang mit der auffälligen Einseitigkeit der zitierten Aussagen und den offensichtlich kuriosen Auswahlkriterien stellen sich folgende Fragen. Erste Frage: Warum werden ohne weiteres amerikanische und belgische Zeitzeugen genutzt, wie Janssens und Dillon, die zur Destabilisierung Lumumbas beigetragen bzw. sich an dessen Ermordung beteiligt haben? Analogie: Würde man George W. Bush Junior anhand von Zitaten seiner Gegner – der Demokratischen Partei, der Taliban, *you name it* – als ausgeglichen und fair beschreiben können? Zweite Frage: Warum werden die Aussagen eines Musikers wie Jamais Kongola für politisch erwähnenswert gehalten? Analogie: Würde man Angela Merkel ernsthaft beschreiben können, indem man Reinhard Mey oder Sarah Connor befragt? Drittens: Warum sind bei der Beurteilung eines Premierministers überzogene und unkommentierte Allegorien wie »Raubkatze« angebracht? Analogie: Könnte eine ernst gemeinte historische Darstellung Deutschlands Helmut Kohl, ohne satirisch zu sein, als ›Nashorn‹ bezeichnen?
In Kongo: Eine Geschichte anscheinend schon, eben weil dort die Regeln historischer Fairness außer Kraft gesetzt werden, weil Gerüchte, Fantasien, Diffamierungen ohne Erklärung in diesem Buch präsentiert werden und weil Hinweise und Allegorien bevorzugt werden gegenüber klaren Argumenten, überzeugenden Belegen und Realismus. Die Gerüchteküche brodelt, sobald Lumumba Erwähnung findet.

Koloniale Normalität

Van Reybroucks merkwürdige Arbeitsweise fällt der Vielzahl von Feuilletonredakteur_innen offenbar kaum auf. In einer Kritik des *Tagesspiegel* lobt Katharina Teutsch Van Reybroucks »präzise, packende Darstellungsweise«, und in der *Welt Online* wird über die »intellektuelle Redlichkeit« des Buchs sinniert. In letztgenannter Rezension vom 29. April 2012 verkündet der Journalist Stephan Wackwitz: »Dass die Ermordung Lumumbas, des ersten Ministerpräsidenten des unabhängigen Kongos, 1961 ein Verbrechen war, muss Van Reybrouck nicht betonen. Seine Leser spüren seine moralische Haltung in jedem Abschnitt des entsprechenden Kapitels. Aber das hält ihn nicht davon ab, die glaubwürdigen Zeugnisse amerikanischer Beobachter über den manisch-autistischen Eindruck zu zitieren, den Lumumba bei seinem Auftritt vor der UNO hinterließ.« (siehe »Die neue Entdeckung Afrikas«)
Es kann in diesem Zitat kaum übersehen werden, wie die Aussagen Dillons ohne weiteres als glaubwürdig etikettiert werden und wie die vorgebliche Irrationalität und Pathologisierung Lumumbas noch durch weitere Bezeichnungen (»manisch-autistisch«) verstärkt werden. Kritik der tendenziösen Quellenauswahl Van Reybroucks? Fehlanzeige. Das ist ein Hinweis auf die Normalität kolonial tradierter, anti-schwarzer, anti-kongolesischer Haltungen in der *deutschen* Presse. Oder vielleicht sollte man, in Fußballsprache, gleich von ›Schlands‹ Presse reden? Die überschwängliche Feierlaune, mit der sich die Nachrichtenmedien auf Van Reybroucks Buch beziehen, macht es angesichts dessen Mängel notwendig, dagegen zu halten.

Lumumba, das Rumgetränk

Die fantasievollen, überdrehten Zurschaustellungen Lumumbas zeigen sich nicht nur in Schlands Feuilletons, sondern auch in Schlands Alltags- und Popkultur. Der Cocktail ›Lumumba‹ ist geradezu exemplarisch dafür. Seit den Sechzigern wird das Getränk, welches eine Mischung aus Schokomilch, Rum und ein wenig Sahne ist, in Cocktailbars und auf Weihnachtsmärkten verkauft. Abgesehen davon, dass es merkwürdig ist (und geschmacklos zugleich), einen Cocktail zu verzehren, der nach einem ermordeten Politiker benannt wurde – wäre ein Getränk namens Lincoln, Kennedy oder Fortuyn wirklich vorstellbar? –, seine kakaobraune Farbe und der Alkohol beschwören Vorstellungen des Zusammenhangs von Hautfarbe und Lust herauf.
In der Popmusik wurde besonders der letzte Aspekt, das Hedonistische, häufig reproduziert. Seit dem 1967 veröffentlichten Song ›Waltz for Lumumba‹ von The Spencer Davis Group treiben besonders die Schlager- und Technoszene Lumumba als Zeichen einer guten Zeit und einer übersexualisierten Partyfantasie voran. »Weißes Meer, weißer Sand, stehe ich hier mit 'nem Lumumba in der Hand – tanze mit mir den Reggae, heut' Nacht«, singt die Schlagerinterpretin Tanja More in ihrem Song »Lumumba« im Jahr 2009. In diesem von sexuellen Anspielungen durchzogenen Lied schwankt More zwischen Lumumba als Cocktail und Lumumba als schwarzem Urlaubsflirt.

Kongo-Kulturindustrie

Lumumba – von Raubtier bis Rumgetränk –, Zentralwestafrika erzeugt eine veritable, internationale Kulturindustrie des Negativen. Ein oberflächlicher Blick auf *Amazon.com* verdeutlich das. Journalistinnen, Schriftsteller und Amateur-Autobiographen unterschiedlich politischer Couleur, Nationalität und Ethnizität äußern sich in apokalyptischen Begriffen über die Region, bis hin zu ihrer vermeintlichen Monströsität, wie populäre Bücher wie *Facing the Congo: A Modern-Day Journey into the Heart of Darkness* und *Dancing in the Glory of Monsters: The Collapse of the Congo and the Great War of Africa* exemplarisch andeuten.
Der Kongo markiert offensichtlich die Unterseite Afrikas in der Imagination vieler. Er wird in medialen Repräsentationen zum absoluten Alptraum stilisiert, mit einer starken Neigung der Medienschaffenden zum Lächerlichen, Übertriebenen, Erfundenen. Dies hat eine lange, koloniale, transnationale Tradition – transnational im Sinne einer grenzüberschreitenden Zirkulation von kolonialen Klischees. Bis diese nach und nach offengelegt und überwunden werden wird, wird Lumumba wohl hauptsächlich ein beliebtes Getränk auf den Weihnachtsmärkten bleiben. ✖

Quellenverzeichnis

- *More, Tanja. »Lumumba«. Intensiv. AMUSIKA, 2009.*
- *Teutsch, Katharina. »Rohstoff Afrika«. Der Tagesspiegel (6. Mai 2012). http://www.tagesspiegel.de/kultur/buch-der-woche-rohstoff-afrika/6594426.html.*
- *Van Reybrouck, David. Kongo: Eine Geschichte. Berlin: Suhrkamp, 2012.*
- *Wackwitz, Stephan. »Die neue Entdeckung Afrikas«. Welt Online (29. April 2012). http://www.welt.de/print/wams/kultur/article106236769/Die-neue-Entdeckung-Afrikas.html.*

All change, please!

Über die Un-/Möglichkeiten der Dekolonialisierung des öffentlichen Raumes in Hamburg

Tania Mancheno (Mitglied des Arbeitskreises Hamburg Postkolonial)

Der Artikel diskutiert die Un-/Möglichkeiten der Dekolonialisierung des öffentlichen Raumes in Hamburg anhand einer kurzen kritischen Rekonstruktion der Stadtgeschichte, die gleichzeitig eine kreative Chronik von Aktionen und Interventionen des Arbeitskreises Hamburg Postkolonial liefert. Fallbeispiele sind postkoloniale Stadtrundgänge, Initiativen für Straßenumbenennungen und einige zivilgesellschaftliche und Kunstinterventionen im öffentlichen Raum in der Hansestadt.

Wider die Selbstverständlichkeit der Stadt

Für die Demokratie ist der öffentliche Raum eine Voraussetzung. Wie kann die Demokratie ohne die Idee der Polis – ohne den Platz vor dem Rathaus gedacht werden? Wobei es bezeichnenderweise in Hamburg verboten ist, vor dem Rathaus zu demonstrieren. Demokratie braucht Raum. Und es ist der unter freiem Himmel geschaffene öffentliche Raum, der als Ort für die Verwirklichung der Demokratie benötigt wird. Umso mehr ist es notwendig, diesen Raum aus einer post- und dekolonialen Perspektive zu überdenken.

Wie un-/frei ist der öffentliche Raum in Hamburg?

Als wichtige Ikonographie der Stadt gilt die Fassade des Hamburger Rathauses mit dessen offenen Toren. In der Metropole und Hansestadt Hamburg, die sich offiziell den Slogan »Tor zur Welt« angeeignet hat, ist die Idee der Freiheit im Stadtbild sichtbarer als die der Demokratie. Über dem Portal des Hamburger Rathauses ist folgende Inschrift zu lesen: *Libertatem quam peperere maiores digne studeat servare posteritas.* (Sinngemäß: »Die Freiheit, die die Alten erwarben, möge die Nachwelt würdig erhalten.«) Doch welche ist die Geschichte, die die Alten mit den jüngeren Generationen verbindet? Und welche Freiheit ist damit gemeint?

Diese sind einige der Fragen, die uns seit Anfang des 21. Jahrhunderts bei unseren Aktivitäten und Aktionen im Arbeitskreis Hamburg-Postkolonial bewegen. Aus einer heterogenen Gruppe heraus beteiligen wir uns seit über 10 Jahren an der Dekolonialisierung der Stadt, der Stadtgeschichte und der Stadtpolitik. Unsere Interventionen verfolgen das Ziel, einen kritischen Umgang mit und in der Stadt aus der Sicht der Bewohnerinnen und Bewohner zu vermitteln.

In Hamburg gibt es viele Spuren der Kolonialzeit, denn die Hansestadt hat enorm vom Kolonialhandel profitiert. Das zeigt sich z. B. an den zahlreichen geschmacklosen Geschäften, die immer noch den Namen »Kolonialwarenhandel« tragen und die ein Bestandteil verschiedener Kaufmeilen in Hamburg sind. Die koloniale Vergangenheit der Stadt ist auf vielfältige Weise asymmetrisch kulturell und geschichtlich verflochten mit Städten und Regionen in Lateinamerika, Asien und Afrika. In der offiziellen Geschichtserzählung der Stadt werden die gewaltvollen kolonialen Beziehungen als Begegnungen mit »dem exotischen anderen« romantisiert. Die Bedeutung des kolonialen Handels für diese Stadt ist an den Namen von Häusern (wie z. B. »Afrikahaus« und »Laeiszhalle«) und an den Namen von Straßen und Plätzen (»Dar-Es-Salam-Platz«; »Coffee-Plaza«) zu erkennen. Jedoch wird der Anteil an der kolonialen Gewalt in der offiziellen Geschichtserzählung der Stadt verschwiegen.

In diesem Artikel setze ich mich kritisch mit der kolonialen Stadtgeschichte und Stadtgeographie Hamburgs auseinander und liefere gleichzeitig eine Chronik über einige dekoloniale Interventionen im öffentlichen Raum, die durch den Arbeitskreis Hamburg Postkolonial (mit-)gedacht, (mit-)organisiert und (mit-)konzipiert wurden.

Von Schiffen, Lagern und Piraterie

Die Bedeutung der Seemacht in Hamburg, welche mit der bürgerlich-urbanen Entwicklung einherging, schaffte seit Beginn der Neuzeit die Voraussetzung für die europäische Welteroberung. Es waren häufig nicht Staaten, sondern einzelne Unternehmer, die als Pioniere der irreführend sogenannten Entdeckungsreisen auftraten.

Das Schiff ist ein weiteres von der Stadt gewähltes Symbol. Das Motiv des Schiffes findet sich als Ornament auf den Fassaden einzelner Kontorhäuser wieder. Die Architektur einiger Gebäude orientiert sich an der Form von Schiffen. Auch die Namen und Denkmäler, die die Stadt schmücken, versteinern ein Narrativ, das Reedereifamilien und Plantagenbesitzer als partiarchale Vorbilder darstellt.

Ein Gebäude, das alle diese Elemente in sich vereint, ist das Chilehaus. Der Bau dieses Kontorhauses (1924) wurde von dem Kaufmann Henry Sloman finanziert. In Namensgebung und durch die Gestaltung in Form eines Schiffes verweist das Chilehaus auf den Kolonialhandel mit Salpeterminen in der Atacamawüste, die einen wichtigen Teil des Reichtums Hamburgs begründeten. Das Chilehaus erzählt die Geschichte der deutschen kolonialen Expansion jenseits der sogenannten »Schutzgebiete«.

In unseren alternativen Stadtrundgängen über die koloniale Vergangenheit und postkoloniale Gegenwart Hamburgs zeigen wir, dass die Wirkungen der kolonial geprägten Reisen, die aus Hamburg in die Welt hinausgingen, und diejenigen, die nach Hamburg mit Menschen, Tieren, den Gütern und den Kunstobjekten von nicht-europäischen Zivilisationen zurückkamen, in die Stadt und

in die Fassaden der Häuser eingeschrieben sind. Wir zeigen, dass die Figur des Schiffes unmittelbar mit der Geschichte der Kolonialisierung verbunden ist. Aus einer postkolonialen Perspektive wird das Schiff als Instrument der Fortbewegung für weiße Männlichkeiten gedeutet, die dem eurozentristischen Narrativ zufolge die Zivilisation nach Übersee gebracht hätten. Das Schiff gilt also als der Ort, in dem sich die Freiheit des Entdeckers durch die Versklavung der Eingeborenen ernährt. Wie der Philosoph Eduard Glissant erklärt, ist die Figur des Schiffes unmittelbar mit der Figur der Plantage sowie mit der Figur der Mine in Verbindung zubringen. Wie in den Plantagen in der Karibik und in den Minen in den Anden wurde auch im Sklavenschiff den Menschen zuallererst die Sprache genommen. Für die totalisierende Organisation dieser Institutionen wurden bewusst Menschen, die unterschiedliche afrikanischen Sprachen sprachen, zusammengebracht, um jegliche Bildung von Gemeinschaft zu bremsen.
Heutzutage ist bemerkenswerterweise das Kulturinstitut Cervantes im Chilehaus untergebracht. Dessen Funktion ist die Kultivierung der spanischen Sprache. Als ehemalige Kolonialmacht behält Spanien die kulturellen Rechte über die Sprache.
Nicht weit weg vom Chilehaus, in der Speicherstadt, wird an Pioniere, Piraten und sogenannte »Entdecker« wie Christoph Kolumbus, Vasco da Gama und Marco Polo im hamburgischen Stadtbild erinnert und deren Taten gewürdigt. Die Kolonisatoren werden als individuell dargestellt. Dagegen erscheinen nicht-europäischen Gebiete als homogener und typisierter Raum, z. B. in der Form von »Übersee«, oder sie werden auf die von ihnen erzwungene Warenproduktion für europäischen Konsum reduziert (wie z. B. von Zimt, Leinen, Seide oder Kaffee).
Die Verehrung der männlichen Figuren in der Stadtplanung ist, wie bell hooks erklärt, eine Verehrung des »Akts der Entdeckung«. Der Akt der Entdeckung wird zum patriotischen Akt, insofern er als Teil der nationalen Kultur gefeiert und im öffentlichen Raum ritualisiert und bestätigt wird. Durch die Verehrung der Entdeckung wird die Gewalt der Eroberung verharmlost.
Durch unsere alternativen Stadtrundgänge versuchen wir einen Zugang für die Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit für ein heterogenes Publikum zu gestalten, indem wir einen kritischen Blick auf den Umgang mit der Stadt vermitteln. Wir thematisieren, dass die Verehrung der oben genannten Helden und Pioniere zugleich verbirgt, dass die natürlichen, kulturellen und epistemischen Ressourcen Amerikas, Asiens und Afrikas ausgebeutet wurden. So bleibt wenig Raum für Feminismus of Color, post- und dekoloniale Geschichtserzählungen. Und doch versuchen wir in den Stadtrundgängen die unmittelbaren institutionellen und ontologischen Verbindungen zwischen z. B. der Figur des Schiffes und der Figur der Plantage herzustellen. Wir erläutern, dass die Schiffe, die aus Hamburg in die verschiedenen europäischen Kolonien absegelten, nicht nur den Alkoholkonsum und weitere Krankheiten in die Welt hinaus verbreiteten, sie waren auch die Orte, an denen, wie auf den Plantagen, die Menschen ihre Individualität verloren.
Die Stimmen und Biographien von versklavten Menschen bilden einen wesentlichen Bestandteil der in den Stadtrundgängen vermittelten Inhalte. Ein Beispiel hierfür ist Heinrich Karl Ambach, der im 18. Jahrhundert als »Geschenk« von der Insel St. Croix nach Hamburg gebracht wurde. Dadurch wird die Geschichte des transatlantischen Handels mit der Geschichte der Verschiffung von versklavten Menschen im Dreieckshandel vervollständigt.

Hamburg, die Stadt der selektiven Migration

Als Stadt mit dem zweitgrößten Hafen Europas versucht Hamburg, sich als eine offene, multikulturelle und kosmopolitische Stadt zu positionieren. In der Präambel seiner Verfassung erklärt sich Hamburg zu einer »Welthafenstadt«, die eine »durch Geschichte und Lage zugewiesene, besondere Aufgabe gegenüber dem Deutschen Volke zu erfüllen« habe. »Sie will im Geiste des Friedens eine Mittlerin zwischen allen Erdteilen und Völkern der Welt sein.« Und dies nicht nur heutzutage.
Im 18. Jahrhundert verstand sich Hamburg als eine für Kaufmänner und Niedriglohnarbeiter offene Einwanderungsstadt. Wie einer der wichtigsten kritischen Historiker Hamburgs, Heiko Möhle, in seinem Buch *»Branntwein, Bibeln und Bananen – Der deutsche Kolonialismus in Afrika«* (2011) schrieb, galt zu jener Zeit die Konfession nicht als Kriterium für die Einwanderungsbewilligung. Nur die sogenannten »Übersee-Geschäftskontakte« waren hierfür entscheidend.
Im 19. Jahrhundert deutete sich Hamburg als kosmopolitische Stadt durch die Veranstaltung der Weltausstellung. Die Weltausstellungen dienten auch zur Inszenierung der nichteuropäischen Welt für die Bevölkerungsgruppen, die bislang nur über Reiseberichte von Pionieren und Wissenschaftlern das Bild der Kolonien vermittelt bekamen. Diese »Menschenzoos« wurden von einem breiten Publikum besucht und fanden zu der Zeit in allen Großstädten Europas statt. Sie gelten heutzutage als damals populäre Propaganda für das jeweilige Kolonialprojekt. Zwischen 1874 und 1931 wurden regelmäßig Menschen in dem Hamburger Zoo »Hagenbecks Tierpark« ausgestellt. Einer dieser Menschen war Abraham Ulrikab, der ein Tagebuch hinterließ, in dem er die unwürdige Reise beschrieb, die er und seine Familie im Jahr 1880 von Kanada bis nach Hamburg unternahmen, um in mehreren Weltausstellungen in verschiedenen Städten Europas zu arbeiten. Ulrikab beschreibt die prekären Umstände, die er dabei erlebte und an deren Folgen er schließlich starb.
In einem Versuch, die Anwesenheit in und die Mitgestaltung der Stadt von PoC. und Schwarzen Menschen sichtbar zu machen und zu würdigen, veranstaltete der AK Hamburg Postkolonial, zusammen mit der AK Berlin Postkolonial und der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland, in 2013 die Wanderausstellung *Freedom Roads!*, welche die Umbenennung von Straßennamen thematisiert. Die Ausstellung setzt sich für eine Umbenennung jener Straßen ein, die nach Akteuren der Kolonisierung benannt sind und die diese als Kaufleute, Politiker und Geldgeber der Stadt ehren. Die Vorschläge für die Umbenennungen sind nicht willkürlich ausgesucht. Durch eine sorgfältige Recherchearbeit entstand eine künstlerische Intervention, welche persönliche Verbindungen zwischen Kolonisierern und Kolonisierten, versklavten Menschen und Sklavenbesitzern und zwischen Profiteuren von Rassismus und widerständigen Aktivistinnen und Aktivisten aufzeichnete. Auf der Suche nach neuen Namensgeber_innen wurden Biographien von Schwarzen Menschen im Hamburg des 17. und 18. Jahrhunderts rekonstruiert. Damit eröffnete die Ausstellung nicht nur einen neuen Ort des Wissens, sondern lud auch ein, sich die Frage zu stellen: Welche und wessen Geschichte wird in den Straßen Hamburgs erzählt? Was würde eine Umbenennung mit dem selbstverständlichen Geschichtsverständnis machen?

Die Stadt, die Kunst und der Rassismus

2014 wurde das koloniale Erbe Hamburgs vom Senat anerkannt, und seine Aufarbeitung wurde sogar in einem Senatspapier für notwendig erklärt. Nachdem dieses Papier zwar die wichtigen Recherchearbeiten und Interventionen postkolonial engagierter Communities und Initiativen anerkennt, die zentrale Forderung der Communities nach Beteiligung und Dialog jedoch keinen Eingang in das Papier fand und auch ein entsprechender politischer Antrag abgelehnt wurde, lud der AK Hamburg Postkolonial wichtige Akteure aus Initiativen, Communities, Politik und Verwaltung zu einem Runden Tisch ein, um unser Wissen, bestehende Netzwerke und Beteiligungsbereitschaft deutlich zu machen. Daraus ergaben sich leider nur punktuelle und eher individuelle Beteiligungsmöglichkeiten, beispielsweise zwischen der Stadtkuratorin[1] und Mitgliedern des AKs.

In einer künstlerischen Intervention am Chilehaus mit den Künstler_innen aus *Etcétera*, Mitgründer_innen der Bewegung Internationale Erroristen Anfang dieses Jahres brachten wir die Geschichte der Atacama Wüste den Hamburger*innen näher. Die Ornamente des Chilehauses wurden fotografiert und als menschengroße Figuren in dem Innenhof des Hauses platziert. Die Figuren bekamen eine Stimme, um die Geschichte dieser natürlichen Ressource und deren Kommerzialisierung zu erzählen und um die Realität der Salpetermine am Innenhof des Chilehauses nahezubringen.

Die Intervention blieb in der Presse unkommentiert. Stattdessen wurden die Figuren, die zwei Monate ausgestellt wurden, beschädigt. Die Sprechblasen wurden geändert bzw. ergänzt. Die lauteste Kritik an der Aktion richtete sich nicht an die Künstler_innen aus Etcétera oder an den AK. Allerdings war sie deutlich an die Finanzierung des Projektes gerichtet. Dabei verlor die dekoloniale Intervention in die Geschichte des Chilehauses und somit in die deutsche Kolonialpräsenz in der Atacamawüste an Bedeutung. Ins Zentrum der Kritik rutschten die Machtverhältnisse zwischen Akteuren innerhalb der Stadt.

Hamburg ist eine Stadt, die sich schwer tut, die Beteiligungsmöglichkeiten in der Gestaltung und Umgestaltung des öffentlichen Raumes zu überdenken. Wie das Senatspapier bereits signalisiert, zeigt auch die Aneignungsaktion des Etcétera-Projekts, dass es in Hamburg unzureichende Artikulationsmöglichkeiten der Kritiken an der traditionellen Stadtpolitik gibt. Eine Aufarbeitung des kolonialen Erbes riskiert, elitär zu werden, wenn es die Bürgerinnen und Bürger nicht mit notwendigen Beteiligungs- und Sensibilisierungsprozessen erreicht. In der Aufarbeitung des Kolonialismus werden die Kräfteverhältnisse und Muster der Kolonialzeit reproduziert.

Heutzutage leben in Hamburg 180 Nationalitäten. Die Stadt hat ein Welcome-Center für regulär angereiste Neuankommende und am Bahnhof ein Informationszelt, das von Geflüchteten aus Lampedusa errichtet wurde. Der Flughafen heißt Airport, und die U-Bahn ist zweisprachig. Die Ansage in der U-Bahn lautet: »All change, please!«

Change, o.k., aber wohin?

Veränderungen in der Stadt werden am offensivsten im urbanen Projekt der Hafencity durchgeführt. Hamburgs jüngster Stadtteil behauptet von sich selbst, »ein kosmopolitisches Flair vermitteln zu wollen«. Um dieses ehrgeizige Bestreben zu erfüllen, griff die HafenCity Hamburg GmbH auf die in vier Jahrhunderten entwickelten kolonialen Muster zurück: Neben der Ceylonstraße und der Coffee-Plaza haben erneut Kolumbus und Amerigo Vespucci einen Platz im neuen Stadtbild bekommen. Magellan und da Gama werden mit Statuen aus dem 19. Jh. geehrt, und zweiterer wird zudem Namensgeber für einen eigenen Platz.

In diesem Zusammenhang schlage ich zusammen mit Andreas Schneider das Konzept des »(Post-)Kolonialismus to go« vor, in dem wir anstreben, die Widersprüchlichkeit einer kosmopolitischen kolonialen Stadt wissenschaftlich herauszuarbeiten. In Linie mit der Arbeit des AKs erforschen wir die Parallelen und Kontinuitäten zwischen Kolonialismus, Multikulturalismus und Kosmopolitismus in der Stadt und formulieren dabei neue Erzählungen des Raumes.

Unsere Stadtrundgänge, Interventionen, Recherchen und Projekte versuchen durch die Vermittlung dekolonialen Wissens den Rassismus in der Stadtlandschaft zu entwaffnen. Die Dekolonisierung des öffentlichen Raumes findet auf den verschiedensten Ebenen statt. Und es geht nicht nur um die Geschichte, sondern auch um die Gegenwart. Demnach ist unser Wirken im öffentlichen Raum nicht als anti-rassistische Arbeit zu verstehen. Für mich bildet es vielmehr Praxen in der Kunst der Befreiung. ✖

Fußnote

1 *Die Stadkuratorin ist eine der geschaffenen Stellen von der Kulturbehörde zur Aufarbeitung des kolonialen Erbes in Hamburg. Die Stelle ist von Sophie Goltz besetzt.*

Literatur

- *Bekoe, Ginnie 2015: Straßennamen als Spiegel der Geschichte. Stadtbild (post-?)kolonial. In: Bake, Rita (Ed.) 2015: Ein Gedächtnis der Stadt. Nach Frauen und Männern benannte Straßen, Plätze, Brücken in Hamburg. Band 1. Überblick und Analyse. Hamburg: Landeszentrale für politische Bildung., pp. 144-145*
- *Glissant, Eduard 1996: Kultur und Identität. Ansätze zu einer Poetik der Vielheilt. Heidelberg: Fuldaer Verlagsanstalt.*
- *hooks, bell 1994: Columbus: Gone But Not Forgotten. In: Outlaw Culture: Resisting Representations. New York: Routledge.*
- *Lutz, Harmut 2005 (Ed.): The Diary of Abraham Ulrikab. Ottawa: University of Ottawa Press.*
- *Möhle, Heiko (Hg.) 2011: Branntwein, Bibeln und Bananen – Der deutsche Kolonialismus in Afrika. Hamburg: Verlag Libertäre Assoziation.*
- *Nicht mehr dies! Interview mit Tania Mancheno. In: Ojalá. Zeitschrift in der Diaspora. März, 2015.*
- *Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg. Vom 6. Juni 1952 (HmbBL I 100-a), zuletzt geändert am 3. Juli 2012 In: Landeszentrale für politische Bildung; Hamburg 2012. Zugreifbar unter: http://www.hamburg.de/contentblob/1604280/data/verfassung-2009.pdf*
- *Wanderausstellung freedom roads! koloniale Straßennamen · postkoloniale Erinnerungskultur Geschichte, Kunst und Beteiligung. Zugreifbar unter: http://freedom-roads.de.*

Weitere Quellen

- *Informationen über den Arbeitskreis Hamburg-Postkolonial sind abrufbar unter: https://hhpostkolonial.wordpress.com/tag/arbeitskreis-hamburg-postkolonial/*
- *Postkoloniale Stadtrundgänge Hamburg: http://www.afrika-hamburg.de*
- *Stadkuratorin Hamburg: http://stadtkuratorin-hamburg.de*

Kolonialrassismus im Unterricht

Das Bildungsprojekt »Far, far away?«

Jule Bönkost & Josephine Apraku

Das Projekt »Far, far away?« thematisiert die verantwortungsbewusste Auseinandersetzung mit dem deutschen Kolonialismus und seinem kolonialrassistischen Erbe in der schulischen Bildungsarbeit. Im Fokus stehen dabei die bis heute gegenwärtigen Einschreibungen der kolonialen Vergangenheit in das Berliner Stadtbild als Lernorte einer Bildung gegen Rassismus.

Bis heute hat der deutsche Kolonialismus auf Denk- und Gesellschaftsstrukturen Auswirkungen. Kolonialrassismus prägt bis in die Gegenwart das Zusammenleben und die gesellschaftlichen Ungleich-Verhältnisse in Deutschland. Dennoch erfahren die Themen Kolonialismus und Kolonialrassismus im Schulunterricht hierzulande kaum Beachtung. Auch deshalb finden in der Schule tagtäglich Diskriminierungen statt, ob anhand von Unterrichtsmaterialien mit kolonialrassistischen Inhalten oder durch unreflektiertes Handeln von Lehrer*innen. Das Projekt »Far, far away? Kolonialrassismus im Unterricht | Globales Geschichtslernen vor Ort«, das seit Februar 2015 in Zusammenarbeit zwischen dem Institut für diskriminierungsfreie Bildung und Berlin Postkolonial e. V. stattfindet, macht diesen Zusammenhang zum Thema. Es soll Kolonialrassismus in der Schule sicht- und hörbar machen und zielt auf dessen Abbau. Der Bericht gibt einen Einblick in die Aktivitäten des Projektes. Letztere werden mit Mitteln der Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit des Landes Berlin sowie mit Mitteln von »Brot für die Welt« und Engagement Global im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gefördert. Finanziell unterstützt wird das Projekt darüber hinaus vom Entwicklungspolitischen Informationszentrum EPIZ Berlin e. V.

Übergeordnetes Motiv von »Far, far away?« ist die Förderung der verantwortungsbewussten Auseinandersetzung mit dem deutschen Kolonialismus und seinem kolonialrassistischen Erbe – als Eckpfeiler einer rassismuskritischen Bildung – in der schulischen Bildungsarbeit. Im Fokus stehen dabei die bis heute gegenwärtigen Einschreibungen der kolonialen Vergangenheit in das Berliner Stadtbild als Lernorte einer Bildung gegen Rassismus. Primäre Zielgruppe sind Lehrer*innen. Das Projekt wendet sich aber auch an Referendar*innen, Lehramtsstudierende, freie Bildungsreferent*-innen und pädagogisch Interessierte. Darüber hinaus sind Schulbuchverlage, Schulbuchautor*innen, Schulleitungen und -verwaltungen sowie Bildungspolitiker*innen und Fachdidaktiker*-innen angesprochen. Schließlich sind diese Akteursgruppen für die Umsetzung eines rassismuskritischen Schulunterrichts wesentlich mitverantwortlich.

Bis September 2015 umfasste das Programm eine Podiumsdiskussion, zwei Fortbildungen, sechs Stadtrundgänge, drei Schulprojekttage und einen Workshop. Bis Jahresende sind außerdem zwei Filmvorführungen, weitere Projekttage, noch ein Rundgang und ein Fachtag geplant. Mit den unterschiedlichen Veranstaltungsformaten sind Lehrkräfte dazu eingeladen, neue Kenntnisse zu erwerben und diese auch in die eigene Arbeit einfließen zu lassen. Die verschiedenen Formate und Inhalte der Veranstaltungen sollen es den Teilnehmenden außerdem ermöglichen, die Einschreibungen des Kolonialismus in das Stadtbild und seine Verankerung in unserem Bewusstsein von Selbst und Welt zusammenzudenken.

Projektauftakt

Der Projektauftakt erfolgte am 11. April mit dem von Israel Kaunatjike geleiteten Stadtrundgang »Von Lüderitz zum Völkermord« durch das sogenannte »Afrikanische Viertel« im Berliner Wedding. Das Kolonialviertel spiegelt mit seinen Straßennamen das jahrzehntelange Streben Deutschlands nach Kolonialherrschaft wider. Im Kontrast dazu steht, dass von einem Bewusstsein für die Notwendigkeit einer kritischen Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit Deutschlands und dessen Erbe im öffentlichen Bewusstsein und seitens bildungspolitischer Akteure kaum die Rede sein kann. Eine Folge dessen ist, dass es für Pädagog*innen gegenwärtig kaum Angebote gibt, die auf das Einbeziehen der Aspekte Kolonialgeschichte und Kolonialrassismus in die eigene Bildungsarbeit vorbereiten. Ziel der Fortbildungsrundgänge ist es deshalb nicht nur, die Kolonialgeschichte Berlins mit ihren bis in die heutige Zeit reichenden Folgen ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu bringen.



Die Touren sollen außerdem ein Wissensangebot speziell für Lehrkräfte darstellen und diesen die Gelegenheit bieten, vor Ort die Spuren des deutschen Kolonialismus in Berlin kennenzulernen. Der zweite Rundgang »Black History – White Myths« mit Mnyaka Sururu Mboro, Zaida Horstmann und Christian Kopp fand zusammen mit der Podiumsdiskussion am 2. Mai im Rahmen der öffentlichen Feier zum Geburtstag der Aktivistin May Ayim statt. Mit jenem stand erneut im Mittelpunkt, was für eine rassismuskritische Bildungsarbeit unerlässlich ist: die vertiefte Beschäftigung mit der deutschen Kolonialgeschichte und deren Nachwirkungen in der Gegenwart. Wissenschaftliche Studien verweisen jedoch auf Blindstellen in der Behandlung dieser Themen in Schulbüchern. Lehrwerke enthalten kolonialrassistische Wissensbestände, während Rassismus selbst kaum angesprochen wird. Nicht nur im Geschichtsunterricht wird die koloniale Vergangenheit weitgehend vernachlässigt. Auch die pädagogischen Handlungsfelder Globales Lernen und Bildung für eine nachhaltige Entwicklung sind z. B. geprägt von der den »Kolonialismus relativierende[n] Amnesie« (Messerschmidt 2008: 45), die die offizielle Erinnerungskultur in Deutschland kennzeichnet (Danielzik 2013: 29). »Far, far away?« soll Lehrkräfte wie Schüler*innen dabei unterstützen, sich aus den von Kolonialrassismus eingefärbten Wissensstrukturen des allgemeinen Erinnerns herauszubewegen und neue Blickwinkel kennenzulernen.

Zur Podiumsdiskussion im FXHB Friedrichshain-Kreuzberg Museum konnten Vicky Jones und Tahir Della von der ISD und Mnyaka Sururu Mboro von Berlin Postkolonial knapp 140 Teilnehmende begrüßen. Im Gespräch mit Josephine Apraku und Jule Bönkost vom Institut für diskriminierungsfreie Bildung diskutierten Studienrätin Saraya Gomis, Sharon Dodua Otoo von der RAA Berlin und der ISD sowie Forscherin Elina Marmer zu der Frage, wie ein verantwortungsbewusster Umgang mit Kolonialrassismus in der Schule aussehen kann. Neben Praxisbeispielen kam der Aspekt Empowerment genauso zur Sprache wie die Herausforderungen, vor die Rassismuskritik spezifisch *weiße* Lehrpersonen stellt. Besprochen wurden auch die Konsequenzen, die sich aus den verschiedenen Positionierungen der Schüler*innen ergeben, und der Stellenwert der Auseinandersetzung mit dem deutschen Kolonialismus für einen Rassismus kritisierenden Schulunterricht. Schließlich ging es darum, wie Rassismuskritik in der Schule sichergestellt werden kann und was das für die Herstellung von Unterrichtsmaterialien bedeutet.

Fortbildungen für Lehrkräfte

Ziel des Fachgespräches war es auch, Lehrer*innen auf das anstehende Fortbildungsprogramm aufmerksam zu machen und als Teilnehmende der folgenden Veranstaltungen zu gewinnen. Als zentraler Einflussfaktor auf das Unterrichtsgeschehen gelten die Lehrer, die immerhin wesentlich mitbestimmen, wie Rassismus in der Schule verhandelt wird. Eine rassismuskritische Perspektive wird jedoch nicht nur in der Lehrer*innenausbildung weitgehend übersehen, sondern auch im derzeitig etablierten Fort- und Weiterbildungssektor regelrecht vernachlässigt.

Die vom Institut für diskriminierungsfreie Bildung durchgeführten Fortbildungsveranstaltungen boten mit den Themen Deutsche Kolonialgeschichte und Kolonialrassismus einen Einstieg in die rassismuskritische Unterrichtsgestaltung. Dabei bildeten außerschulische Lerngelegenheiten, die das »Afrikanische Viertel« bietet, einen Schwerpunkt. Das Fortbildungsprogramm gliederte sich in eine Fortbildung und einen Workshop, die an jeweils zwei Freitagen im Mai und Juni in den Räumen von Each One Teach One (EOTO) e. V. stattfanden. Zu den Teilnehmenden gehörten Lehramtstudierende, Referendar*innen und Lehrer*innen der Fächer Deutsch, Geschichte, Sozialkunde, Erdkunde, Politische Bildung und Englisch.

Im ersten Teil der Veranstaltung ging es um grundsätzliche Fragen sowie um die Bedeutung, die dem Thema Kolonialismus und Kolonialrassismus im Schulunterricht zukommt. Was ist (Kolonial-) Rassismus? Was hat er mit mir zu tun? Thematisiert wurden Ziele und Eckpunkte einer rassismuskritischen Unterrichtspraxis sowie Fallstricke, die diese kennzeichnen. Darauf aufbauend wurde eingeübt, kolonialrassistische Deutungsmuster in Schulbüchern aus einer postkolonialen und rassismuskritischen Analyseperspektive zu erkennen und mit diesen konstruktiv umzugehen. Hierfür wurden

exemplarisch Texte aus Geschichtsschulbüchern zum Thema Kolonialismus untersucht: Wessen Sichtweisen werden wiedergegeben? Wessen Perspektiven werden nicht dargestellt? Was und wer erscheint als normal bzw. als abweichend?
Im zweiten Teil wurden ausgehend von einer Stadtführung mit Mnyaka Sururu Mboro im »Afrikanischen Viertel« gemeinsam Ideen für Schulprojekte gesammelt, in denen das Kolonialviertel als außerschulischer Lernort fungiert. Möglichkeiten für einen lebensnahen und nachhaltigen Einbezug der Themen deutsche Kolonialgeschichte und Kolonialrassismus in den Schulunterricht wurden ausgelotet und die eigenen Projektideen auf die folgenden Fragen hin untersucht: Welche Möglichkeiten bieten die Projekte im Rahmen einer rassismuskritischen Bildungsarbeit? Welche Schwierigkeiten können auftreten? Welche fächerübergreifenden Einbindungen in den Unterricht sind möglich? Welche Möglichkeiten der Einbindung in Projektwochen bestehen?

Weitere Veranstaltungen und Projektabschluss

Das Fortbildungsprogramm schloss ab mit der Einladung an die Teilnehmenden, gemeinsam mit den Projektverantwortlichen einen postkolonialen Projekttag für Schüler*innen zu gestalten und durchzuführen. An Schulklassen richten sich auch die Filmvorführungen des Projektes, die in Kooperation mit AfricAvenir International e. V. im Centre Français de Berlin im Oktober und November stattfanden. Sie beleuchten Kolonialismus aus der Perspektive der Nachfahren Kolonisierter und setzen der eurozentrischen Darstellung des Kolonialismus in Schulbüchern eine andere Sicht entgegen.
Beim Workshop am 12. und 13. September ging es speziell um die Spuren des Kolonialismus in unseren Köpfen. Im Mittelpunkt der Veranstaltung mit Lawrence Oduro-Sarpong stand die kritische Reflexion von *weiß*-Sein als unmarkierte und mit Privilegien versehene Position, von der aus normalisierte kolonialrassistische Bilder von Afrika re_konstruiert werden. Außerdem wurden zwischen Juni und September vier weitere Fortbildungsrundgänge mit unterschiedlichen Schwerpunkten durchgeführt. Beispielsweise stellte der Rundgang »Frauen im Kolonialismus« mit Jacqueline Mayen in Berlin-Mitte Bezüge zur Lebensrealität von Frauen im Kolonialismus her.
Den Abschluss des Projektes bildete ein Fachtag am 7. November 2015. Das Programm bestand aus Vorträgen und einer praxisorientierten Workshop-Phase mit Expertinnen aus Praxis und Wissenschaft (Saraya Gomis, Dr. des. Natasha A. Kelly, Prof. Dr. Nivedita Prasad, Sharon Dodua Otoo, Stefanie-Lahya Aukongo, Dr. Elina Marmer, Josephine Apraku und Dr. Jule Bönkost). Die Veranstaltung gab Anregungen und bot Anknüpfungspunkte für die eigene dekoloniale und rassismuskritische Bildungsarbeit. ✖

Zu den Autorinnen

✖ *Josephine Apraku und Jule Bönkost leiten das Institut für diskriminierungsfreie Bildung.*

Literatur

✖ *Danielzik, Chandra-Milena (2013): »Überlegenheitsdenken fällt nicht vom Himmel. Postkoloniale Perspektiven auf Globales Lernen und Bildung für nachhaltige Entwicklung.« ZEP – Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik 36.1, 26-33.*

✖ *Messerschmidt, Astrid (2008): »Postkoloniale Erinnerungsprozesse in einer postnationalsozialistischen Gesellschaft – Vom Umgang mit Rassismus und Antisemitismus.« PERIPHERIE 28.109/110, 42-60.*



Verbale Abgrenzungen – reale Folgen

Pegida und Traditionen der deutschen Leitkultur

Dresden Postkolonial

Pegida läuft nun schon seit einem Jahr durch Deutschland. Ihren größten Zulauf haben sie in Dresden zu verzeichnen. Ungeachtet der zeitweise sinkenden Teilnehmer*innenzahl der Montagsmärsche steht die Bewegung in direktem Kontext zum Erstarken rechter und rassistischer Strukturen bundesweit. Vor allem in Sachsen sind diese Verbindungen sowohl personell als auch ideologisch unübersehbar und in ihrer Konsequenz ein wichtiger Faktor für das erneute massive Anwachsen der Pegidamärsche. Nun sind es wieder 10.000 (allein in Dresden), die sich versammeln, und die Rhetorik wird immer aggressiver. Gleichzeitig kommt es in ganz Deutschland täglich zu Angriffen auf Menschen und Unterkünfte für Asylsuchende. Pegida hat das Sagbarkeits- und Handlungsfeld stark nach rechts erweitert und eine derart mächtige Deutungsgewalt innerhalb des Diskurses erlangt, dass Gewalt und Militanz stillschweigend mitgetragen werden.

Die Bewegung ist nicht die alleinige Ursache des derzeitigen rechten Terrors, schafft aber mit den Montagsmärschen eine Plattform, die in ihrer Kontinuität und ihrem Selbstbewusstsein eben das Zentrum schafft, das der gesamten autoritären Bewegung zum derzeitigen »Erfolg« verhilft.

Abgrenzung als Grundlage der kollektiven Identifikation

Die massive Selbstüberschätzung der selbsternannten »Beschützer*innen des Abendlandes« schöpft die Bewegung vor allem aus ihrer simplifizierten Abgrenzungshaltung und der damit einhergehenden Aufwertung einer »Wir«-Gruppe. Nur durch eine ständige Reproduktion latenter Freund-Feind-Schemata kann eine völkische Ideologie wie die von Pegida und Co innerhalb eines so langen Zeitraums funktionieren. Das »Volk« besteht nur dann, wenn andere Gruppen von Menschen aus der Volksgemeinschaft ausgeschlossen werden. Dieser Ausschluss wird mit rassistischen Argumentationsmustern gerechtfertigt. Das »Abendland« etwa kann erst dann zum Symbol bestimmter »Werte« und »Kultur« erhoben werden, wenn diese an anderer Stelle zu fehlen scheinen. Pegida und Co haben das nicht neu erfunden, sondern zeigen in ihrer Intensität letztlich nur die Absurdität und Gefahr dieser Konstrukte auf. Es überrascht wenig, dass sie in einer Linie mit dem gängigen Selbstbild (nicht nur!) der hiesigen CDU – seit 25 Jahren regierend in Sachsen – stehen, dasauf den gleichen Grundlagen beruht. So schreibt diese in ihrem Leitantrag für den Parteitag im November 2015 »Solidarität leben, Integration ermöglichen, Zuwanderung steuern«:

»[...] ein klares Bekenntnis zum demokratischen Rechtsstaat und unserer Leitkultur sind Grundvoraussetzungen für eine erfolgreiche Integration in unsere deutsche Gesellschaft, die geprägt ist von der jüdisch-christlichen Tradition und der Aufklärung.«[1] Ebenso wie das »Volk« bei Pegida braucht auch die Vorstellung einer »Leitkultur« klare Bezugs- und Abgrenzungspunkte, um überhaupt bestehen zu können. Dass beide Akteur*innen für ihre Konstruktion die gleichen historischen Momente – eine »christlich-jüdische Tradition« und »die Aufklärung« (bei Pegida als »westliche Werte« artikuliert) – wählen, ist symptomatisch für dieses Verständnis von der »eigenen Identität«. Sie folgen damit einer Kontinuität, die nicht nur in derart politischen Äußerungen der konservativen Rechten, sondern in allen gesellschaftlichen Bereichen fortbesteht.

Eine »Leitkultur« besteht durch das Konstrukt der »Anderen«

So steht die Aufklärung eben nicht nur für den Ausstieg aus der Unmündigkeit. Die europäische Aufklärung war und ist auch immer eng verbunden mit der Suche nach einer europäischen Identität in Abgrenzung (und gleichzeitiger Abwertung) zu den damit konstruierten »Anderen«. Die Imagination eines »aufgeklärten und zivilisierten« Europas konnte nur entstehen, wenn gleichzeitig Gegenbilder des naturalisierten, kulturlosen »Anderen« geschaffen wurden. Denn durch die Herabwürdigung des Gegenbildes als »unaufgeklärt und barbarisch« wird symbolisches Kapital geschaffen, das »den Westen« als »fortschrittlich und emanzipiert« definiert. Es ist eine der zentralen Grundlagen kolonialer Politik und Rhetorik, welche das europäische Machtstreben und die Ausbeutung und Unterdrückung von Menschen legitimierte. Die so ausgehandelte »europäische Leitkultur« kann also nur solange bestehen, wie sie die Autonomie und Gleichwertigkeit aller Menschen leugnet. Übersetzt auf die angeführte Rhetorik der CDU konstruiert eine als gegeben angenommene »Leitkultur« immer auch jene Menschen, die nicht zu ihr gehören können. Eben dies bringen Pegida und Co nun in aller Deutlichkeit auf die Straße, wenn sie gegen jene hetzen, die nach ihrer Logik den »westlichen Werten« der »christlich-jüdischen« Tradition widersprechen. Allem voran ist das der Islam, der als »anders« und damit nicht zugehörig definiert wird.

Postkoloniale Spuren im Dresdner Stadtbild

Am liebsten nutzt Pegida für ihre Versammlungen die Dresdner Barockkulisse. Zu dieser gehört auch ein Gebäude, das sich deutlich von den restlichen Sandsteinbauten abhebt. Mit mehreren Minaretten, Kuppeln und bunten Farben ist es selbstverständlicher

Bestandteil der Dresdner Altstadtsilhouette und erstes Ergebnis, wenn Online-Suchmaschinen nach »Moscheen in Dresden« befragt werden. Mit dem islamischen Glauben stand seine Entstehung und Nutzung jedoch nie in Verbindung. Stattdessen ist die Yenidze Sinnbild dafür, wie sich das »Abendland« einen märchenhaften »Orient« konstruiert, der sich bereits in seiner Erscheinung vom Gewohnten unterscheidet. Heute wirbt die Yenidze mit »märchenhaften Arbeiten« in den eingerichteten Büroräumen, und auf der Speisekarte des »Kuppelrestaurants« finden sich »Haremsteller« oder »Beduinenbrot«. 1907 als Tabakfabrik erbaut erscheint das Gebäude durch seine Architektur wie eine Moschee. Damit dieser »Werbegag« funktionierte und bis heute funktioniert, ist ein (vermeintliches) Wissen der Dresdner Bevölkerung notwendig, was aus dem europäischen und deutschen Interesse für den sogenannten »Orient« stammte. Nach Mark Terkessidis lässt sich ein solches »Wissen« als rassistisches Wissen bezeichnen, da es auf der ständigen Betonung des vermeintlich »Eigenen« und »Fremden« beruht. Edward Said beschreibt, wie durch dieses geschaffene Wissen die Herrschaft des »Okzidents« über den konstruierten »Orient« bereits im Kolonialismus gerechtfertigt wurde. Aus einem »eurozentrischen Weltbild heraus entsteht eine Konstruktion, die als Grundlage für die Identität der westlichen Welt dient«. Das Bild des Orients ist dabei keineswegs einheitlich. Vielmehr war der Orientalismus von einer Bandbreite von Zuschreibungen und Verkürzungen geprägt. Die Yenidze trägt als Fabrik gewissermaßen ein solches Gewand: »Nicht der authentische Nachbau einer Moschee stand im Zentrum des Interesses, sondern die architektonische Realisierung westlicher Vorstellungsbilder.«[2] Kurzum: Der Blick auf den »Orient« erfüllt als bewusste Konstruktion spezifische Funktionen. Er wird »als Projektionsfläche benutzt, um europäische Bedürfnisse und Fantasien in ein je nach Bedarf nützliches, verspieltes, gefährliches oder prächtiges Gewand zu kleiden«. Zu den Zeiten des Baus der Yenidze charakterisierte das Konstrukt des »Orients« eine »Weiblichkeit«, die mit Passivität, Mystik und Erotik einherging. Zur Nutzung des »Orientbildes« für ökonomische Interessen war eine Projektion von Luxus auf das Bild des Orients ebenfalls hilfreich. Demgegenüber konnte der »Okzident« als männlich und fortschrittlich beschworen werden. In den letzten Jahrzehnten wandelte sich dieses Bild, doch die Konstruktion wurde nicht aufgelöst, sondern passte sich, wie Said es beschrieb, dem europäischen »Bedarf« an. In postsozialistischen Zeiten musste »der Westen« ein neues Gegenüber suchen, an dem die eigene Identität verhandelt werden konnte. Spätestens nach dem 11. September 2001 fand mensch dies in »der arabischen Welt«. Heute beherrschen Bilder von »männlicher Aggression« und gleichsam »unterdrückter Weiblichkeit« das Bild des »Orients«. Erneut kann sich der »Okzident« als »demokratisch«, »frei« oder emanzipiert stilisieren. Diese Gegenüberstellungen sind eine Grundlage für den antimuslimischen Rassismus bei Pegida und Co, wenn diese von einer »Islamisierung« sprechen, die Europa zu unterdrücken versucht, ebenso wie für Rhetoriken von Politiker*innen der CDU, die die Angst vor Terror durch Migration nach Deutschland beschwören. Sie zeigen sich auch dann, wenn das mediale Bild der*des »gütigen« Deutschen als Gegenüber einer Menge hilfsbedürftiger »Flüchtlinge« geschaffen wird.

Den Fokus von den »Anderen« auf das »Wir« verschieben – und unbequeme Fragen stellen.

So ist es möglich, dass Deutschland sich für eine »Willkommenskultur« feiert, während in einigen Teilen Deutschlands, besonders Sachsen, offene Angriffe auf Menschen immer weiter zunehmen. Oder dass in Sachsen eine »Leitkultur« beschworen wird, anhand welcher »Besorgte« die Grenze zwischen »Uns« und »Denen« tatkräftig umsetzen können. Rassistische Mobs vor Unterkünften kann die sächsische CDU relativieren, indem sie Schuld verschiebt. »Die Akzeptanz in der Gesellschaft für Asyl hängt auch von schnelleren Abschiebeverfahren ab«, lautet eine ihrer Reaktionen auf die aktuelle Lage. Wer »die Gesellschaft« ist und wer automatisch von ihr ausgeschlossen wird, ist damit festgeschrieben und unveränderlich. Anstatt offen über Rassismus und seine Kontinuitäten zu sprechen, werden repressive Mittel gegen »die Anderen« eingesetzt. Der Diskurs wird darüber geführt, »wer zu uns passt«, »wer sich integrieren lässt« und ob »wir« das schaffen. Darüber reden, warum »wir« alle Rassist*innen sind, warum »wir« die Lager anzünden und was »mit uns« nicht stimmt, tun »wir« nur am Rand. Es ist nicht nur Pegida oder Schneeberg oder Heidenau, die deutlich machen, was das »Abendland« oder die »Leitkultur« ausmacht. Es ist keine neue Erkenntnis, dass das Problem viel tiefer und weiter zurück liegt, und als solches muss es auch behandelt werden. Seine Ausläufer zeigen sich dann, wenn Polizei und politische Entscheidungsträger*innen gegenüber Blockaden von Anwohner*innen, Brandanschlägen oder Hetzversammlungen nicht handeln und damit ein »Recht« und eine Legitimität suggerieren, die den rassistischen und rechten Bewegungen zu dem Selbstbewusstsein verhilft, welches nach einem Jahr Pegida wieder 10.000 Menschen auf die Straße bringt. Die aktuellen rassistischen Zustände sind leider nicht neu. Sie werden zurzeit auf eine aggressive und gefährliche Art sichtbar. Um zu verstehen, auf welchen Grundlagen gewisse Bilder und Argumentationen aufbauen, bedarf es einer Analyse aus verschiedenen Perspektiven. Die Aufarbeitung der Kolonialgeschichte und die Suche nach postkolonialen Spuren können dabei helfen, rassistische Kontinuitäten zu benennen und vielleicht zu dekonstruieren. Natürlich wird das nicht reichen, um gegen Pegida und die rassistische Grundstimmung in Sachsen anzukommen, aber es ist wichtig, dass sich an gewissen Stellen antirassistische Arbeit und Postcolonial Studies verbinden. ✖

Fußnoten

1 *https://www.epenportal.de/filemanager/storage/dokumente-23802/solidaritaet-leben_integrationermoeglichen_zuwanderung-steuern_final-klein.pdf.*

2 *Vgl. hierzu und für die Zitate L. Bilgic/M. Fabian/C. Schwetasch/R. Stock: Dresdner Orientalismus, in: R. Lindner/J. Moser (Hg.): Dresden. Ethnografische Erkundungen einer Residenz (Schriften zur Sächsischen Geschichte und Volkskunde 16), Leipzig 2006, S. 207-236, hier: S. 207-209, 221. Vgl. zudem die zahlreichen Beispiele für das 19. Jahrhundert bei S. Koppelkamm: Exotische Architekturen im 18. und 19. Jahrhundert, Stuttgart 1987, sowie speziell zur Yenidze ebd., S. 170-173.*



EU-Flüchtlingspolitik

Kommission drängt auf »Hot Spots« und Zwangsverteilung

Pro Asyl

Im September trafen sich die Innenminister der EU zu einer Sondersitzung zum Thema Flüchtlingspolitik. Die dort diskutierten Vorschläge der EU-Kommission zur Verteilung von Asylsuchenden in Europa sind realitätsfern und menschenrechtlich höchst problematisch.

Am Sonntag, dem 13. September, beschloss die Bundesregierung, innereuropäische Grenzkontrollen an den südlichen Grenzen einzuführen, um die aus Ungarn und Österreich nach Deutschland reisenden Flüchtlinge abzuwehren. Damit sollte vor dem Treffen der EU-Innenminister Druck auf andere EU-Staaten ausgeübt werden, damit diese die von der EU-Kommission vorgeschlagenen und von Deutschland unterstützten asylpolitischen Maßnahmen akzeptieren – auf dem Rücken der Betroffenen.

Die Pläne der Kommission im Überblick

Die EU-Kommission schlägt den Mitgliedsstaaten aktuell vor, in den EU-Randstaaten sogenannte Hot-Spot-Zentren festzusetzen. In diesen »Brennpunkten« sollen ankommende Flüchtlinge festgesetzt, registriert und einem Screening unterzogen werden. Beamte von Frontex und dem Europäischen Asylunterstützungsbüro EASO sollen die Behörden vor Ort bei der Identitätsfeststellung unterstützen. Der Kommission zufolge stehen die »operativen Planungen« für Italien und Griechenland kurz vor dem Abschluss: die beiden ersten Hot-Spot-Systeme sollen in Kürze betriebsbereit sein.
Aus Sicht der Kommission dienen die Hot-Spots als eine Art Verteilungsstation zur Umsiedlung von Flüchtlingen in weitere EU-Staaten. Während Flüchtlinge bislang im Rahmen des Dublin-Systems in dem EU-Randstaat, in dem sie angekommen sind, bleiben müssen, sieht das von der Kommission vorgeschlagene Konzept vor, dass zumindest ein Teil der Flüchtlinge in andere EU-Staaten weiterverteilt wird. Das klingt angesichts der katastrophalen Situation in Griechenland, Ungarn oder Italien nicht gänzlich unvernünftig.

Realitätsfernes und unmenschliches Konzept

Tatsächlich ist das Konzept jedoch realitätsfern und menschenrechtlich höchst problematisch. Realitätsfern, da nicht absehbar ist, dass die Kommission ihr Modell, Flüchtlinge gemäß einer Quotenregelung auf die EU-Staaten zu verteilen, gegenüber den Mitgliedsstaaten überhaupt durchsetzen kann.
Schon der Vorschlag, insgesamt 40.000 Schutzsuchende aus Italien und Griechenland auf die anderen EU-Staaten zu verteilen, erntete massiven Widerspruch einiger EU-Staaten, die nicht bereit waren, mehr Flüchtlinge als bisher aufzunehmen. Nach ernüchternden Verhandlungen zeigten sich die Mitgliedstaaten bereit, auf freiwilliger Basis rund 32.000 Flüchtlingen Relocation-Plätze anzubieten.
Dass die Kommission jetzt insgesamt eine Notumsiedlung von 120.000 Flüchtlingen aus Griechenland, Ungarn und Italien vorschlägt, ist daher ambitioniert. Großbritannien und osteuropäische Länder, allen voran Ungarn, haben bereits ihre Ablehnung kundgetan.
Zugleich ist die angepeilte Zahl von 120.000 Relocation-Plätzen lächerlich gering: In Griechenland sind bis Ende August über 250.000 Menschen angekommen – den Plänen der EU-Kommission gemäß sollen nur 50.400 von ihnen auf andere EU-Staaten verteilt werden. In Ungarn sind mehr als 150.000 angekommen – 54.000 sollen verteilt werden.

Internierungslager in den EU-Randstaaten?

Unmenschlich ist das Konzept in mehrerlei Hinsicht. Es dürfte dazu zu führen, dass Flüchtlinge in EU-Randstaaten unter menschen-

unwürdigen Bedingungen in großen Lagern interniert werden. Denn ganz offensichtlich sollen die Hot-Spots der Flüchtlingsabwehr dienen – wie das Dublin-System dürften sie dafür sorgen, dass Flüchtlinge am Rande der EU ausharren müssen, sodass sich die EU-Randstaaten motiviert sehen, Schutzsuchende an ihren Grenzen brutal abzuwehren.

Aus den Hot-Spots in andere EU-Staaten umgesiedelt werden sollen lediglich Schutzsuchende aus Ländern mit einer durchschnittlichen EU-weiten Anerkennungsquote von 75 Prozent. Aktuell beträfe das syrische, eritreische und irakische Flüchtlinge. Menschen, die aus Afghanistan fliehen, wo sich die Sicherheitslage zunehmend verschlechtert, wären von der Umsiedlung bereits ausgenommen. Ein großer Teil der in den Hot-Spots Internierten wird daher keine Chance haben, die Hot-Spot-Zentren zu verlassen – es sei denn im Rahmen einer »Rückführung«.

Forcierte »Rückführungspolitik«

Wer keine Chance auf eine Umsiedlung hat, soll möglichst schnell abgeschoben werden. Das soll eine EU-weite Liste »sicherer Herkunftsländer« erleichtern, um im Schnellverfahren Asylanträge ablehnen und Abschiebungen anordnen zu können. Zunächst schlägt die Kommission vor, Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Serbien in eine solche Liste aufzunehmen, auch die Türkei war bereits im Gespräch. Bedroht ist damit der Kern des Flüchtlingsrechts: die individuelle Einzelfallprüfung im Asylverfahren.

Zugleich soll die »Rückführungspolitik« auf EU-Ebene forciert werden. Denn für die Hot-Spots gilt: Es »soll verhindert werden, dass Antragsteller, bei denen unwahrscheinlich ist, dass ihr Antrag auf Asyl genehmigt wird, umgesiedelt werden und dass sich auf diese Weise ihr Aufenthalt in der EU verlängert«, so die Kommission. Zudem soll das Mandat von Frontex für Rückführungseinsätze gestärkt werden. Unter anderem werde die Schaffung von »Frontex-Schnelleingreifteams für Rückführungen« in Erwägung gezogen.

Zwangsverteilung ist keine Lösung!

Selbst diejenigen Flüchtlinge, die auf Umsiedlung hoffen können, werden im Rahmen des Konzepts in Massenlagern unter menschenunwürdigen Bedingungen ausharren müssen, bis das Auswahlverfahren abgeschlossen und die Überstellung in einen Mitgliedstaat erfolgt ist. Zwar wird ihnen durch die Umsiedlung die gefährliche Fluchtroute über die Balkanstaaten erspart – aber auf die Frage, in welchen Mitgliedstaat sie geschickt werden, werden die Betroffenen aller Voraussicht nach keinen Einfluss nehmen können.

Daher ist weiterhin damit zu rechnen, dass Flüchtlinge ihr legitimes Interesse, dort Schutz zu suchen, wo sie soziale Anknüpfungspunkte und gute Integrationschancen haben, nur durch illegalisierte Weiterflucht verfolgen können. Die Zwangsverteilung aus den Hot-Spots heraus auf andere Mitgliedstaaten wird daher dazu führen, dass Flüchtlinge in Europa weiterhin an den Binnengrenzen der Union auf brutale Abwehr stoßen, Opfer von Schleppern werden, von den EU-Staaten wie Stückgut hin- und hergeschoben werden und immer wieder in menschenunwürdigen Verhältnissen landen. Auch der Konflikt zwischen den EU-Staaten, die jeweils versuchen, die Verantwortung für Flüchtlinge auf jeweils andere EU-Länder abzuwälzen, wird daher kaum entschärft werden.

Free Choice! Für die freie Wahl des Asyllandes

PRO ASYL tritt mit der Diakonie Deutschland, dem Paritätischen Wohlfahrtsverband, der Arbeiterwohlfahrt, dem Jesuiten-Flüchtlingsdienst, dem Deutschen Anwaltsverein, dem Republikanischen Anwältinnen- und Anwälteverein, der Neuen Richtervereinigung und der Rechtsberaterkonferenz daher für eine Regelung ein, die es den Flüchtlingen ermöglicht, ihren Asylantrag im Land ihrer Wahl zu stellen (Erstes Memorandum von 2013, Neuauflage 2015). So wichtig eine solidarische Regelung auch ist, die alle Mitgliedstaaten gemäß ihrer Bevölkerungszahl und Wirtschaftskraft in die Pflicht nimmt: Ungleichgewichte zwischen den EU-Staaten müssen endlich durch Finanztransfers ausgeglichen werden – nicht durch das zwangsweise Hin- und Herschieben von Menschen. ✖

Mehr Infos

✖ *Der Text entstand im September 2015. Aufgrund der sich schnell verändernden Lage, können einige der Informationen und Ankündigungen im Text bereits umgesetzt oder obsolet sein. Für weitere Infos siehe www.proasyl.de.*

Web-Schmonzette, deutsch

Siglinde Hermann

Deutschhilde und ihre Vorzeigefreundin Aysche sind Mitglieder einer Facebook-Gruppe für Wir-Wollen-Ja-Nur-Helfer in einer durchweg mittelmäßigen Stadt in Südhessen. Manchmal posten sie hilfreiche Tips, manchmal gar kontroverse Meinungen.
So lächerlich man Opferwettbewerbe auch finden mag, grotesk wird es, wenn Ottonormaldeutsche sich als Opfer exhibitionieren:

[Akt 1: Aysche postet eine Anleitung zum solidarischen Familiennachzug.]

Hilde 1: Ohaaaa... Ähm... Dann sollte wohl die Gruppe umbenannt werden in »wie verarsche ich die deutsche Solidargemeinschaft und stoße Leute, die ehrlich helfen wollen vor den Kopf« [...]
Hannelore: Hierbei geht es darum zu betrügen und Leistungen zu erschleichen!
Kati 1: Ich finde es mehr wie daneben solch einen Poste zu veröffentlichen und Leute zum betrügen zu animieren. [...]
Jule: interessant was so passieren kann wenn Menschen die »helfen wollen« auf Menschen treffen, die sich selbst helfen... ;) [...]
Anke: Unbedingt sofort löschen. Für mich ist das eine Anleitung zum Betrug und das hier öffentlich zu machen kann bereits strafbar sein.
Hannelore: Was ist dein nächstes Dokument? Scheinehe für Anfänger?
Gudrun: Äppelklau im Supermarkt, weil das auch andere machen???? Du bedienst gerade alle Klischees der Kritiker!!!!
Hannelore: Anscheinend ist es kein Klischee, und das entsetzt mich so!
Aysche: scheinehe findet ihr schlimm – wie sieht es aus mit deutschen männern die asiatische frauen aus dem katalog bestellen?
Melanie: Hier werden grad Äpfel mit Birnen verglichen.....
Angelika: Das ist Betrug! Ich bin entsetzt und raus hier!
Anke: Ich klinke mich
Deutschhilde: Steuernazis seid ihr. Gehts um praktische Hilfe kacken sich die deutschen wieder ein. Ein paar schimmlige Brote mit den Laster vor dem Abschiebelager abladen, dafür habt ihr noch genug Herz, aber alles andere ist Betrug. Ein afghanischer Bauer würde sein letztes Schaf für seine Gäste schlachten, ihr würdet nicht mal euer Sparschwein schlachten. Solidarität muss praktisch werden, Feuer und Flamme den Abschiebebehörden! Biomüll und Abschiebehaft – Das ist deutsche Gastfreundschaft! [...]
Charlotte: Ich finde es eine ehrlich gesagt frech, die Spenden der Bevölkerung als Müll zu bezeichnen. Und ja man kann und muss über vieles reden. Aber hier in der Gruppe geht es doch in erster Linie ums legale helfen, oder?!
Deutschhilde: Ich finde es frech, den Müll nicht als solchen zu bezeichnen und sich dann auch noch selbst auf die Schulter zu klopfen, dass man ihn »umweltfreundlich« entsorgt hat.
Jürgen: Bei aller Unterstützung, bei allem Respekt, das geht zu weit. Die Menschen hier in der Gruppe wollen auf Ihrem Wege etwas dazu beitragen, dass es den Flüchtlingen besser geht. Ominöse Scheinehen für ein Bleiberecht kann keine Lösung sein, mit der wir unS beschäftigen sollten und wollen.
Deutschhilde: »Ja, wir wollten auch keine Juden ins KZ schicken, aber bei uns verstecken? das geht zu weit!« Die Polen, die selbst am verhungern waren, haben oft ihr eigenes Leben riskiert und verloren, um ihre jüdischen Nachbarn zu verstecken. die deutschen nicht mal ihren Hühnerstall. Dieses Land ist einfach zum kotzen und genau um das zu verbergen seid Ihr »aktiv«.
Jürgen: [...] dann verlasse das Land, was du zum kotzen findest. Anonym hier Hass zu Scheren ist ein Unding.

[Akt 2: Aysche postet einen Beitrag darüber, dass Flüchtlinge nun in einem ehemaligen KZ in Dachau untergebracht werden.]

Dilek: Aysche, mir fällt jeden Tag ein stückchen mehr auf, dass Du irgendwie ein problem mit unserem Land hast... du postest entweder etwas, was die stadt D[armstadt]depp aussehen lässt oder Deutschland... was ist los mit Dir? ich werde immer wütender wenn ich die Sachen von Dir lese!

[Akt 3: Aysche postet Informationen zu einer Kundgebung in Frankfurt gegen den Einheitsfeiertag]

CDU Lokalpolitikerin, Abtreibungsgegnerin: Finde das merkwürdig! Die Einheit ist ein Geschenk, und in dieser Gruppe geht es um eine sehr große Herausforderung dieser Tage! [...]
Nils: Auch mir geht allmählich diese anti anti Haltung völlig auf den Zeiger ...NUR NEGATIV null konstruktiv ... was soll das???
Putin-Fan: Ahhh, die Links-Faschisten präsentieren sich hier als Gutmenschen und Flüchtlingshelfer! Genau diese Leute haben von dem Zusammenleben in einer Gesellschaft soviel Ahnung wie ich vom Kühe-Melken...! Und diese Leute sollen dafür sorgen, dass Flüchtlinge in unsere Gesellschaft integriert werden? Na dann Gute Nacht! [...]
Martin: So, diejenigen die sich für die Flüchtlinge einsetzen sollen jetzt also gegen den Staat (also uns alle), welcher jene aufnimmt, instrumentalisiert werden. Na herzlichen Dank. Ich für meinen Teil freue mich auf den 3. Oktober und 25 Jahre deutsche Einheit!
Jochen: ..... von den flüchtlingen ist nur ein bruchteil bereit sich hier zu integrieren.... leider..... wir feiern auch den 3. oktober und das lassen wir uns nicht nehmen!



Halt die Klappe, bis Du denken kannst, Sigmar Gabriel!

Was ist »undeutsch«?

Jutta Ditfurth

Sigmar Gabriel, mit einem Tross von Journalisten und Kapitalvertretern in Sachsen unterwegs, musste wohl auch mal einen Anschlagsort sehen und fuhr am 24.8.2015 nach Heidenau. Da hatte der rassistische Mob schon zwei Tage lang gewütet. Die Polizei, von den Nazis attackiert, hatte Antifaschist*innen krankenhausreif geschlagen, was die meisten Medien zu erwähnen vergaßen. Waren ja nur Linke.

Monate zu spät kam Gabriel, aber zwei Tage vor Merkel. Das zählt im edlen Wettbewerb staatstragender Parteikonkurrenz und bei der Pflege des Images des deutschen »Standorts«.

War Gabriel empathisch mit den angegriffenen, um ihr Leben fürchtenden Flüchtlingen? Ich habe nichts davon gelesen. Will er die Abschaffung des Asylrechts (unter Mitwirkung der SPD 1992/1993 faktisch aus dem Grundgesetz entfernt) rückgängig machen, weil er sich endlich dafür schämt? Nein. Will er Roma in Deutschland zu einem glücklichen Leben verhelfen? Niemals! Alles »Westbalkan«, wo immer dieses Land liegt. Hat er sich je klar und deutlich gegen Rassismus gestellt? Nein.

Der ach so deutsche Vizekanzler und Bundeswirtschaftsminister Gabriel fährt nach Heidenau und sagt wörtlich: »Man darf diesen Typen, die sich hier in den letzten Tagen ausgebreitet haben, keinen Millimeter Raum geben. In Wahrheit sind es die undeutschesten Typen, die ich mir vorstellen kann.«

»Undeutsch« sagt der deutsche Vizekanzler. Eine Aussage in jeder Hinsicht so furchtbar dumm, reaktionär, nationalistisch und ahistorisch.

Die Nazis verwendeten den Begriff »undeutsch« gegen ihre zur Vernichtung vorgesehenen »Volksfeinde«. Der Begriff ist kein Spielzeug für Politiker*innen, denen zum mörderischen Rassismus wenig und wenn, dann zu spät was einfällt. Der Begriff steht nicht zur freien Verfügung und Umdeutung, auch nicht für einen ach so deutschen Vizekanzler und Sozialdemokraten.

Wer »undeutsch«-sein als Schimpfwort verwendet, unterstellt, dass »deutsch«-sein etwas Positives ist. Das lässt auf eine, möglicherweise verborgene, deutschnationale Position schließen. Wie kommt so ein nationalistischer Schrott in des Vizekanzlers Kopf?

Rassist*innen, Antisemit*innen und Nazis sind »undeutsch«? Echt? Quatsch. Gegenteil. Sie sind sehr, sehr deutsch. Mörderischer Rassismus ist ein fester Bestandteil der Geschichte des Deutschen Reichs und Deutschlands. Dafür muss man aber die deutsche Geschichte kennen.

Mörderische Rassist*innen werden seit kurzem nicht mehr »besorgte Bürger« genannt. Gut. Stattdessen nennen staatstragende Politiker*innen, manche Medien und die Polizei sie jetzt aber »Asylkritiker«. 1933 galten Bücher von Brecht und Seghers, von den Mann-Brüdern und Kästner und vielen mehr als »undeutsch«. Vermutlich handelte es sich bei denjenigen, die ihre Werke ins Feuer warfen, um »Literaturkritiker«?

Der Vorlauf der gegenwärtigen Ereignisse bestand in dem vergifteten Begriff »Israelkritik«, der für kein anderes Land der Welt vergleichbar existiert.

Die Fähigkeit zur radikalen, aufklärerischen Kritik gilt unter gebildeten Menschen weltweit als Schatz, Praxis des Verstandes und notwendige Voraussetzung eines verwirklichten Humanismus. Aber wenn der nationale Deutsche ausnahmsweise einmal das Wort »Kritik« verwendet, müssen die »Kritisierten« offensichtlich um ihr Leben fürchten.

Die SPD-nahen Medien *Frankfurter Rundschau* und *taz* waren fast zärtlich zu Sigmar Gabriel und »redigierten« seine Aussage, sorgten dafür, dass die peinlich-dumme »undeutsche« Botschaft nicht zu weit reiste. Die *Frankfurter Rundschau* (25.8.2015) schrieb: »Pack« habe Gabriel gesagt. »Undeutsch« fehlt. Die *taz*, die kürzlich noch mit drei unkritischen Nachrufen zu Egon Bahr auffiel, schrieb über Gabriel in Heidenau: »Auch Sigmar Gabriel zeigte Verständnis. Die Regierung müsse die Sorgen der eigenen (!) Bevölkerung ernst nehmen. Der Staat dürfe gegenüber den Nazis keinen Millimeter zurückweichen. Und dann nennt er sie ›Pack‹.« »Undeutsch« fehlt. Nur das *Neue Deutschland* (25.8.2015) bringt das Zitat, wenn auch eingebettet in eine Erklärung.

Die vollständige Aussage von Gabriel hörte ich am 24.8.2015 nur zweimal in den TV-Abendnachrichten von ARD und ZDF, dann nicht mehr. Im WDR-Fernsehen wurde sie gleich geschnitten.

Mein Rat an Sigmar Gabriel: Halt die Klappe, bis Du denken kannst! ✖

P.S.: »Das sind Leute aus dem Rand der Gesellschaft ...«, hat Gabriel zum »Pack« auch gesagt. Das wird Thilo Sarrazin und Co. schwer kränken.

Mehr Infos

✖ *Dieser Text stammt vom 25.8.2015 und ist der Internetseite www.jutta-ditfurth.de entnommen.*

»Nur um Ausländer«

Ein kurzer Streifzug durch Datenbanken gegen Nichtdeutsche

Datenschutzgruppe der Roten Hilfe Heidelberg

Von Frontex bis zur einsamsten Gemeinde äußern sich derzeit so gut wie alle als »überlastet« von »Flüchtlingswellen«. So dämlich das ganze Narrativ ist, nicht überlastet sind jedenfalls die vielen großzügig dimensionierten Computersysteme, die BRD und Freunde gegen Menschen in Stellung bringen, die nicht ihre Bürger sind. In diesem Artikel wollen wir eine repräsentative Auswahl davon kurz vorstellen und einen Eindruck geben von der technischen Abbildung »des Ausländers« im gesamtstaatlichen Geist.

Das Flaggschiff der Datenbanken in der Migrationskontrolle ist das berüchtigte Ausländerzentralregister (AZR), dessen Name schon seine Wurzeln ahnen lässt: die Ausländerzentralkartei von 1938. 1967 wurde es zur elektronischen Datenbank, Jahre, bevor die Polizei-EDV ab 1973 diesen Weg nahm. Und es brauchte das Bundesverfassungsgericht, um 1983, 16 Jahre nach der Inbetriebnahme, den völligen Mangel an rechtlichen Beschränkungen für das AZR zu rügen. Auch das war für den Gesetzgeber kein Grund zur Beunruhigung – erst 1994, nach fast 30 Jahren Betrieb nach Gutsherrenart, bequemte sich der Bundestag, ein paar Regeln zu verabschieden: das Ausländerzentralregistergesetz AZRG.

Die fast totale Wurstigkeit gegenüber Menschenrechtsverletzungen ist charakteristisch für diesen Zweig repressiver EDV: Es geht ja »nur um Ausländer«. Deshalb war es keine Überraschung, dass der EuGH 2008 auch das 1994er AZRG im Hinblick auf die Behandlung von EU-Bürger_innen rügte, worauf dieses Mal schon nach vier Jahren eine (schwache) gesetzgeberische Reaktion erfolgte. Doch, so die Bundesdatenschutzbeauftragte in ihrem Bericht in diesem Jahr, sind bis heute noch nicht mal diese lausigen Liberalisierungen voll umgesetzt.

Daten im Zentralregister

Sprich: Das AZR ist eine Zone permanenter Übergriffe in Grundrechte von Nichtdeutschen. Wer sich als solcher in den letzten zehn Jahren legal länger als drei Monate in der BRD aufgehalten oder einen Asylantrag gestellt hat, bei der Einreise Schwierigkeiten hatte, nach Ansicht der Behörden mit nicht genehmen Politorganisationen sympathisierte, abgeschoben wurde oder vielleicht auch beim Versuch, als Spätaussiedler einzureisen, abgeblitzt ist, steht drin. Das Bundesverwaltungsamt (BVA; die betreiben das AZR für das BAMF) rühmt sich, 26 Millionen personenbezogene Datensätze in der Datenbank zu halten – wegen Doubletten u.ä. dürften insgesamt etwas weniger Menschen betroffen sein, doch klar ist, dass der Staat eine Vollerfassung derer anstrebt, die mal in seiner Hand waren.

Über diese speichert er einen im Vergleich zu modernen Polizeisystemen noch überschaubaren Datensatz. Neben Grundpersonalien (also Name, Geburtsdatum und -ort, Staatsangehörigkeiten) gehören dazu Daten zu Ein- und Ausreisen, Familienstand, die letzten paar Wohnorte, ggf. auch im Herkunftsland, Status und Einschneidungen dazu sowie Verweise auf Akten der einspeisenden Behörden. Dazu kommt für die meisten ein Foto, das auch als Suchkriterium genutzt wird. Mehr morbide als gruselig ist die Speicherung des Sterbedatums, denn auch nach Tod oder Ausreise bleiben die AZR-Daten für zehn Jahre im Computer.

Auf der anderen Seite stehen im AZR trotz jahrzehntelangen Bettelns der zuständigen Behörden keine Fingerabdrücke – vermutlich vor allem, weil die wenigsten teilnehmenden Behörden die technische Infrastruktur haben, um etwas damit anfangen zu können –, keine Volltextfelder, keine Angaben zu Flug- oder Waffenscheinen, noch nicht mal flächendeckend Angaben zu vermuteten Mitgliedschaften bei Politgruppen, die allenfalls – quasi kollateral – als Speichergrund im 129er-Bereich auftreten, den politischen Paragraphen im Strafgesetzbuch zur Bildung terroristischer Vereinigungen. Zum Aufatmen ist es zu früh: Für diese Dinge hat der Staat andere Datenbanken.

Gegenüber diesen kennzeichnet das AZR aber die weite Streuung der Daten. Das BVA selbst schätzt, etwa 100.000 Nutzer_innen in 8.500 »Partnerbehörden« zu haben, zu denen neben Justiz, allen Polizeien, den Geheimdiensten, dem Zoll und der BA für Arbeit auch eher unwahrscheinliche Kandidaten wie Luftsicherheitsbehörden und die Atomaufsicht gehören. Sogar das Rote Kreuz bedient sich z. B. bei der Familienzusammenführung aus dem AZR, und Daten dürfen fast voraussetzungslos an andere Staaten und internationale Organisationen verschoben werden.

Während mensch aus dem AZR nur durch Einbürgerung entkommen kann, ist gegen die Datenweitergabe immerhin ein schwaches Kraut gewachsen: Mensch kann im AZR »Übermittlungssperren« einrichten lassen, die allerdings nicht gegen deutsche Behörden wirken und auch nicht gegen Übertragungen im deutschen Nationalinteresse. Für die Einrichtung der Sperre muss mensch als Betroffener ein »schutzwürdiges Interesse« geltend machen.[1]

Die Extra-Entrechtung von Nichtdeutschen äußert sich in einer weiteren Sonderregelung, die es in der Form in normalen Polizeidatenbanken nicht gibt: der Gruppenauskunft. Dabei darf die Polizei grob unvollständige Anfragen einreichen, woraufhin das System unter Umständen sehr viele Einträge zurückliefert. Technisch ist das nicht von einer Rasterfahndung zu unterscheiden, doch im Gegensatz zu dieser kann die Polizei solche Gruppenauskünfte spontan und nach Gutdünken anfordern. Die Verleihung des Big Brother Awards an das BVA für das Lebenswerk AZR im Jahr 2006 erscheint unter diesem Gesichtspunkt fast noch schmeichelhaft. Oh, und: Zur großen 9/11-Rasterfahndung gingen natürlich auch die Daten von 5 Millionen Menschen aus dem AZR ans BKA.

AZR nicht allein

Als wäre das AZR nicht schon schlimm genug, bringt die Staatsgewalt noch eine große Zahl anderer EDV gegen Nichtdeutsche in Stellung. Das BVA selbst betreibt zusätzlich die Visadatei mit Menschen, die bei deutschen Stellen Visa beantragt haben, und

die Visa-Warndatei, in der Menschen landen, die Einladungen in Visaverfahren aussprechen und den Behörden unheimlich sind.
Das BAMF in Eigenregie verarbeitet Menschen, die es durch Asylverfahren zieht, in einem eigenen System namens MARIS – was zynischerweise für Migration, Asyl, Rückkehrförderung, Integration und Sicherheit steht –, das u. a. den gesamten Papierkram zu Asylverfahren in elektronischer Form enthält. Wie bei Vorgangsverwaltungen dieser Art auch bei Datenbanken gegen Inländer_innen üblich, wird sehr hemdsärmelig so viel wie möglich gespeichert.
Daneben gibt es den breiten Bereich der gegen Nichtdeutsche gerichteten Polizei-EDV. Am bekanntesten ist wohl die Anti-Terror-Datei – allein der Name könnte verlogener nicht sein –, deren haarsträubendes Prinzip (Polizei und Geheimdienste füttern wüste Spekulationen und Freitexte in eine gemeinsame Datenbank) wohl auch deshalb ohne ernsthafte Diskussion abgenickt wurde, weil es ja »nur gegen Ausländer« ging. Zum Trost sei erwähnt, dass seit 2012 analog die RED besteht, in der auch deutsche Nazis gespeichert werden.
Speziell gegen Nichtdeutsche gerichtete Teildateien des großen BKA-Systems INPOL sind eine von den Länderpolizeien genutzte Datei über, so das BKA, »politisch motivierte Ausländerkriminalität«, genannt »Gewalttäter Aumo«, die allerdings bisher allenfalls ein paar hundert Einträge hatte, sowie die speziell auf Islamismus konzentrierte Datei DABIS, die vor ein paar Jahren größenordnungsmäßig 10.000 Personen und 3.000 Organisationen verzeichnete. Doch speichert die Polizei auch in ihrer normalen EDV lieber Nichtdeutsche als Deutsche; besonders krass in der Hinsicht war die baden-württembergische »Arbeitsdatei politisch motivierte Kriminalität« des dortigen Staatsschutzes, in der Menschen türkischer Herkunft schon mal gespeichert wurden, weil sie die Sperrstunde nicht eingehalten oder auch nur ein Taxiunternehmen angemeldet hatten.

Europäischer Grusel

Der eigentliche Schwerpunkt der Verdatung von Migrant_innen im weiteren Sinne hat sich inzwischen auf die EU-Ebene verlagert. Die Schwergewichte sind da SIS und VIS.
SIS, das Schengener Informationssystem, sollte einst »Sicherheitslücken« ausgleichen, die reaktionäre Innenpolitiker durch den (vorübergehenden?) Wegfall der Grenzkontrollen durch den Schengener Vertrag herbeifantasierten. Im Groben ist es als Fahndungssystem ausgelegt, in dem auch nach Vermissten oder Staatsfeinden gesucht werden kann. Der überwiegende Teil (in 2011 ca. 700.000 von 800.000) der gespeicherten Personen sind aber Nicht-EU-Bürger_innen, die zur Einreiseverweigerung ausgeschrieben waren.
Überflüssig zu erwähnen, dass bei diesen Ausschreibungen kein Auge trocken bleibt; so hat der hessische Datenschutzbeauftragte 2008 geprüft, wie es bei Verlängerungen solcher Ausschreibungen (nötig alle drei Jahre) eigentlich zuging, und sah sich die 25 derartigen Fälle aus dem Kreis Bergstraße in Hessen an. Fünf davon hätten schon formal erst gar nicht ausgeschrieben werden dürfen, bei weiteren dreizehn hatte offensichtlich überhaupt keine Prüfung stattgefunden. Speziell bei diesen, im Behördenjargon wohl immer noch als Artikel-96-Ausschreibungen bezeichneten Speicherungen (richtiger wäre heute Artikel 24 des Schengener Abkommens), dürfte sich eine Anfechtung also nicht selten lohnen.
Ein neueres Monster der Totalüberwachung ist VIS, das Visa-Informationssystem der EU. Es soll zu allen Menschen, die ein Schengen-Visum beantragen, ein dickes Datenpaket inklusive Foto und Fingerabdruck enthalten. Auf diese Daten können dann auch die Polizeien im Schengenraum zugreifen, was insgesamt so nach Orwell-Dystopie klingt, dass es kaum glaublich erscheint – aber es geht ja »nur gegen Ausländer«. VIS ist immer noch nicht global ausgerollt, so dass das ganze Ausmaß des Schadens noch nicht fest steht. Offizielle Schätzungen prognostizieren im Vollausbau 20 Millionen Datensätze pro Jahr, bei fünf Jahren Speicherfrist rund 70 Millionen Datensätze total – mit Fingerabdrücken.
Genau die stehen schon dem Namen nach im Zentrum des seit 2003 laufenden EURODAC, dem Wegbereiter der großen europäischen Biometriedatenbanken: Nach EURODAC sollen die Mitgliedstaaten Fingerabdrücke von Asylberwerber_innen speichern, damit diese, wenn sie in anderen Mitgliedsstaaten aufgegriffen werden, gemäß Dublin II-Regeln wieder in den ersten Staat zurückgebracht werden können.

Was tun?

Gegen die Speicherung in Datenbanken wie dem AZR, VIS oder gar EURODAC ist für Betroffene kaum etwas zu machen, von politischem Widerstand gegen die Systeme oder illegaler Einreise und Leben im Untergrund einmal abgesehen. Speicherungen bei der Polizei und im SIS sind allerdings, wie die Beispiele oben illustrieren, insbesondere bei Nichtdeutschen regelmäßig und teilweise grotesk rechtswidrig.
Ein erster Schritt, um sie wegzubekommen, ist ein Auskunftsersuchen. Von den Geheimdiensten abgesehen, haben alle Behörden eine Auskunftspflicht gegenüber ihren Opfern. Sie machen es diesen allerdings nicht immer einfach; der Betreiber des AZR etwa verlangt eine beglaubigte Unterschrift, und auch ansonsten kann es ohne deutschen Personalausweis schon mal schwierig werden. Dennoch: Schickt Auskunftsersuchen. Unser Auskunftsgenerator (https://datenschmutz.de/auskunft) hilft für einige der erwähnten Behörden; fürs AZR sind wir noch am Grübeln, da empfehlen wir bis auf weiteres die Auskunftsformulare des BVA.
Und wenn ihr was rauskriegt: Sagt uns Bescheid – nur gemeinsam können wir den Dschungel der EDV gegen Nichtdeutsche ein wenig durchblicken. ✖

Mehr zum Thema

- *https://datenschmutz.de*
- *PGP Fingerprint: a3d8 4454 2e04 6860 0a38 a35e d1ea ecce f2bd 132a*

Fußnote

1 *Wir würden als solches gerne mal »informationelle Selbstbestimmung« probieren und helfen ggf. bei der Formulierung der Anfragen (Kontakt siehe Internetseite).*

Zum Wohle der Kinder – Intervention, Assimilation und Ideologie

Umgang mit indigener Bevölkerung in Australien

Felix Heese

Ohne eine interne Legitimation für ihr Handeln hätten die EuropäerInnen die Welt vermutlich nicht unter sich aufteilen können. Die Herrschaft über andere Völker und Länder wurde daher mit der moralischen (und »rassischen«) Überlegenheit des Westens begründet. Die ewig gestrigen Völker außerhalb Europas brauchten eine starke Hand, die sie führte. Dass eigentlich gänzlich andere Beweggründe der Kolonialisierung vorausgingen, vor allem wirtschaftliche, ist dabei unerheblich. Das westliche Wissen über diese »minderwertigen Wilden« half dabei, eine unüberbrückbare Unterscheidung zwischen gutem Westen und »zurückgebliebenen« anderen zu etablieren, welche dem Westen Autorität gab, zu herrschen und zu unterdrücken.

Orientalismus

Diese westliche Herrschafts-Ideologie beschrieb Edward Said in seiner Grundlagenarbeit des Postkolonialismus: *Orientalismus*. Anhand des westlichen Konzepts vom »Orient« zeigt er auf, wie vermeintlich objektive, wissenschaftliche Betrachtungen tatsächlich einen eingeschränkten Diskurs über den »gefährlichen« Orient darstellen und helfen, die westliche Herrschaft über den Orient zu legitimieren.

Laut Said existiert »der Orient«, im westlichen Sinne, nicht real, sondern stellt ein künstliches System von Kategorien und Repräsentationen dar. Es ist somit ein westliches Wissenssystem, welches den »orientalen Anderen« festgeschriebene Werte zuweist (irrational, wild, kindlich, gefährlich), während der Westen als rational, tugendhaft, erwachsen und normal dargestellt wird. Darüber hinaus wird »dem Orient« jegliche Möglichkeit der Entwicklung abgesprochen – er ist somit statisch und nicht anpassungsfähig. Diese fundamentale Unterscheidung zwischen moralisch überlegenem »guten« Westen und minderwertigem »schlechten« Orient stellt das essentielle Wissen des Westens dar, durch welches »der Orient« als Konzept erst geschaffen wird. Das Wissen über »den Orient« entwickelte sich aus einer Position der Stärke heraus und *kreiert* somit diesen Orient, die Orientalen und ihre Welt[1]. Gleichzeitig werden das Denken und der Diskurs über den Orient durch westliches Wissen, Vokabular und westliche Werte eingeschränkt.

Die Stärke des Orientalismus ist somit, dass westliche Herrschaft über den Orient als Naturgesetz erachtet wird – eine unvergängliche, vermeintlich objektive wissenschaftliche Wahrheit. Dieses Wissen über einen Gegenstand wie den Orient zu haben, bedeute, ihn zu dominieren, da er nur so existiert, wie wir es kennen.

Als Wissenssystem dient Orientalismus dazu, das Konzept des Westens als allen anderen Wissenssystemen überlegen zu sichern und zu verstärken. Als Ideologie schafft Orientalismus eine imaginative Unterscheidung zwischen fortschrittlichem Okzident und unterentwickeltem Orient. Diese Ideologie des Orientalismus, Herrschaftswissen als »objektiv« darzustellen, zeigt die Verbindung zwischen Wissen und Macht auf.

Kolonie Australien

Das Konzept von Orientalismus lässt sich ohne weiteres im Umgang weißer Siedler mit den indigenen Australiern wiederfinden. Die Unterscheidung zwischen Macht und Schwäche, westlichem (»weißem«) und »anderem« Wissen tritt auch hier zu Tage.

Mit der Besiedlung Australiens wurde der gesamte Kontinent mit seinen über 250 indigenen Sprachen kurzerhand zu *terra nullius* (Niemandsland) erklärt – unbewohntem, unbeanspruchtem Land. Das traditionelle Gewohnheitsrecht der indigenen Australier wurde von den »zivilisierten« Eroberern (anfangs hauptsächlich Verurteilte und Soldaten) ebenso wenig anerkannt wie ihre traditionelle Verbundenheit mit dem Land ihrer Vorfahren sowie ihre Kultur und Lebensweise. Das neue, westliche System machte – wie auch anderswo auf der Welt – schnell seinen Anspruch auf Alleinherrschaft deutlich. Das traditionelle Beilegen von Konflikten durch nicht-tödliche Speerwürfe seitens der indigenen Australier wurde von den Siedlern als Aggression aufgefasst und mit Vergeltungsaktionen bestraft. Neben diesen Vergeltungsaktionen der Siedler starben viele indigene Australier an eingeschleppten Krankheiten, wobei ein Vorsatz hier nicht auszuschließen ist.

Je länger die Neuankömmlinge blieben und je mehr sie sich ausbreiteten, umso heftiger wurde der einheimische Widerstand gegen den Diebstahl ihres Landes und die Missachtung ihrer Traditionen und heiligen Stätten. Die weißen Siedler – oftmals gestützt vom Militär – schlugen mit voller Gewalt zurück. Sie rotteten ganze »nations« von Aborigines in Australien sowie Tasmanien aus und verbannten sie von ihrem Land in Missionen und Reservate.

Stolen Generation

Dem immer größer werdenden Strom an weißen Siedlern konnten die indigenen Australier nichts entgegensetzen. Massaker an der indigenen Bevölkerung ziehen sich bis weit ins 20. Jahrhundert hinein. Ab 1890 wurden dann gezielt sogenannte »Mischlingskinder« (»half-casts«) aus den indigenen Gemeinden geholt und in westliche Schulen oder Missionen gebracht. Ab 1909 wurde diese Praxis rechtlich legitimiert durch den *Aborigines Protection Act*. Die Beweggründe dafür waren vielfältig: Entgegen dem Gesetzestitel dürfte die Hauptmotivation allerdings das »Aussterben der Aborigine-Rasse« gewesen sein. Nach damaliger Ansicht hätten die indigenen Gene innerhalb von drei Generationen ausgerottet

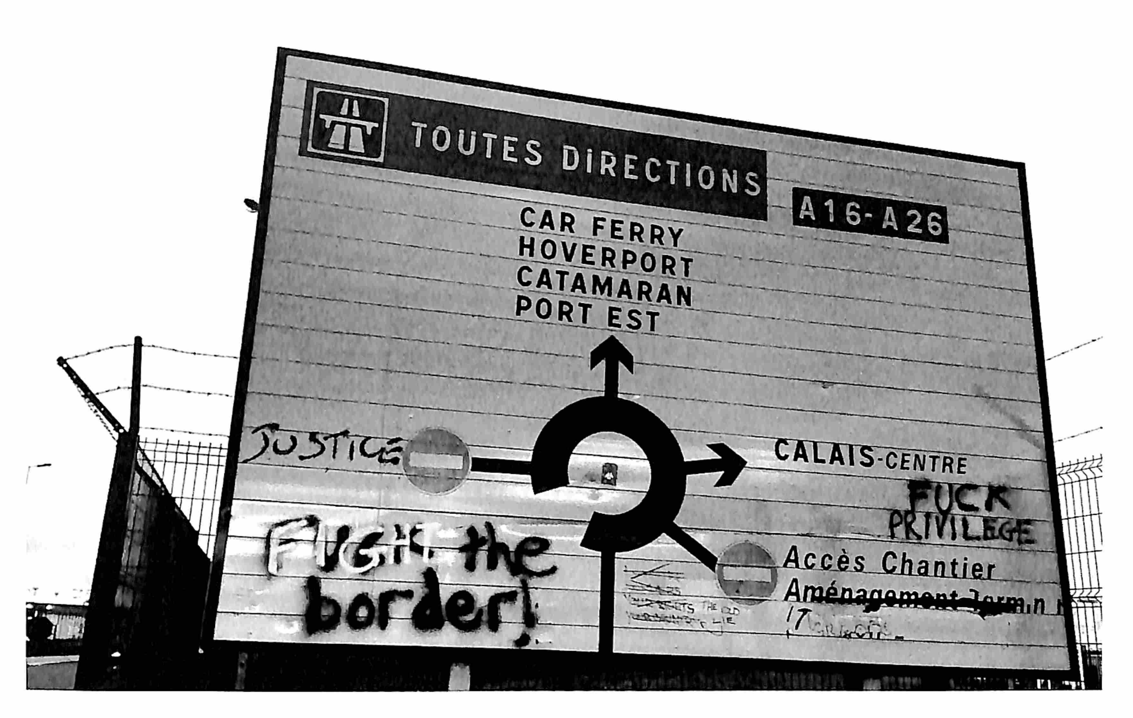
werden können. Auch die bessere Assimilation in die weiße Gesellschaft sowie das Aussterben der Kultur der indigenen Population, welche auf mündlicher Übertragung basierte, waren gewollt. Nach außen wurde vor allem der »Schutz der Kinder« kommuniziert. Nach ihrer Ausbildung in weißen Institutionen wurden viele indigene Kinder auf Farmen oder in weiße Familien geschickt, wo sie als Diener oder Hilfskräfte arbeiteten. Viele wurden dort, zusätzlich zum Trauma der Entwurzelung, missbraucht und misshandelt oder wie Leibeigene gehalten. Auch die aus Vergewaltigungen entstandenen Kinder wurden ihren Müttern genommen. Diese Praxis der institutionellen Entführung von Kindern wurde erst 1970 eingestellt. Den Schutz von Kindern als Legitimationsgrundlage für Gesetze anzugeben, die offensichtlich gegen die kulturelle Selbstbestimmung der indigenen Australier abzielen, ist auch heute noch Praxis in Australien.

Intervention

Ein sehr radikales Beispiel für diese Politik der Bevormundung unter dem Deckmantel des Kindeswohls ist die *Northern Territory Emergency Response* (Intervention) von 2007. Nach der Veröffentlichung eines Berichts über katastrophale Zustände in abgelegenen indigenen Gemeinden im Norden Australiens (*Ampe Akelyernemane Meke Mekarle* – ›Little Children are Sacred‹) beschloss die damalige Howard-Regierung, den indigenen Gemeinden viele ihrer hart erkämpften Rechte zu entziehen und eine »weiße Lösung« für ein »indigenes Problem« anzuordnen.
Der Bericht selbst gab 97 Empfehlungen, um weit verbreiteten Alkohol-, Drogen- und Kindesmissbrauch einzudämmen und den Lebensstandard in den Gemeinden zu verbessern. Lediglich zwei dieser Empfehlungen wurden umgesetzt. Bereits eine Woche nach Erscheinen des Berichts wurde klar, in welche Richtung die Maßnahmen der Regierung gehen würden: Sozialhilfezahlungen wurden unter »Quarantäne« gestellt, Alkohol und Pornographie wurden verboten (Letzteres mittels der Überwachung von Computern in den Gemeinden), und zahlreiche Änderungen in den Bereichen Job, Wohnraum und Landbesitz wurden angekündigt. Die radikalsten Änderungen waren das Aufheben der kommunalen Selbstverwaltung (welche den Zugang von Außenstehenden zu den Gemeinden nur mit Erlaubnis der Ältesten regelte) sowie die Änderung der Grundbesitz-Rechte indigener Kommunen. Besonders der letzte Punkt rief starken Protest hervor, da das 1976 anerkannte traditionelle System indigenen Grundbesitzes damit aufgehoben wurde und darin eine Enteignung gesehen wurde.
Schließlich wurde ein »General Business Manager« mit solch weitreichenden Befugnissen eingesetzt, wie sie nie ein indigener Landbesitzer hatte. Hier wurde endgültig die Ideologie von Assimilation deutlich: eine Volksgruppe mit abweichenden Werten und Bräuchen der neoliberalen Logik vom »Freien Markt« zu unterwerfen. Es spricht ebenfalls für das Durchsetzen einer klaren ideologischen Linie und dem Grundgedanken, Autorität über eine vermeintlich minderwertige Kultur zu beanspruchen, dass kein einziger Ältester der indigenen Gemeinden zur Lage und eventuellen Verbesserungen angehört wurde. Das Gesetz wurde über die Köpfe der Betroffenen hinweg und unter Missachtung des *Racial Discrimination Act* von 1975 verabschiedet, der Gesetze und Maßnahmen verbietet, welche nur auf eine Minderheit und nicht die gesamte australische Bevölkerung abzielen. Die Logik des Orientalismus wird hier deutlich: Das Herrschaftswissen über die indigenen Australier, ihre vermeintliche Unfähigkeit, sich zu entwickeln und Probleme zu lösen, wurde angewendet, um »ihnen zu helfen«. Der »moralisch überlegene« Westen *musste* den »anderen« aus ihrer Lage helfen.
Das eigentliche Gesetz zur Intervention wurde innerhalb von nur zehn Tagen durchs Parlament gejagt – immerhin ein 500 Seiten Dokument. Nach massiven Protesten über diese überhastete Verabschiedung wurde eine eintägige Senatsanhörung veranlasst, welche nach sechstägigen Beratungen allerdings keine Änderungen akzeptierte, obwohl 67 von 70 Einwänden der Intervention und ihrer überhasteten Verabschiedung kritisch gegenüber standen oder diese vollständig ablehnten.
Die Intervention und ihre übereilte Verabschiedung wurden mit der akuten »Notfall-Situation«[2] und dem »Wohl der Kinder« gerechtfertigt – die gleiche Legitimation, die während der Stolen Generations genutzt wurde. Die Probleme, die im *Little Children Are Sacred*-Report dargestellt wurden, waren seit mehr als 20 Jahren bekannt und haben nie eine weitreichende Beachtung gefunden. Auch die Howard-Regierung hat in ihren 11 Jahren an der Macht nichts zur Verbesserung in den indigenen Kommunen unternommen, sondern im Gegenteil Geldmittel gekürzt. Dieser plötzliche Sinneswandel wurde von Kritikern der Intervention auch mit der bevorstehenden Wahl und den steigenden Umfragewerten von Howards Gegner Kevin Rudd in Verbindung gebracht.
Rudd gewann die Wahl schließlich und führte die Intervention mit leichten Änderungen weiter, genau wie seine NachfolgerInnen nach ihm. Damit wird deutlich, dass der Gedanke des Orientalismus weiterhin und parteiübergreifend vorherrscht. Im Jahr 2015, diesmal unter Premierminister Tony Abbott, wurde schließlich ein Vorhaben bekannt, indigenen Gemeinden im abgelegenen Westen Australiens den Geldhahn zuzudrehen, da die Unterstützung »zu teuer« sei.
Die alternative Weltanschauung und das alternative Wissen der indigenen Australier werden vom australischen Mainstream oft als dem Westen unterlegen angesehen – als veraltet und subjektiv. Diese Tendenz gilt für alle Wissenssysteme, die nicht dem vermeintlich »objektiven« westlichen entsprechen. Dass Saids Orientalismus auch heute noch anwendbar ist, zeigt, dass um die imperialistisch-kolonialistische Ideologie aus den Köpfen zu tilgen, noch viel getan werden muss.
Immerhin hat die Regierung Rudd im Jahr 2007 erstmals eine offizielle Entschuldigung für die Stolen Generations ausgesprochen – mehr als 100 Jahre nach dem Beginn der Praxis. ✖

Fußnoten

1 *Vgl. Edward Said: Orientalism 1978*
2 *Vgl. zur Verwendung dieser Rhetorik: Naomi Klein: The Shock Doctrine*



Willkommen in Calais

Zur aktuelle Situation Geflüchteter im »Dschungel«

Calais Migrant Solidarity – Übersetzung Joana Rendelmann

Seit der Eröffnung des »Jules Ferry«-Tageszentrums Anfang 2015 und somit der Schließung vieler autonomer Einrichtungen leben die meisten Menschen in Nähe dieser Einrichtung in einem inoffiziellen, aber tolerierten »Dschungel«. Das Zentrum ist Anlaufstelle zum Duschen, für eine tägliche warme Mahlzeit und zum Aufladen der Handys. Es wurde ebenfalls ein Frauen- und Kinderhaus eingerichtet. Dieses Zentrum schafft einen Raum, einen Dschungel, der ohne drohende Zwangsräumung Unterschlupf bietet.

Auch wenn es sehr verführerisch scheint, die Situation als Erfolg anzusehen und als positive Antwort auf die teilweise legalisierten Besetzungen und politischen Probleme, die sich seit Jahren um die Unterkünfte von Migranten gebildet haben, wäre dies eine naive Annahme. Es ist das Ergebnis französischer und britischer Abkommen – mit der Stadtregierung in Calais ein Kompromiss, da niemand die Migranten aus Calais will. Diese Abkommen machen es jedoch noch schwerer, nach Großbritannien einzureisen, und gleichzeitig werden die Migranten aus Calais-Stadt herausgedrängt.

Für die lokale Regierung ist das Tageszentrum und die Tolerierung des umgebenen Dschungels Teil einer umfassenderen Strategie: Calais frei von Besetzern zu halten – so die Bürgermeisterin der Stadt. Die autonomen Freiräume wurden durch die von der neuen Bürgermeisterin Calais initiierte Gesetzesinitiative beseitigt. Zu Beginn des Sommers wurde auch der landesweite Schutz aller Besetzer ausgehebelt. Das Tageszentrum gilt somit bereits als vorbeugende Maßnahme zur Legitimation des Vorgehens gegen Besetzungen, da diese Unterkunft ja bereits zur Verfügung steht.

Durch die hohe Konzentration an Migranten auf einer so kleinen Fläche sind sie zugleich leichter zu kontrollieren. Seit Errichtung des Dschungels kam es zu häufigen Polizeieinsätzen, bei denen dieser gewaltsam geräumt wurde. Damit demonstrierten die Stadt und die Polizei ihre Position und Handlungsmöglichkeiten.

Die momentanen Veränderungen in Calais bewirken nun eine Ghettoisierung, welche die Segregation der Migranten nur verschärft. Die vielen Bars, Geschäfte und Gotteshäuser sowie ein neu erbautes Krankenhaus, die sich über den Dschungel ausbreiten, geben das Gefühl einer neu errichteten Stadt, weit weg von Calais. Somit stellt der tägliche Pilgermarsch von zwei Stunden vom Dschungel zum Tunnel den einzigen Kontakt zwischen Migranten und der eigentlichen Stadt Calais dar.

Die Konzentration im und um das Tageszentrum führt auch zu Konflikten zwischen verschiedenen Gruppen, die sonst nicht zusammentreffen würden. Die Wegkreuzungen zwischen den verschiedenen Gruppen sind mit Sicherheitspersonal besetzt, was zu verhärteten Fronten und der Einschränkung der Bewegungsfreiheit führt.

Die Ausweitung an Sicherheitskräften ist das Ergebnis der in den britischen Medien negativ bewerteten »Flüchtlingskrise« und des Drucks der britischen Regierung. Seit 2014 haben sich die Grenzkontrollen verschärft, und dementsprechend wurden auch die Sicherheitskräfte sowie die Polizeipräsenz am Hafen, am Eurotunnel, den Highways und Raststätten verstärkt.

Dieser verschärfte Fokus wird mit der Konzentration an humanitärer Versorgung legitimiert. Es wurde ein neuer Zaun am Highway entlang bis zum Hafen errichtet, die Polizeipräsenz (die für eine Stadt von der Größe Calais schon hoch war) wurde massiv ausgeweitet, Hundestaffeln wurden für jeden Teil der Stadt bereitgestellt, und selbst die britische Polizei ist das erste Mal aktiv in Calais tätig. Die tragischen Konsequenzen dieser ausladenden Sicherheitsmaßnahmen sind die rapide ansteigende Zahl von Toten und Schwerverletzten rund um die Region des Eurotunnels.

Dies war nur ein kurzer Einblick in die aktuelle Situation.
Willkommen in Calais.

Das Problem heißt Kapitalismus!

Welche Antworten gibt die deutsche Linke auf pogromartige rassistische Hetze, massenhaftes Sterben von Menschen, die versuchen nach Europa zu kommen, und den »Aufstand der Anständigen« in Medien und Politik?

Antikapitalistische nichtweiße Gruppe im Aufbau

Dass nun Tausende von deutschen Bürger*innen online und offline eine »humane Flüchtlingspolitik« fordern, sich in »Wilkommensinitiativen« zusammenschließen und ihre Arbeits- und Hobbyzimmer für ganze Familien zur Verfügung stellen, ist eine positive Tendenz. Während der Pogrome der 90er Jahre wäre das nicht denkbar gewesen. Selbst in der ARD kann ein Hauch bürgerlichen Antifaschismus ertönen, wenn Journalistin Anja Raschke fordert: »Mund aufmachen, Haltung zeigen!«

In Dresden gab es vor ein paar Tagen eine Demo gegen die rassistische Hetze, die gerade durchs Land zieht. Eine Gruppe hat ein besonders cleveres Transpi gemalt, auf dem »Das Problem heißt Deutschland!« stand. Dass das natürlich so nicht stimmt, sollte selbst den »antideutschen« Aktivist*innen bewusst sein. Das Problem heißt weder Deutschland noch USA, noch Hamas, noch Rassismus: Das Problem heißt Kapitalismus! Wenn Antifaschist*innen letztlich nichts anderes tun, als die bürgerliche Demokratie zu verteidigen, werden sie scheitern. Deutschland wird von dieser Strömung in Parolen wie »Nie wieder Deutschland!« als Chiffre für den deutschen Faschismus eingesetzt, statt schlicht als Name einer von verschiedenen imperialistischen Mächten. Diese werden die Proletarier*innen aller Länder so lange miteinander um die Wette ausbeuten, mit Kriegen überziehen und mit Militärdiktaturen unterdrücken, wie wir sie lassen. Und dabei werden sie immer mehr von ihnen als »Flüchtlinge« durch die Welt jagen.

Und hier geht es los mit den Überlegungen zum »Was tun?«, wie Genosse Lenin schon fragte. Was tun wir als Linke in Zeiten gravierender Krisen? Wie sind wir organisiert, wie müssen wir organisiert sein, um darauf kompetent antworten zu können? Um handeln zu können?

In Berlin sind nun kurzfristig zwei Antifa-Treffen einberufen worden. Beide offen, beide mit dem Anliegen, Selbstschutz gegen faschistische Angriffe zu organisieren. Wir begrüßen diese Initiativen und mobilisieren auch in unseren Kreisen dafür. Gleichzeitig merken wir auch durch solche Aufrufe, wie schwach die deutsche Linke, als deren Teil wir uns verstehen, momentan noch ist. Wenn es brennt, dann laufen einige Dutzend Menschen hin. Wir brüllen, weinen und sind hilflos – genau wie die bürgerlichen Antirassist*innen in ihren mitleidigen Facebook-Einträgen. Es gibt keine Nachbereitungen, keine gemeinsame Reflexion, keine Perspektive. Genau hier wollen wir ansetzen!

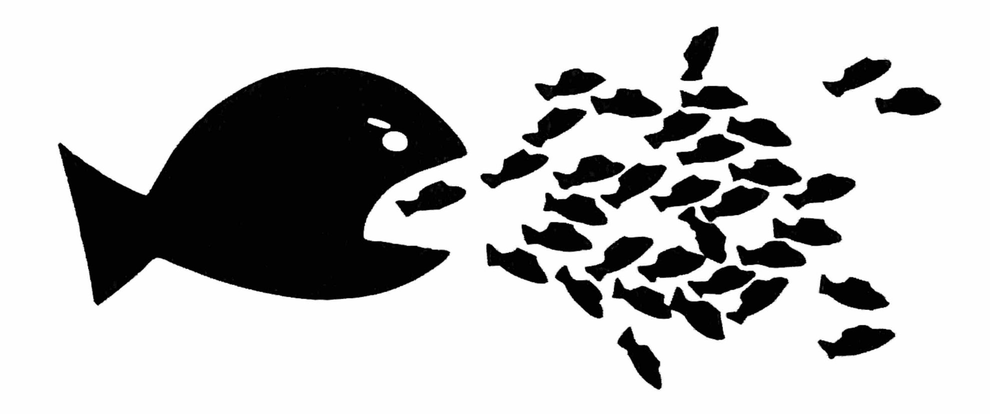
Antifaschismus und Antirassismus als Teil des Klassenbewusstseins

Klassenkampf und Kapitalismuskritik sollen nicht, wie Peter Schaber vom *Lower Class Magazine* es beschreibt, in einen »revolutionären Antifaschismus« integriert werden. Klassenkämpferische Strukturen müssen aufgebaut werden, und Antifaschismus und Antirassismus bzw. der Kampf gegen alle Formen von Unterdrückung muss Teil genau dieser Strukturen werden.

Aktuell erleben wir eine Situation, die so extrem ist, dass alle – Linke inklusive – meinen, jetzt irgendwie irgendwas machen zu müssen. Allen voran Til Schweiger und weitere Promis, die sich jetzt für »die armen Flüchtlinge« einsetzen. Und hier wollen wir kurz anmerken: Neben der positiven PR für die jeweiligen Promis ist es erst einmal gut und richtig, dass sie sich für die Aufnahme von Menschen aussprechen. Dass es dennoch nicht ausreicht, sollte klar sein. Dass Schweiger nun gerade eines der Lager bauen will, gegen die Non-Citizens seit vielen Jahren kämpfen, lassen wir hier mal außen vor. Diese emotionalen spontanen Reaktionen werden jedenfalls das Problem nicht beseitigen. Sie leisten einen wichtigen Beitrag in der diskursiven Arena Deutschlands: Jetzt ist »Refugees welcome« kein verpönter Hippie-Slogan mehr, sondern ein Hashtag der Redaktion der *Bild*. Und hier setzt unsere Kritik an, die bereits von Peter Schaber im oben zitierten Artikel treffend formuliert wurde:

»Der ›Aufstand der Anständigen‹ will nur eines: Ruhe. Nicht die Möglichkeit einer Lösung des Problems, die aus der Überwindung der Logik von Kapital und bürgerlichem Staat entstehen würde, sondern die Ruhe eines Friedhofs, der möglichst weit weg ist. Es war immer eine der Strategien der Sicherung der Metropolen des Kapitalismus gegen die Habenichtse der Peripherie, diversen Regimen in Nordafrika und im Nahen Osten Geld anzubieten, damit diese dafür sorgen, dass niemand bis an die eigenen Grenzen kommt.«

Diese Heuchelei muss entlarvt werden. Mehr linke Analysen müssten sich an der Diskussion beteiligen. Warum fliehen Menschen? Warum haben sich 71 Menschen in einen Transporter gequetscht, um nach Österreich oder Deutschland zu gelangen? Wenn wir diese Toten verhindern wollen, dann müssen wir uns zwangsläufig darum kümmern, an gesamtgesellschaftlichen Alternativen zu arbeiten. Ein paar Trainingseinheiten, um Nazis klatschen zu



gehen oder ein Mal im Jahr in eine KZ-Gedenkstätte zu fahren, auch wenn das wichtige Arbeit ist, reichen nicht aus. Aus einer verfehlten Praxis müssen Theorien entspringen, die sich wieder in der Praxis behaupten.

Für eine klassenkämpferische Organisierung

Uns geht es darum, die Notwendigkeit von gemeinsamen Lösungsansätzen, gerade in Krisenzeiten, zu pushen. Und wenn es um hetzende Nazis geht oder darum, auf den deutschen Staat Druck auszuüben, müssen wir zusammenarbeiten. Trotz aller Widersprüche. Wir müssen mit »Antideutschen« sondieren, wer welche Schicht vor welchem Heim übernimmt. Wir müssen mit aktivistischen Linken überlegen, wie wir Aktionen und Analysen zusammenbringen können. Wir müssen die vielen kommunistischen Kleingruppen aus der Reserve und auf die Straße locken. Ihnen beweisen, dass es sich lohnt. Anarchist*innen, Maoist*innen und Trotzkist*innen als Revolutionär*innen in einem Block organisieren. Wir müssen aber auch die Gunst der Stunde nutzen und Räume für gemeinsame Organisierung etablieren, und zwar an der Basis. Die Feuerwehr-Politik vor Heimen und die WG- und Bettenbörsen für Non-Citizens sind ein Ausdruck akuter Notwendigkeiten. Um Lager abzuschaffen und die Wohnsituation von Non-Citizens nicht vom Engagement und begrenzten Freiraum von engagierten Bürger*innen und ihren Solizimmern abhängig zu machen, müssen wir zu anderen Mitteln greifen. Leerstehende Wohnflächen müssen besetzt und nutzbar gemacht werden. Wir brauchen revolutionäre Gemeinschaftszentren, die all denen einen Ort zum Treffen, Vernetzen und Mitmachen geben, die von der staatlichen Politik benachteiligt oder direkt angegriffen werden. Wenn wir mit unserem Aktivismus, statt dem Staat unter die Arme zu greifen, tatsächlich Alternativen schaffen wollen, brauchen wir eine starke Basis, einen gemeinsamen Kampf von Non-Citizens und Citizens. Nur durch einen starken Zusammenhalt der organisierten Gesellschaft in Dörfern, Kiezen und Vororten werden wir es schaffen, kollektiv Anwaltskosten zu stemmen, Abschiebungen durch gemeinsame Selbstverteidigung zu verhindern und das Arbeitsverbot von Non-Citizens durch revolutionäre Solidarökonomie zu kontern. Community Organizing muss auch einen Platz für jene bieten, die frisch in Deutschland ankommen und außer dem Lager und gelegentlicher Rechtsberatung keine soziale und politische Anlaufstelle haben. Ganz essentiell muss es sich auch von reformistischer Wohltätigkeitsarbeit abheben, indem es die Menschen in seine politischen Aktivitäten einbindet, ihnen gesellschaftliche Verantwortung gibt und sie zum kollektiven Kampf gegen Frontex, Grenzen und Abschiebungen – und damit gegen Staat und Kapital – ermächtigt.

Nach der Krise ist vor der Krise

Die aktuelle Situation wird nicht anhalten. Deutschland wird nicht auf lange Sicht die eigenen Grenzen öffnen. Und die ersten Abstriche stehen bereits fest: Syrer*innen erhalten bereits bevorzugt Asyl. Gespräche mit verschiedenen afrikanischen Ländern zur »Rückführung« gehen in diesen Stunden ungestört weiter. Die Zeit drängt. Es ist an uns, jetzt die Strukturen für einen gemeinsamen Kampf gegen die mörderische Politik der europäischen Staaten, gegen rassistische Hetze und die Heuchelei der »Anständigen« zu schaffen.

Es geht darum zu zeigen, warum Deutschland als imperialistisches Land nun die Konsequenzen der eigenen Politik erntet. Zu zeigen, dass die ideologische Aufteilung in legitime und illegitime Geflüchtete nicht haltbar ist. Dass sie nur die politisch gewollte staatliche Trennung zwischen legalen und illegalen Geflüchteten nachahmt. Es geht darum, gemeinsam eine langfristige Perspektive aufzubauen und möglichst viele Menschen in dieser Krise für revolutionäre Politik zu gewinnen! ✖

Mehr Infos

✖ *Wir dokumentieren hier einen Text der Gruppe »Antikapitalistsche nichtweiße Gruppe im Aufbau« vom 2. September 2015, zu finden auf der Internetseite http://aufstand.blogsport.eu/2015/09/02/das-problem-heisst-kapitalismus/.*

Intersektionalität am ZtG – my ass!!

Not your god damn token

Irgendein investigativer Mensch hat mir letztens erst gesagt: »Du hast Glück, die Gender Studies an der HU sind doch voll *divers* und *antirassistisch*!«

Meine Antwort: Nix da, ist alles reine Show. Die Humboldt-Universität an sich ist eine durch und durch (gewollt) rassistische Institution. Ein klassistischer und rassistischer Apparat, der Schwarzen, PoC und Rroma – eben jenen, die oft ihr ganzes Leben lang bereits von Mehrfachdiskriminierung betroffen sind – den Zugang zur Universität komplett verunmöglicht! Oder aber den Zugang durch alle diese »Zugangsvoraussetzungen« extrem erschwert.

Die Seminare in den Gender Studies, in der Amerikanistik und in den Erziehungswissenschaften sind so *weiß* dominiert, dass man sich stets unwohl, oft auch unsicher und begafft fühlt, wenn man selbst eine Person of Color oder Schwarz ist. Daher ist es nicht verwunderlich dass man sich selbst in diesen Seminaren als wahrer »Exot« vorkommt, umgeben von lauter *weißen* Professoren und 98 % *weißen* Studierenden.

Prinzipiell ist aber ist die Aussage dieses Menschen de facto falsch, denn sie suggeriert eine gleichberechtigte Teilhabe am Studium von Schwarzen, Rroma, PoC und *weißen*. Die Universität und hier besonders die HU Berlin fördert keine Inklusion, sondern sie praktiziert rassistische Separation. Allein die Möglichkeit, studieren zu können ist ein *weißes* Privileg, dessen sich die meisten Studierenden nicht einmal bewusst sind.

Viele *weiße* glauben sogar, besonders in den Genderstudies, sie seien selbst von Klassismus betroffen, doch auch hier muss klar unterschieden werden, zwischen *weißen* Menschen die aus einer Arbeiter_innenschicht kommen und Schwarzen, PoC und Rroma. Klassismus und Rassismus lassen sich nicht separieren und als »einzelne« Diskriminierungsformen betrachten oder bekämpfen. Die HU Berlin hat ein massives, strukturell rassistisches Problem, was sie auf allen Ebenen, in den jeweiligen Gremien, als auch auf Veranstaltungen versucht zu leugnen.

Tatsächlich aber lässt sich der tief verwurzelte strukturelle Rassismus an den Studierendenzahlen erkennen. Wenn in einer Ringvorlesung der Gender Studies max. 2 Schwarze, evtl. noch 3 PoC sitzen und das von 80 Personen insgesamt. Diese Zahlen sind schockierend und alarmierend zugleich. Genauso wie der Fakt, dass es bis heute keine Schwarze Professur in den Gender Studies (am ZtG) gibt. Ein Fachbereich der sich geradezu brüstet mit seiner angeblich antirassitischen Haltung und vermeintlichen Intersektionalität. Wie intersektional, divers und antirassistisch sie aber wirklich sind lässt sich besonders gut daran erkennen, dass sowohl alle 10 Professuren und Juniorprofessuren mit einer Genderdenomination, als auch die Geschäftsleitung des ZtG ausschließlich *weiß* positioniert sind. Dadurch lassen sich auch die Aufstiegsmöglichkeiten Schwarzer und PoC innerhalb des universtitären Kontextes und besonders am ZtG erkennen. Sie gehen gegen Null.

Als Gast-Professor_innen dürfen »wir« in den Genderstudies sein, als Vertretung für weiße Professor*innen. Wir werden oftmals sogar als besonders Aushängeschild benutzt, um die »*antirassistische*« und »*diverse*« Haltung dieses Fachbereichs aufzuzeigen.

Manch einer würde hier von Instrumentalisierung oder gar Tokenism sprechen – das ZtG selbstverständlich nicht.

Eine wirklich feste Stelle und damit verbunden auch eine gewisse Machtposition innerhalb der Humboldt-Universität besonders hier am ZtG wird mit allen Mitteln versucht zu verhindern und das bisher leider sehr erfolgreich. Die angewandten Methoden ähneln dabei frühkindlicher *weißer* Erziehung: Aufmüpfigkeit, Widerrede und das Infragestellen der Autoritäten werden umgehend sanktioniert. Früher wurde das abendliche Fernsehen gestrichen, heute ist das Ablegen von Prüfungen aufgrund angeblicher Befangenheit der Dozent*innen nicht mehr möglich. Diese bis heute massiv internalisierte Angst vor Sanktionen wird systematisch genutzt, um den Widerstandsgeist Studierender im Kampf gegen Rassismus zu brechen und die antrainierte Hörigkeit gegenüber Lehrpersonen und der ZtG-Leitung wieder herzustellen.

Innerhalb dieses rassistischen Systems übernimmt die ZtG-Leitung keinerlei Verantwortung. Schlimmer noch: Studentischer antirassistischer Aktivismus wird zum Schuldigen dafür gemacht, dass rechte Medien und Maskulinisten sich rassistisch, sexistisch, homo- und trans*feindlich über die Gender Studies äußern. Für den Erhalt oder die Zerstörung des ZtG werden somit die antirassistischen Initiativen verantwortlich und haftbar gemacht. Die ZtG-Verantwortlichen selbst halten sich derweil keinesfalls selbst verantwortlich für die ausschließlich *weiße* Besetzung innerhalb des ZtG. Sie nehmen sich selbst lediglich als machtlose und passive Opfer patriarchaler Strukturen wahr, die doch aber bereits »*so viel*« erstritten haben. Kritiker*innen dieser *weißen* Dominanzstrukturen werden zu Gegner*innen der Gender Studies und des Feminismus per se erklärt.

Insbesondere von Schwarzen und PoC-Studierenden in den Gender Studies wird seit über einem Jahrzehnt verlangt, zurückzustecken und ihre Rassimuserfahrungen zu schlucken und nicht zu protestieren. Sie sollen ihre Forderungen nach Repräsantation zugunsten des »großen Ganzen« (hier der *weiß*-feministische akademische Betrieb) aufgeben, opfern oder zumindest unterordnen.

Innerhalb dieses von Rassismus verseuchten Apparats als studierende Schwarze, PoC oder Rroma unbeschadet zu überleben ist schier unmöglich. Schwarze, PoC und Rroma sind innerhalb ihres Studiums gehäuft rassistischer Gewalt durch gelehrte Inhalte, weiße Professor_innen und/ oder ihre weißen Komiliton_innen ausgesetzt. Stets wird versucht diese erlittenen Traumata von Schwarzen und PoC zu individualisieren, was falsch ist.

Der Rassismus an der HU Berlin ist KEIN individuelles Problem einzelner, sondern ein strukturelles und institutionelles und muss folglich auch als solches angesehen, mit Nachdruck und Ernsthaftigkeit bearbeitet werden. Dann könnte das ZtG auch von sich behaupten, tatsächliche Intersektionalität in Forschung und Lehre zu praktizieren, ohne sich der schamlosen, dreisten und faktischen Lüge schuldig zu machen! ✖

Infos zum Text

✖ *Das ZfG ist das Zentrum für transdiszilinäre Geschlächterstudien an der Humboldt-Universität, Berlin.*

VORGESTELLT UND NACHGEHAKT



Inspiration in Zeiten der Cholera, ¡mi amor!

Christina Castillón

Vor einigen Monaten ging die Webseite *mangoes and bullets* an den Start. Die Aktivist_innen und Wissenschaftler_innen des Berliner Vereins *glokal e. V.* stellen darauf eine Menge vielfältiger Materialien für rassismus- und herrschaftskritisches Denken und Handeln zur Verfügung. Hier sind Texte, Bücher, Videos, Audios, Fotos, Webseiten und Blogs zu finden – sie alle teilen eine kritische Perspektive auf Unrechtsverhältnisse.

Die Seite erschließt sich rasch auf einen Blick; ich kann stöbern oder die wirklich ausgezeichnete Suchmaschine verwenden, die mich, selbst wenn ich nur Fragmente des Gesuchten eingebe, meist die richtigen Dinge finden lässt.

Auf Anhieb hat mich die Sinnlichkeit der Seite angesprochen; neben akademischen Texten sind Gedichte, Musikvideos und Interviews zu finden.

Es ist, wie auf einen Markt zu gehen, um nur schnell eine Knoblauchknolle zu besorgen: Direkt daneben liegt der Ingwer, und er sieht so gut aus, die Kürbisse leuchten einladend, und die bunten Chilies möchte ich auch mitnehmen...

Ansprechend und zugewandt liest sich der Startseitentext über die Absicht von *mangoes and bullets*. Die Lesenden werden nicht nur darüber informiert, dass dies der Titel eines Gedichtbandes von John Agard ist, in unaufdringlicher Weise erhalten sie außerdem Informationen darüber, was die Mitarbeitenden der Seite sich bei der Namensgebung gedacht haben:

»Früchte als die Süße des Empowerments; Früchte, deren Süße zum bitteren Beigeschmack wird, wenn wir in Konfrontation mit Rassismus ein süßes Lächeln aufsetzen müssen, obwohl wir am liebsten mit der Wucht einer Kugel explodieren würden; Familienbande zu den Orten, wo die mangoes *wachsen, während wir selbst im Land der* bullets *leben...«*

Und schon geschieht, was diese Seite zu einer Kiste voller Kostbarkeiten für alle diejenigen macht, die dazu neigen, sich in Lexika festzulesen:

Schon habe ich *»John Agard«* ins Feld für gesuchte Begriffe eingegeben und lande bei einem Video, in dem er sein Gedicht *Listen Mr Oxford don* vorträgt – Materialien zur Nutzung im Schulunterricht werden gleich mitgeliefert!

In weniger als 5 Minuten habe ich Neues und Beeindruckendes erfahren.

Im Unterschied zu den meisten Lexika laden die Informationen auf der Webseite nicht zu Augen verdrehender Aufregung, sondern zur Anregung ein. Die Tags und Related Posts im Anschluss an das Gesucht und Gefundene sind so gut ausgewählt, dass ich kaum darauf verzichten kann, sie zu öffnen.

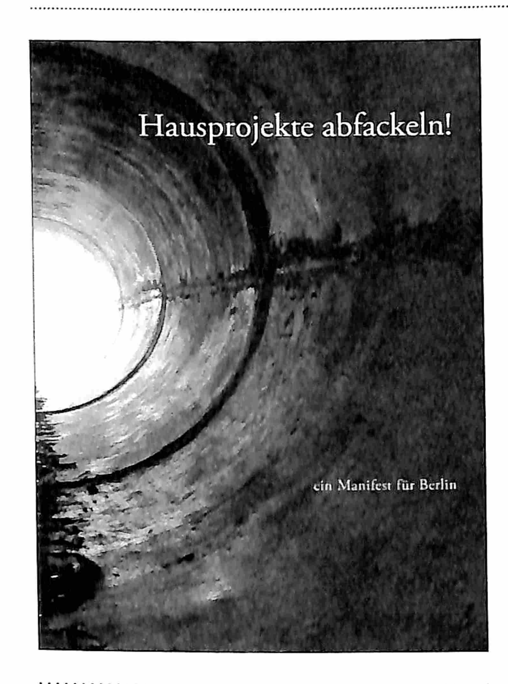
Das Beste kommt aber zum Schluss: Diese Seite ist ein Geschenk an alle, die Widerstand gegen koloniale und rassistische Realitäten leisten (wollen)! Eines, das nicht nur schön anzusehen ist, sondern von uns selbst gestaltet werden kann, indem wir Beiträge schicken, die *mangoes and bullets* noch reichhaltiger machen wird. ✖

Mehr Infos

✖ *www.mangoes-and-bullets.org ein Projekt von glokal e. V. (www.glokal.org)*

Hausprojekte abfackeln

ZAG



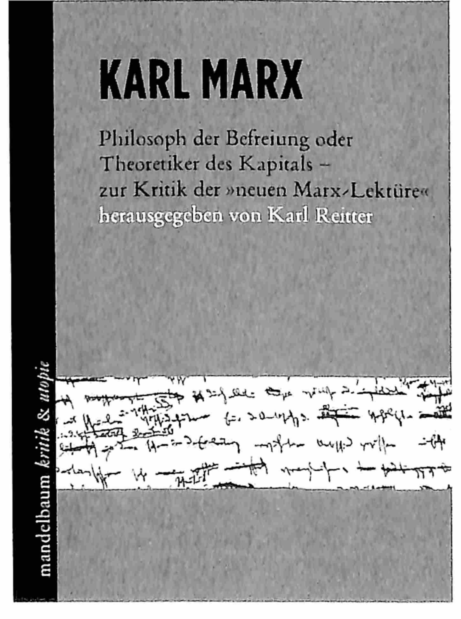
> *Die Broschüre gibt es zum selber Drucken und auch auf Englisch auf der Seite https://illwilleditions.noblogs.org, wo du auch viele andere mehr oder weniger gut geschriebene, aber immer interessante Texte findest.*

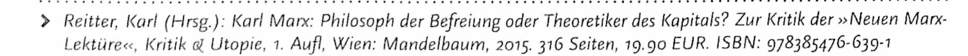
... möchte ein Manifest für Berlin sein, welches die Hindernisse für eine notwendige politische Mobilisierung benennt. Der damit verbundenen Diskussion über politische Strategien stehe eine »Dominanz eines moralistischen Zugangs zu Macht und Widerstand« im Wege. Dies produziere politische Lähmung, Isolation und Selbstneutralisierung.
Gemeint mit diesem moralischen Diskurs sind verschiedene Spielarten von Identitätspolitik, Postkolonialismus und Critical Whiteness. Deren Ziel sei es, die Anerkennung und das Leiden der anderen in Empörung zu verwandeln. Dies belaste allerdings mit allerlei metaphysischem Gepäck, das nicht nur die nüchterne Diskussion über die einzusetzenden Mittel, sondern auch über die Ziele selbst überdeckt, wenn nicht verhindert. Durchgespielt wird das anhand der Konflikte um die besetzte Schule in der Ohlauer Straße in Berlin-Kreuzberg auf der einen und der Kampagne gegen die EZB auf der anderen Seite.
»Für den Anfang müssen wir damit beginnen, andere Fragen zu stellen,... An Stelle der moralistischen Machtphobie und ihrer paranoiden Kontrolle ›dominanten Verhaltens‹, das die Identität des Opfers eher verstärkt, als ihr entflieht, müssen wir lernen zu erkennen, auf welche Weise Kämpfe Resonanz finden, kommunizieren, die Spuren und die Glut geteilter Macht untereinander in Umlauf bringen, obwohl sie getrennt sind, auf Wegen, die nicht vorhersagbar sind.« (S. 25)
Daher schlagen sie »unmoralische Versammlungen« vor, auf denen über das strategische Verständnis der aktuellen Situation und die praktische Umsetzung gestritten wird.
Ein durchaus guter Text, der die Probleme mit politischem Moralismus einleuchtend beschreibt und die Gründe für eine strategische statt moralische Diskussion begründet. An einigen Stellen ist er allerdings auch vereinfachend, da die Fragen des Wie – Wie reden wir darüber, und wie kommen wir zusammen? – unterbelichtet bleiben. ✖

Zur Kritik der »Neuen Marx-Lektüre«

Andreas Nowak

Der Band versammelt Alternativen und Kritiken der sogenannten »Neuen Marx-Lektüre«. Diese ist ein Kind der Renaissance der Marx-Lektüre in den 1960er Jahren und widmet sich der Rekonstruktion von Marx' Kritik der politischen Ökonomie und ihren Implikationen für die Fragen von Staat und ausbleibender Revolution. Im deutschsprachigen Marxismus ist sie eine weit verbreitete Lesart des Marxschen Werkes. Die Kritik Reitters ist, dass sie darüber hinaus nur wenig leiste. Sie bleibe auf der Ebene einer Theorie des Kapitalismus und verkenne die Unterschiede, die aus unterschiedlichen Klassenpositionen erwachsen.
»Diese Exklusion des Klassenkampfes als geschichtsmächtige Triebkraft des Kapitalverhältnisses korrespondiert mit der Neigung der Neuen Marx-Lektüre, die innere Geschichte und Dynamik der kapitalistischen Produktionsweise systematisch-begrifflich auszublenden.« (S. 15)
Die Beiträge von Holloway, Lieber, Klauda, Reheis, Ander, Exner u. a. bieten dabei keine homogene alternative Lesart, sondern sind vielmehr Teil eines pluralistischen Marxismus und Marx-Verständnisses. Das Buch bildet für Marx-Interessierte einen reichen Schatz abseits des Einerlei der Neuen Marx-Lektüre. ✖




> *Reitter, Karl (Hrsg.): Karl Marx: Philosoph der Befreiung oder Theoretiker des Kapitals? Zur Kritik der »Neuen Marx-Lektüre«, Kritik & Utopie, 1. Aufl, Wien: Mandelbaum, 2015. 316 Seiten, 19.90 EUR. ISBN: 978385476-639-1*

My Name is Bino Byansi Byakuleka

▮ ZAG

Dieser Doppel-Essay ist die Kurzbiographie des Asyl-Aktivisten Patras/Patrick, Gründer der African Refugees Union sowie eine Auseinandersetzung der Theatermacherin Ziemke mit ihrem Helfer_innen dasein.

Patras heißt jetzt nach seinem Vater Bino Byansi Byakuleka. Das bedeutet in seiner Muttersprache »Der die Dinge der Welt Zurücklassende«. Schon wieder schöngeistige Benennungspolitik, könnte man denken. Aber Bino steht nicht für Haartracht-Aktivismus (und ist auch nicht getriggert, wenn man aus Versehen »Patrick« sagt). Sein Vater wurde ermordet, weil er als Buchhalter einer Baumwollgewerkschaft aneckte (und Geld hatte). Bino fühlte häufig den Rohrstock in seiner Missionarsschule und musste eine Kette mit Schweinsknochen tragen, weil er kein Englisch sprach.

Auch erzählt Bino, dass Uganda noch bis heute Raten für die »geschenkten« Bauprojekte aus der Kolonialzeit zahlt. Während der Imperialismus noch im höchsten Stadium ist, können nur intellektuelle Weltverdreher auf Konferenzen in Paris, London, New York von Post-Irgendwas labern.

Christ blieb er trotzdem – die Kirche war für ihn sowas wie Facebook. Der gelernte Kunstteppichweber lebte ab 2006 mit Studentenvisum in einem Kloster in Griechenland, um Ikonenmalerei zu studieren. 2010 landete er dann als Asylant in Passau. Dort ließ er sich von den Adventisten taufen. Doch die Gemeinde weigerte sich, ihm bei der Niederlassung zu helfen, und riet ihm, es »mal bei der Schwestergemeinde in Uganda zu versuchen«, weil man nicht gegen Regierungsanweisungen handeln könne. Seinen Aktivismus für sexuelle Vielfalt in Uganda fanden die Betbrüder auch nicht so geil.

Ab 2012 initierte Patras dann einen Protest im Passauer Klostergarten und schloss sich der Bewegung in Berlin an.

»The so-called supporters are aware of these problems already and are grateful for our presence and energy. And this 'give and take' is real solidarity.«

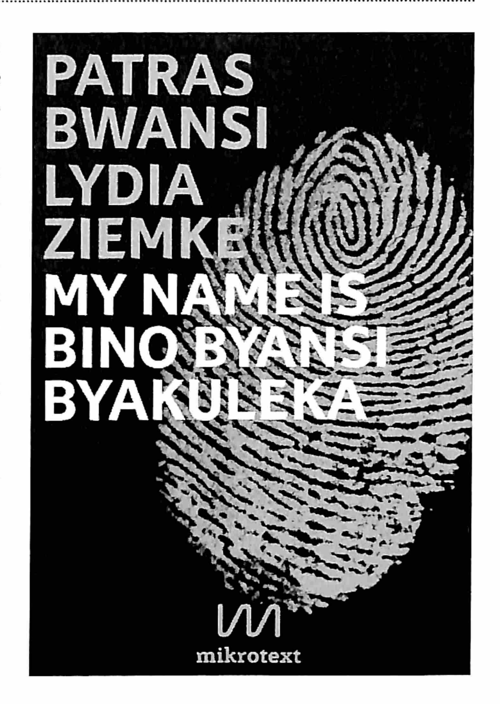
Binos Bericht ist Biographie und Zwischenstand einer Bewegung, kurz geschrieben und enthält viele interessante Erzählungen.

Bei der sich anschließenden Erzählung der Regisseurin Lydia Ziemke im selben Band muss ich mich fremdschämen, weil ich ihre Erfahrungen gut nachvollziehen kann. Erstmal rattert sie entrüstet ihr *taz*-Wissen über die Verhältnisse herunter, bevor sie zur Sache kommt:

2012 lernt sie, Afrikaner voneinander zu unterscheiden. Bald lässt sie einen rührenden jungen Nordafrikaner mit Drogenproblemen in ihr Leben und nimmt sich erstmal viel Zeit, ihn zu verstehen (»ohne jegliche sexuelle Spannung«). Dann stellt sich heraus, dass seine Geschichte größtenteils erfunden ist. Nebenbei rettet sie ihn und das Abendland noch davor, dass er Terrorist wird:

»I speculate more critically what was happening when A. went into a mosque and came out with lots of money and invitations to dinners. [...] There was a lot of undirected energy in him that could have easily been directed against us.«

Sie schreibt diesen Text für ihre Eltern, »hart arbeitende Ärzte in Potsdam«, und solche wie mich, auf dem Weg dorthin, und unsere altehrwürdige Wertegemeinschaft. Viele Offenbarungen, so banal wie unerträglich und deshalb lesenswert. Je suis Lydia!



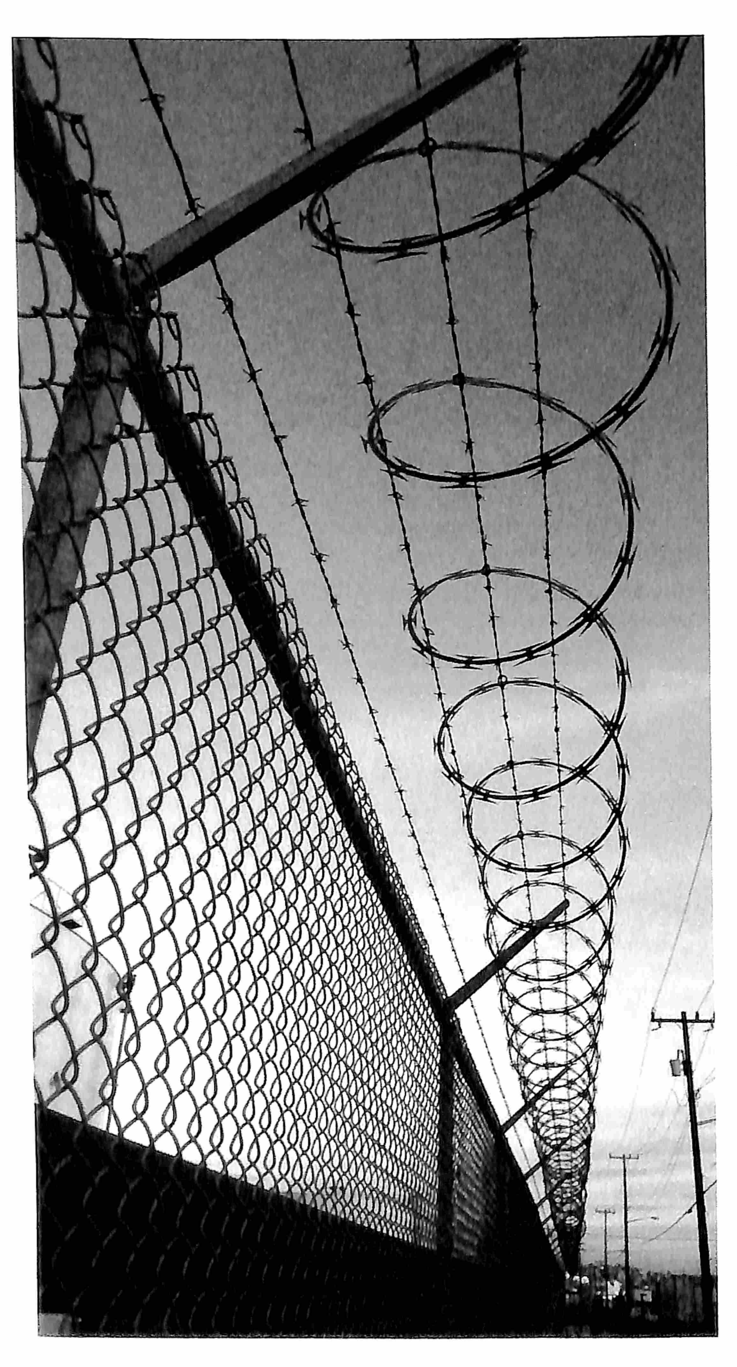
> *Patras Bwansi & Lydia Ziemke: My name is Bino Byansi Byakuleka. Double essay. 67 Seiten, mit 6 Fotos und einigen Asyl-Dokumenten aus dem privaten Besitz von Patras Bwansi. ISBN 978-3-944543-20-8. Erhältlich auf www.mikrotext.de oder im Buchladen auf Englisch und Deutsch. Englische Vollversion hier gratis: http://www.mikrotext.de/wp-content/uploads/2015/08/Bwansi-Ziemke-My-name-is-Bino-Byansi-Byakuleka-mikrotext-2015-English.pdf.*

CALL ZAG AUSGABE 71

Flucht und Versagen

Die humanitäre Krise Deutschlands und der EU

ZAG



Die Nachrichten sind voll von Berichten über die Situation von Menschen, die nach Deutschland flüchten. Im Fokus der Aufmerksamkeit steht ihr Elend. Sie leben bei Minusgraden auf der Straße, frieren sich auf der Flucht zu Tode. Die Flüchtlingsunterkünfte werden in einem in der Bundesrepublik bisher ungekannten Ausmaß von rassistischem Terror angegriffen.
Indes verniedlicht die Politik den rassistischen Terror und – je nachdem – verbreitet entweder Zuversicht (wie die Bundeskanzlerin) oder betreibt Panikmache wie der Innenminister oder Seehofer. Es gab einen kurzen Sommer der Humanität. Dessen Ende wurde mit Kommentaren in *Zeit*, *Die Welt*, und *FAZ* eingeleitet, in denen den Flüchtlingen nicht zugetraut wurde, das Grundgesetz zu akzeptieren, und ihnen unterstellt wurde, dass sie die Rechte von Frauen und Homosexuellen missachten würden. In diesen Kommentaren war keine Rede von deutschen katholischen Fundis (z. B. Der Marsch der 1000 Kreuze, Demo für Alle, AfD), die tatsächlich große Probleme mit Menschenrechten für Frauen und Homosexuelle haben.
Die Medien verlieren sich ganz überwiegend in tagesaktuellen Berichten über die humanitäre Katastrophe vor Ort in Deutschland und anderswo in Europa, die Situation der Kommunen, die helfenden Deutschen und die besorgten Bürger (und Bürgerinnen), die ganz überwiegend Rassist_innen sind und gemeinsam mit Neonazis spazieren.
Die ZAG hat sich für einen anderen Zugang entschieden. Anstatt der aktuellen Berichterstattung hinterherzulaufen, wollen wir unbequeme Fragen stellen und die aktuelle Debatte reflektieren, nach den Ursachen suchen und die alte Frage stellen: »Was tun?«.

Es gibt keine »Flüchtlingskrise«.

Schon der Begriff »Flüchtlingskrise« ist ebenso wie der der »Flüchtlingskatastrophe« irreführend und Teil der rassistischen Normalität. Diese Begriffe schieben den geflüchteten Menschen Verantwortung und Schuld für ihre verzweifelte Situation zu. Das ist »Victim Blaming« – die Opfer werden zu Tätern gemacht. Wir wollen in »Flucht und Versagen« Artikel versammeln, die die Gründe für die Fluchtbewegungen beleuchten. Wir wollen der Frage nachgehen, warum der reichste Wirtschaftsblock der Welt nicht bereit und/oder in der Lage ist, genügend Mittel für die menschenwürdige Unterbringung geflüchteter Menschen aufzubringen.

Das Versagen hat System.

Viele sprechen von einem Staatsversagen. Dieses Versagen wurde durch neoliberale Politiken herbeigeführt. Dabei wollen wir keine Verschwörungstheorien veröffentlichen. Unsere Thesen besagen, dass bestimmte Akteursgruppen ihre Interessen verfolgen und dadurch die aktuelle Situation in Kauf genommen haben.

Selbstbestimmung der Flüchtenden

In der Debatte kommen die Flüchtenden viel zu wenig zu Wort. Es bleibt unklar, welche Interessen sie haben. Sie werden als Objekte der deutschen Politik behandelt, was den Rassismus der öffentlichen Diskussion weiter befördert und zugleich Ausdruck des rassistischen Systems ist.

Wir rufen euch auf, Artikel zu den folgenden Thesen an uns zu senden:

- Welche Ursachen führen zu den aktuellen Fluchtbewegungen? Waffenexporte, Geopolitik der NATO-Staaten, »Regime Change« im Kosovo, im Irak, in Lybien und Syrien, wirtschaftliche Dominanz und Exporte der Industriestaaten.
- Wie überraschend war die Ankunft der Flüchtlinge? Seit Jahren wird das Dublin-Abkommen immer brüchiger. Die Situation in den Grenzstaaten der EU hat sich kontinuierlich verschlechtert (Mittelmeer von Lampedusa bis heute, Ceuta, Bürgerkriege).
- Wie kam es zum Sommermärchen der Willkommensweltmeister? Warum wurde in den Medien zeitweise mit Panikmache reagiert und zeitweise die Hilfsbereitschaft und Willkommenskultur betont?
- Welchen Zusammenhang gibt es zwischen Rechtspopulismus (z. B. von CSU und AfD) und dem zunehmenden rassistischen Terror?
- Wie kann die Selbstorganisation der Flüchtlinge gestärkt werden, ohne dass sie bevormundet werden?
- Wird die humanitäre Katastrophe als Mittel der Abschreckung genutzt? (Unterbringung in Lagern statt in Wohnungen, Zeltstädte bei Minusgraden, Einrichtung von rechtsfreien Transitzonen, Asylrechtsverschärfung und sichere Herkunftsstaaten im »Westbalkan«)
- Dublin-Abkommen als Puffer gegen Flucht nach Deutschland. Arme Grenzstaaten sollten die Flüchtlinge festhalten.
- Warum wird der rassistische Terror von den Behörden ignoriert?
- Pegida, AfD etc. stellen den Staat in Frage. Beobachten wir eine Legitimationskrise? (Arbeitsmarktpolitik, Deregulierung)
- Wie haben neoliberale Politiken zur aktuellen Krise beigetragen? (Wohnungsnot, Privatisierung von Wohnungsunternehmen, Rückbau der staatlichen Beschäftigung wegen Schuldenbremse, ...)

Leider können wir die ZAG nicht mehrsprachig drucken. Aber wir werden den Call in Französisch und Englisch übersetzen und auf der Homepage dreisprachig präsentieren. Wir bitten alle, die den Call lesen, ihn an Flüchtlinge und Initiativen weiterzuleiten. Wir möchten Betroffenen und deren Initiativen eine Stimme geben, anstatt weiter über sie zu diskutieren. Mögliche Artikel oder Interviews würden wir auch gern in den jeweiligen Sprachen online stellen. Wegen unserer knappen Ressourcen bitten wir auch um Unterstützung bei Übersetzungen.
Außerdem wollen wir mit euch die alte Frage diskutieren: **»Was tun?« Welche Handlungsperspektiven ergeben sich aus der aktuellen politischen Lage für eine linke und antirassistische Politik? Kann die Legitimationskrise des Staates emanzipatorisch genutzt werden? Ist es sinnvoll, den Staat als Verbündeten gegen rassistischen Terror zu sehen/zu nutzen?**

Wir bitten um die Zusendung von Artikeln und Artikelvorschlägen zu dem von uns angerissenen Thema und unseren im obigen Text aufgeworfenen Fragen.

- Artikel für den Schwerpunkt der ZAG sollten nicht mehr als 12.000 Zeichen (inkl. Leerzeichen) umfassen.
- Hinweise zur Textgestaltung senden wir auf Wunsch gerne zu.
- Geschlechtergerechte Sprache ist erwünscht.
- Der Redaktionsschluss ist der 14.02.2015. Wir freuen uns aber auch über früher eingereichte Beiträge.
- Infos, Nachfragen, Artikelvorschläge sowie Lob und Kritik an redaktion@zag-berlin.de.
- Mehr Infos über die ZAG unter www.zag-berlin.de.
- **Wir freuen uns auch über Texte für alle anderen Rubriken des Heftes, die dann jedoch nur max. 8.000 Zeichen haben sollten.**

ANZEIGEN

Backlist

2015 **#69** Polizei.Staat.Rassismus. **#68** Klassismus **2014** **#67** Rechtspopulismus **#66** Hellersdorf und die Folgen **#65** Flüchtlingsbewegungen **2013** **#64** Linke Diskussionskultur **#63** Repressive Toleranz **2012** **#62** 20 Jahre neue antir. Bewegung **#61** Critical Whiteness* **#60** Rassismus in der Krise **2011** **#59** Antiziganismus in Europa **#58** It's All Natural **2010** **#57** Krieg! Im Westen nicht Neues? **#56** Islambilder 2 **2009** **#55** rasse·kultur·macht **#54** Osteuropas rechte Ränder **2008** **#53** Homophobie* **#52** Antidiskriminierung **2007** **#51** Grenzerfahrungen **#50** Verschwörungen **2006** **#49** Nationale Befreiungsbewegungen **#48** Die Türkei in Europa **2005** **#47** Produktionen des Westens, Gemeinsame Ausgabe mit: ›kleine anfrage‹ **#46** Lechts und Rinks **2004** **#45** Migration von Frauen* **#44** Migrationsmanagement* **2003** **#43** Antiziganismus* **#42** 911 Turbo **2002** **#41** Monster AG **#40** Blitzkultur **2001** **#39** Antisemitismus* **#38** Abschiebeknäste **2000** **#36/37** Zimmer ohne Aussicht **#35** Schengenland* **#34** Islambilder **1999** **#33** Konzepte antirassistischer Arbeit **#32** Die Bilder-Zag **#31** Gesundheit als Privileg **#30** Das Ende der Tabus **1998** **#29** Sport und Rassismus **#28** Innere Sicherheit light – Alternative Sicherheitskonzepte **#27** Antirassistische Jugendarbeit **#26** Migrant- Innen auf dem Arbeitsmarkt **1997** **#25** Arbeit mit Illegalisierten –Wege aus der Illegalität **#24** Globale Migrationskontrolle **#23** Mobilität **#22** City 2000 **1996** **#21** Balkan, Krieg und Flucht **#20** Ökologie **#19** Einwanderungspolitik **#18** VietnamesInnen in Berlin, Gemeinsame Ausgabe mit: ›Arranca!‹* **1995** **#17** Alltag-Kultur-Rassismus **#16** Europa **#15** Illegalisierung* **#14** Deutscher Antirassismus?, Gemeinsame Ausgabe mit: ›off limits‹ **1994** **#13** Polizei und Justiz **#12** Rassismus und Soziale Frage **#11** Innere Sicherheit **#10** Rassismus und Bildung **1993** **#9** Bleiberecht für VertragsarbeiterInnen* **#8** Ausweisung und Abschiebungen* **#7** Rassismus und Bildung* **#6** Gleiche Rechte für alle / Lagerkampagne* **1992** **#5** Roma in der BRD / Rostock* **#4** Los Angeles, Mannheim, Hoyerswerda* **#3** Wer schweigt, stimmt zu **#2** Greift ein! – Schaut nicht weg **1991** **#1** Rassismus tötet

(* = leider vergriffen)

ISSN: 2192-6719

Impressum

Herausgeber: Antirassistische Initiative e.V. Die ZAG ist eine autonome AG der ARI. Die Artikel geben nicht immer die Meinung der gesamten Antirassistischen Initiative wieder.
Redaktionsanschrift: ZAG, c/o Netzwerk Selbsthilfe e.V. im Mehringhof, Gneisenaustraße 2a, 10961Berlin, Fax +49 (0) 30 6913005, **E-Mail:** redaktion@zag-berlin.de, **Internet:** www.zag-berlin.de, **Bankverbindung:** Antirassistische Initiative e.V., Stichwort ZAG, BIC: BFSWDE33BER / IBAN: DE19100205000003039601, **Gestaltung:** :::rainGroup -Agentur.com **Druck:** FATA MORGANA, **Gewerbliche Anzeigen:** Es gilt Anzeigenpreisliste 01. April 2007, **V.i.S.d.P.** dieser Ausgabe ist Inge Dollmeyer. Die **ZAG im Abonnement**: ZAG, c/o Netzwerk Selbsthilfe e.V. im Mehringhof, Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin oder www.zag-berlin.de. Zwei Ausgaben **kosten** EUR 10,00 inklusive Versandkosten (Ausland EUR 13,00). Lieferung nur bei vollständig ausgefüllter Bestellung und Überweisung (Name, Adresse, Wohnort). Überweisungen ohne Angabe von Name oder Abo-Nummer können nicht gebucht werden!
Wer die Arbeit der ZAG zusätzlich unterstützen will, der zeichne ein Förderabo oder spende an die Antirassistische Initiative. Die Spenden sind steuerlich absetzbar. Läden, Buchhandlungen oder Gruppen, die mindestens fünf Ausgaben pro Nummer bestellen, erhalten die ZAG auf Wunsch auf Kommission und mit 20 Prozent **Wiederverkäuferrabatt. Ältere Ausgaben** der ZAG, soweit nicht vergriffen, können bei uns nachbestellt werden und stehen zum Teil als Pdf-Dateien komplett auf der Homepage.